

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Postzeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile über deren Raum 50 Pfg. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Berlangungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das selbige Wort 20 Pfg. (zulässig 2 Zeilen pro Wort), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 21. April 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Steigen der Bodenpreise.

II.

Verfasser der im ersten Artikel erwähnten wissenschaftlichen Arbeit über die Bodenfrage ist Walter Rothfegel. Er veröffentlichte ein Buch unter dem Titel „Die Kaufpreise für ländliche Besitzungen im Königreich Preußen von 1895 bis 1906“ und als Ergänzung hierzu die Abhandlung „Die Bewegung der Kaufpreise für ländliche Besitzungen und die Entwicklung der Getreidepreise im Königreich Preußen von 1895 bis 1906.“ Das Material, auf das er sich stützt, stammt aus amtlicher Quelle. Es werden nämlich in Preußen seit 1895 von den Katasterämtern Ermittlungen über die beim Besitzwechsel erzielten Preise geführt und in dreijährigen Perioden (entsprechend der Veranlagung zur Ergänzungsteuer) zusammengestellt. Sonderbarerweise wird dieses überaus wertvolle Material jedoch nicht veröffentlicht, sondern bleibt in den Archiven, die nur Auserwählten zugänglich sind, so daß man auf die private Initiative des Herrn Rothfegel warten mußte, der es der Öffentlichkeit erschloß. Die Wissenschaft schuldet ihm Dank für die überaus sorgfältige Art, in der er dieses Material zusammengestellt und bearbeitet hat, das ändert indessen nichts an der Tatsache, daß die Nichtveröffentlichung dieser amtlichen Zahlen ein Skandal ist.

In der Veröffentlichung Rothfegels liegt folgendes Material vor: 1. Kaufpreise ländlicher Besitzungen, die im ganzen, in Inventar und Gebäuden verkauft wurden, 2. Kaufpreise von „Stückländereien“, d. h. von Grundstücken, die von einem landwirtschaftlichen Betriebe abgetrennt wurden, also ohne Gebäude und Inventar verkauft wurden. In beiden Gruppen sind die Grundstücke nach der Größe und nach „Bonitätsklassen“ geteilt. Die Qualifikation der Grundstücke nach Bonitätsklassen beruht auf der amtlichen Schätzung des Reinertrages zum Zwecke der Steuererhebung, wobei man fünf Bonitätsklassen unterscheidet: I. die Grundstücke mit geringstem Ertrage, also von geringster natürlicher Fruchtbarkeit, V. die Grundstücke mit höchstem Ertrage. Auf die Details brauchen wir hier nicht einzugehen; es genügt zu sagen, daß diese Einteilung, die aus dem Jahre 1865 stammt, sich auch heute noch als brauchbar erweist.

Ferner sind die Grundstücke in üblicher Weise nach Größenklassen eingeteilt (I unter 2 Hektar, 2 bis 5 Hektar, 5 bis 20 Hektar, 20 bis 100 Hektar, 100 bis 500 Hektar und über 500 Hektar) und nach Regierungsbezirken geteilt. Zu erwähnen ist ferner, daß die Katasterämter bei ihren Eintragungen außer dem tatsächlich gezahlten Preise, der oft von Neben Umständen beeinflusst sein kann (Mortgage des Verkäufers, Viehhäbereien des Käufers, Ausbedingung dinglicher Rechte am Grundstücke usw.), auch den „reinen Kaufpreis“ ermitteln, auf Grund der persönlichen Kenntnis der Katasterkontrolleure über die obwaltenden Verhältnisse.

So ergibt sich die Möglichkeit, die Bewegung der Preise kleiner und großer Besitzungen, Besitzungen mit gutem und schlechtem Boden in den einzelnen Regierungsbezirken zu verfolgen und auch bis zu einem Grade das Steigen des Preises für den reinen Boden und für Landgüter samt Gebäuden und Inventar getrennt zu verfolgen.

Die Resultate, zu denen Rothfegel kommt, lassen sich in folgendem zusammenfassen:

1. Im Durchschnitt aller Landgüter (also Boden samt Gebäuden und Inventar) für das ganze Staatsgebiet sind die Preise gestiegen: in der Periode von 1895/97 bis 1901/03 um 17 Proz., in der Periode von 1901/03 bis 1907/09 um 33 Proz.; insgesamt in der Periode von 1895/97 bis 1907/09 um 50 Proz.

2. Im Durchschnitt aller Stückländereien (also Boden ohne Gebäude und Inventar) in der ersten Periode um 10 Proz., in der zweiten um 21 Proz.; insgesamt um 31 Proz.

3. Diese Steigerung ist nicht gleichmäßig insofern, als die Grundstücke der verschiedenen Bonitätsklassen eine verschiedene Steigerung aufweisen. Nämlich: vergleicht man die Preise der Periode von 1895/97 mit denen der Periode 1907/09, so ergibt sich eine Steigerung in Prozenten:

Bonitätsklasse	bei Stückländereien	bei Landgütern
I	57	67
II	37	62
III	25	26
IV	12	22
V	5	18

4. Die Steigerung ist ferner nicht gleichmäßig bei den Landgütern der einzelnen Größenklassen. Es ergibt sich hier folgendes: Der Preis ist gestiegen bei Landgütern um Prozente:

	von 1895/97 bis 1901/03	von 1901/03 bis 1907/09	insgesamt von 1895/97 bis 1907/09
unter 2 Hektar	21	33	54
2-5 Hektar	18	27	45
5-20 Hektar	18	31	49
20-100 Hektar	14	37	51
100-500 Hektar	13	49	62
über 500 Hektar	19	53	72

5. Die Steigerung ist schließlich allgemein in den östlichen Provinzen größer als in den westlichen.

Sehen wir zu, was diese Zahlen bedeuten.

In den Jahren 1895 bis 1906 galt der Zollsatz von 35 M. pro Tonne Roggen und Weizen, seitdem 50 und 55 M. Indessen war der neue Zolltarif bereits im Jahre 1902 beschlossen, die Agrarier hatten es durchgesetzt, daß die Regierung bei Abschluß der Handelsverträge unter die genannten Sätze nicht herabgehen durfte. Auch in bezug auf die Viehzölle und die Zölle auf andere landwirtschaftliche Produkte war eine Erhöhung bei Abschluß der Verträge abfolut sicher. Käufer und Verkäufer von Landgütern konnten daher bereits im Jahre 1903 mit voller Sicherheit auf eine Erhöhung des Preisniveaus der landwirtschaftlichen Produkte rechnen, und diese kam in der Preisbemessung zur Geltung.

Nun sehen wir, daß in der Periode von 1895 bis 1903 die Preise sowohl der Landgüter als der Stückländereien stiegen. Das bedeutet, daß in dieser Periode die Profitrate der landwirtschaftlichen Unternehmer stieg. Die Behauptungen der Agrarier, daß die „zu niedrigen“ Zölle der Caprivischen Ära den Ruin der Landwirtschaft bedeuten, daß die Zölle erhöht werden mußten „um die Lebensfähigkeit der Landwirtschaft“ zu erhalten, wird durch diese Tatsache Lügen gestraft. Es hat in der genannten Periode die Rentabilität sich gehoben, es konnte bei den Verkäufen in steigendem Maße Grundrente realisiert werden, indem im Durchschnittspreis der Landgüter um 17 Prozent, der Preis des nackten Bodens um 10 Prozent erhöht wurde.

Nun kommt die zweite Periode, nach 1903, die Periode der enorm gesteigerten Zölle, die eine allgemeine Steigerung der Preise landwirtschaftlicher Produkte herbeiführte und in dieser Periode schnellen die Preise der Landgüter um weitere 33 Prozent in die Höhe, die Preise des nackten Bodens um 21 Prozent. Das beweist, daß infolge der Zölle eine enorme Steigerung der Profitrate der landwirtschaftlichen Unternehmer eingetreten ist. Indem man dem Volke die Nahrungsmittel verteuerte, verschaffte man den Gutsherrn, die schon bisher steigende Profite einheimsten, Extraprofite und diese Extraprofite wurden sofort kapitalisiert in den rapid steigenden Bodenpreisen.

Die Tatsache, daß die Böden geringerer Qualität bei weitem mehr in Preise gestiegen sind als die Böden von größter Fruchtbarkeit, bedeutet einen Ausgleich der Bodenrente. Die Eigentümer des fruchtbarsten, ertragreichsten Bodens beziehen eine Differenzialrente: weil ihr Boden bei gleichem Aufwande von Kapital und Arbeit höheren Ertrag abwirft als geringer Boden, ist ihre Profitrate größer als die der Besitzer weniger ertragreichen Bodens. Nun zeigt sich, daß in der Periode von 1895 bis 1909 die Grundstücke mit ertragreichstem Boden um 5 Proz. in Preise gestiegen sind, die mit Boden von geringster Qualität um 57 Proz. Dieser Ausgleich erklärt sich, wie Rothfegel richtig bemerkt, zum Teil daraus, daß die meisten Ertragsleistungen der landwirtschaftlichen Technik der letzten Zeit ganz besonders den Ertrag geringer Böden gehoben haben. In der Tat: wenn früher der Landwirt dem sterilen Sandboden hoffnungslos gegenüberstand und der Besitzer einer solchen „Sandbüchse“ mit Reib den reichen Schwarzerde-Böden des Nachbarn betrachtete, auf dem doppelt und dreifach so viel Korn wuchs, so hat sich das heute stark geändert. Durch rationalen Anbau kann heute der Ertrag des Sandbodens in kurzer Zeit sehr stark gehoben werden, während das bei weitem nicht in dem Maße zutrifft für den fruchtbaren Boden, auf dem eine weitere Steigerung der Ertragsfähigkeit nicht mehr in diesem Maße möglich ist. Aber auch hier wirkt die Zollpolitik ein. In erster Linie sind die Zölle auf Getreide gesteigert worden. Die Hauptgetreidearten Deutschlands, Roggen, Hafer, Gerste werden auf geringem und mittlerem Boden angebaut, während der fruchtbarste Boden zum Anbau von Getreide und Handelsgewächsen verwendet wird, vor allem zum Anbau von Zuckerrüben. Indem nun die Getreidepreise in die Höhe getrieben wurden, stieg der Profit, der bei der Produktion von Getreide auf jenen geringen Böden zu erzielen ist. Ferner werden bedeutende Teile der geringen Böden mit Kartoffeln angebaut und die „Liebesgabe“ für die

Schnapsbrenner macht den Anbau von Kartoffeln zur Produktion von Fusel ganz besonders profitabel. Die Steigerung der Rente und damit des Preises auf geringen Böden ist somit zurückzuführen auf die Errungenschaften der Wissenschaft, die den Eigentümer solchen Bodens bereichern, ferner auf die künstlichen Maßnahmen, auf die Zölle und Liebesgaben. Zu bemerken ist, daß der Osten des Staates, das Gebiet der ostelbischen Großgrundbesitzer, vorwiegend schlechteren Boden aufweist, als der Westen. Die enorme Steigerung der Profitrate, die im Steigen des Preises geringer Böden zum Ausdruck kommt, ist vornehmlich diesen ostelbischen Granden zugute gekommen.

Wenn wir uns zur Einteilung nach Größenklassen, so sehen wir, daß in der Periode bis 1903 die Preise der großen Güter weniger im Preise gestiegen sind, als die bäuerlichen Besitzungen. Die letzten erliefen eine Preissteigerung von 18 Prozent, die Rittergüter (von 100 bis 500 Hektar) um 13 Prozent. Der Fortschritt in der Bewirtschaftung, die Steigerung der Ertragsfähigkeit, ist im allgemeinen bei den Bauern größer gewesen, weil die letzten Jahrzehnte immerhin mit dem bäuerlichen Schlandrian aufträumten. Dazu kommt, daß die Nachfrage nach kleineren Bauengütern stets lebhafter ist, als die Nachfrage nach großen Gütern, weil die bäuerliche Bevölkerung sich vermehrt und für die Söhne Raum geschaffen werden muß. Nur die ganz großen Güter, mit über 500 Hektar, sind in jener Periode noch etwas mehr im Preise gestiegen als die Bauerngüter, nämlich um 19 Proz. Das erklärt sich wohl daraus, daß die reichen Besitzer dieser Güter die Mittel hatten, alle Errungenschaften der landwirtschaftlichen Technik in Anwendung zu bringen und so die Ertragsfähigkeit ihrer Güter zu heben. — In der zweiten Periode, der Periode der erhöhten Zölle, nach 1903, sehen wir die Preise der großen Güter viel mehr in die Höhe schnellen als die der kleinen Bauerngüter. Je größer die Besitzungen, desto mehr steigt der Preis! (Eine Ausnahme bilden die Parzellen unter 2 Hektar, deren Preise etwas mehr stiegen als die der Bauerngüter. Für diese Parzellen, die nicht eigentlich der landwirtschaftlichen Produktion dienen, gelten überhaupt andere Regeln der Preisbildung.) Auch diese Erscheinung findet ihre Erklärung in der Erhöhung der Zölle. Die bäuerlichen Besitzer sind viel weniger an den hohen Verkaufspreisen interessiert, weil ein großer Teil der erzeugten Produktion in den Konsum der Familie übergeht, und weil viele dieser bäuerlichen Betriebe Getreide überhaupt nicht für den Verkauf produzieren. Die Zahlen bestätigen also von neuem, daß den Hauptvorteil von den Zöllen die Großgrundbesitzer einheimen.

Was schließlich die größere Steigerung in den östlichen Provinzen anbelangt, so wirkt hier eine ganze Reihe von Ursachen mit: 1. überwiegen hier die geringen Böden; 2. die großen Güter; da, wie gesagt, die geringen Böden stärker im Preise stiegen als die guten, und die großen Güter stärker als die kleinen, so muß das eine allgemeine größere Steigerung im Osten als im Westen zeitigen; 3. hat die Regierung durch ihren Kampf gegen die Polen, durch den Ankauf von Gütern seitens der Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen die Preise künstlich in die Höhe geschraubt; 4. ist gerade im Osten in den letzten Jahrzehnten das Netz der Verkehrsstraßen ganz besonders stark ausgebaut worden, wodurch die Abzugsfähigkeit sich erhöhte und die Produktionskosten herabgedrückt, also die Profitrate gehoben wurde. Hier sehen wir denn auch eine ganz enorme Preissteigerung. Ziehen wir das typische ostelbische Rittergut mit 100 bis 500 Hektar geringen Bodens in Betracht, so ergibt sich folgendes: setzt man den Preis in der Periode 1895 bis 1907 gleich hundert, so war der Preis in der Periode 1907 bis 1909: im Regierungsbezirk Allenstein 182, Gumbinnen 154, Danzig 170, Marienwerder 235, Posen 142, Frankfurt a. O. 142, Köslin 209, Posen 163, Bromberg 188. Das sind also Steigerungen von 42 bis 185 Proz.! Die ostelbischen Junker, die in Preußen die Politik bestimmen, haben durch die Polensche, durch den Kornwucher, durch Verwendung von Staatsgeldern zum Ausbau der Bahnen im Osten, durch Erpressung der „Liebesgaben“ den Wert ihrer Güter enorm gesteigert.

Das Gerede von der „Kostlage der Landwirtschaft“ war eine streche Lüge. Das Steigen der Güterpreise bis 1903 beweist es. Der Brotwucher und Fleischwucher, die Erhöhung der Zölle, die Brandschagung des Volkes, zeitigt eine enorme Bereicherung der Bodensbesitzer, vor allem der Großgrundbesitzer. In der kurzen Spanne Zeit von 1895 bis 1909 ist der Preis der Besitzungen im Durchschnitt um 50 Proz. gestiegen, der Preis der Rittergüter bis zu 135 Proz. Auf Kosten des Volkes, das unerschwingliche Preise für Nahrungsmittel zahlen muß, haben sich die Bodeneigentümer, vor allem die Junker enorm bereichert. Das ist das Resultat der „bewährten“ Wirtschaftspolitik, die das Volk den Junkern ausliefert.

*) Leipzig 1910. Verlag von Dunder u. Humblot. 865 Seiten. Preis 10 M.
 **) In Schmollers „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich“. Jahrgang 34, Heft 4.

Arbeiter! Rüstet zu einer würdigen Maifeier!

Die Jahreskonferenz der S. D. P.

London, 18. April. (Fig. Ber.)

Am Karfreitag und dem folgenden Tage hielt die S. D. P. (Sozialdemokratische Partei) in Coventry ihre 31. Jahreskonferenz ab. Es waren ungefähr hundert Delegierte der verschiedenen Sektionen anwesend. Den Vorsitz führte der Genosse Pannington aus Coventry. In seiner Begrüßungsrede wies dieser darauf hin, daß der Sozialismus im vergangenen Jahre in Großbritannien nur wenig Fortschritte gemacht habe. Es sei aber falsch, die Stärke der Partei nach der Zahl der parlamentarischen Vertreter zu beurteilen. Die Mittel und Wege, die die bürgerlichen Parteien benutzten, um die Wahl ihrer Kandidaten herbeizuführen, seien vor einigen Tagen bei der Unterführung über die Standalose-Wahl in Exeter wieder einmal ans Tageslicht gekommen. Es wäre besser für die Partei, keinen einzigen Vertreter in eine Vertretungsversammlung zu schicken, als den Erfolg ihrer Kandidaten zweifelhaften Mitteln und jämmerlichen Notbehelfen zu verdanken. Eine Hauptursache des langsamen Fortschritts sei in dem Mangel an einer sozialistischen Tageszeitung zu suchen. Alle Zeichen der Zeit wiesen aber darauf hin, daß die Arbeiterklasse anfangs, sich zu regen. In Südwales kämpften Profetariat und Kapitalismus einen erbitterten Kampf und die Antifaschistische Liga sammelte wieder einen großen Fonds, um der Ausbreitung sozialistischer Gedanken entgegenzuarbeiten. Es sei daher notwendig, daß die Sozialdemokratie energisch eingreife. Im Parlament verfehle die Regierung die Zeit der Volksvertretung mit einem Scheinkampf gegen die Lords, während die dringendsten das Wohl der Arbeiterklasse betreffenden Aufgaben der Lösung harrten. Das Traurigste an der Sache sei, daß die Arbeitervertreter dem Spiele untätig zusäßen.

Die erste Frage, die zur Diskussion stand, betraf das Verhältnis der S. D. P. zur Arbeiterpartei. Die Parteioffiziere von North-West Ham hatten den Antrag gestellt, es einem Parteimitglied in Zukunft zu verbieten, als Kandidat der Arbeiterpartei aufzutreten. Die Spitze dieses Antrages richtete sich gegen den Genossen Hill Thorne, der ein bekanntes Mitglied der S. D. P. ist und West Ham als Arbeiterpartei im Parlament vertritt; er ist der Kandidat seiner Gewerkschaft, die der Arbeiterpartei angeschlossen ist. Die Gründe, die für die Resolution ins Feld geführt wurden, waren prinzipieller Natur. Die Gegner des Antrages brachten namentlich tatsächliche Bedenken vor. Es wurde angeführt, daß es nicht im Interesse der Partei sei, Streitigkeiten mit der Arbeiterpartei heraufzubekommen. Daraus führt aus, daß der bestehende Zustand der Partei kaum gefährlich werden könnte. Die Arbeiterpartei habe nicht nur kein Programm und keine Politik, sondern auch keine Disziplin; jeder Parlamentarier handle nach eigenem Gutdünken und unbestimmt um die Beschlässe der Parteikonferenz. Unter diesen Umständen brauche ein sozialdemokratisches Mitglied der Arbeiterpartei nicht in die Lage zu geraten, sich mit seinen Parteigenossen in Widerspruch zu setzen. Nach langer Diskussion wurde die Resolution schließlich mit großer Mehrheit mit dem Zusatzantrag angenommen, daß ein Parteimitglied, das als Arbeiterpartei kandidiere, in seinem Wahlaufruf ausdrücklich erklären müsse, daß es der S. D. P. angehöre und für alle Forderungen dieser Partei eintrete.

Ein zweiter Antrag von West Ham verlangte, daß bei allen Wahlen, wenn kein sozialistischer Kandidat auftritt, sich die Parteigenossen entweder der Stimme enthalten oder das Wort „Sozialist“ auf den Wahlzettel schreiben sollten. Diese Forderung fand auf der Konferenz wenig Anhänger. Die Praxis, das Wort „Sozialist“ auf den Wahlzettel zu schreiben, die in der Vergangenheit in einer Reihe von Fällen beobachtet worden ist, wurde von mehreren Rednern als geradezu albern bezeichnet. Ein Gegenantrag des Parteivorstandes, der diesem die Aufgabe gibt, vor der Wahl zu entscheiden, in welcher Weise die Stimmen der Partei am vorteilhaftesten angewendet werden können, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Eine von der Parteioffiziere in West Leeds gestellte Resolution verlangte, daß es den lokalen Organisationen nicht gestattet werden sollte, sich der Arbeiterpartei anzuschließen. Die Sektion Southampton forderte dagegen, daß sich die Partei als solche der Arbeiterpartei anschließen sollte. Für diesen letzten Antrag wurde hauptsächlich das Argument angeführt, daß sich die Arbeiterpartei nach der Richtung zum Sozialismus entwickle und daß der Anschluß der S. D. P. dieser Entwicklung nur förderlich sein könne. Dies wurde von den Gegnern des Antrages verneint. Sie wiesen darauf hin, daß sich die Arbeiterpartei seit dem Anschluß der Bergarbeiter nach rückwärts entwickelt habe und daß die Affiliation der S. D. P. mit ihr der sozialistischen Bewegung schaden würde. Beide Anträge wurden verworfen.

Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Genossen Higgs über die Agrarfrage. Higgs ist vielleicht der einzige tätige Sozialist in der Klasse der kleinen Pächter Englands. Er schilderte das Elend der kleinen Pächter, wie sie sich abradern müssen und doch auf keinen grünen Zweig kommen können. Trotz der üblen Erfahrungen werde die Vermehrung des Kleinpächterstandes von bürgerlichen Politikern als das Mittel gegen die sozialen Schäden angepriesen. Die einzige Hoffnung für die Landwirtschaft sei der Sozialismus. Ein klares und leicht verständliches Agrarprogramm müsse entworfen werden, um die Landarbeiter und Pächter dem Sozialismus zuzuführen.

Die wichtigste Frage, die auf der Konferenz diskutiert wurde, war jedoch die Frage der Kriegsrüstungen, in der einige hervorragende Führer der S. D. P. eine Stellung einnahmen, die in der Partei selbst und anderwärts schon Anlaß zu scharfer Kritik gegeben hat. Es lagen zwei Resolutionen vor. In der ersten wurden die Parteisektionen, der Parteivorstand und die einzelnen Parteigenossen aufgefordert, gemäß den von den internationalen Sozialistenkongressen gegen die Rüstungsbestrebungen gefassten Resolutionen zu handeln. Es wurde ferner erklärt, daß die beste Gewähr für die Sicherheit des Landes geschaffen werden könne, wenn die Regierung ihre aggressive imperialistische Politik aufgäbe. Die zweite vom Parteivorstand eingebrachte Resolution lautete: „Diese Konferenz drückt ihre vollständige Übereinstimmung aus mit den von dem internationalen Sozialistenkongress gefassten Resolutionen zugunsten des Friedens, der Abrüstung und der Einführung allgemeiner internationaler Schiedsgerichte. In Anbetracht jedoch, daß Kriege und Rüstungen die unvermeidlichen Folgen des modernen kommerziellen und industriellen Systems im wachsenden Wettbewerbs sind, ist diese Konferenz der Ansicht, daß ein energischer und beständiger Kampf gegen den Kapitalismus das beste Mittel ist, um den Krieg zu bekämpfen, und daß inzwischen die unmittelbaren Ziele, die wir erstreben sollten, um den Beschläffen der internationalen sozialistischen Bewegung nachzukommen, die sind, eine genügend starke Flotte zu erhalten und die Reorganisation unseres militärischen Systems auf der Grundlage einer nationalen Bürgerwehr und das Aufheben jeder aggressiven imperialistischen Politik herbeizuführen.“

Diese zweite Resolution wurde mit 47 gegen 33 Stimmen angenommen.

Auf diese Diskussionen werden wir noch zurückkommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. April 1911.

Offizielle Bilanzverschleierung im Dienste des Faselblatts.

Die gestern von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ gebrachte und von uns weitergegebene Meldung, daß in Regierung und gewissen parlamentarischen Kreisen ernstlich geplant werde, den gegenwärtigen Reichstag zur Erledigung des Reichsetats für das Rechnungsjahr 1912 bis in den Januar nächsten Jahres tagen zu lassen, wird von verschiedenen konservativen und liberalen Blättern bestritten. Tatsächlich scheint, wie wir schon gestern andeuteten, das Münchener nationalliberale Blatt schlecht informiert worden zu sein. Zwar ist in gewissen konservativen Kreisen auch über das Projekt, den jetzigen Reichstag nach dem Reichsetat für 1912 erledigen zu lassen, verhandelt worden; aber allem Anschein nach hat dieser Plan doch nur geringe Zustimmung gefunden. Dagegen wird ein anderes sauberes Projekt in konservativen Kreisen sorgfältig erwogen, nämlich der Plan, die Regierung zur frühen Fertigstellung und Vorlegung eines Reichsetatsentwurfs zu veranlassen, der, schon frisiert und optimistisch geschminkt, nachweist, daß die Reichsfinanzreform des Jahres 1909 eine große, segensreiche, die Sanierung der Reichsfinanzen prächtig einleitende Tat gewesen sei, und der andererseits die Neuforderungen für Meer und Marine so knapp hält, daß die Regierungsparteien mit Nachdruck der Behauptung entgegenzutreten vermögen, es ständen bald weitere beträchtliche Erhöhungen der militärischen Ausgaben in Aussicht. Kurz, an Stelle der früher verlangten autoritativen Aufklärung über die letzte Reichsfinanzreform fordert man jetzt von der Regierung die Aufstellung eines wohltemperierten Etatsentwurfs, der ungefähr den frisierten und verschleierte Bilanzen fauler Aktiengesellschaften entspricht. Mit einem solchen Etatsentwurf meint man in konservativen und liberalen Kreisen schöne Wahlgeschäfte machen zu können, zumal wenn er durch eine entsprechend abgefaßte Denkschrift oder einen Bericht über die günstige Finanzlage des Reiches wirksam ergänzt wird. Daß dieser Etatsentwurf auch beraten wird, verlangt die konservativ-liberale Sippe gar nicht; vielleicht sieht sie sogar lieber, wenn in die saubere Sache nicht näher hineingeleuchtet wird; es genügt ihr völlig, wenn die Regierung solchen Etat mit der schönen Erklärung vorlegt, daß das Ergebnis der 1909er Finanzreform ein unerwartet günstiges sei, so daß weitere Steuererhöhungen vorerst durchaus nicht nötig seien.

Schon vor kurzem erhielten wir Andeutungen, daß man sich in bestimmten konservativen Kreisen mit solchen Plänen trage; aber es fehlte uns an Beweisen für solches Gerücht. In dem Artikel „Die Herbsttagung des Reichstages“ ihrer heutigen Abendnummer gesteht aber die „Deutsche Tageszeitung“ ganz offen zu, daß man auf konservativer Seite tatsächlich die nächste Reichstagswahlkampagne mit frisierten Bilanzen einzuleiten beabsichtigt. Das Bündlerblatt erklärt nämlich mit schätzenswertem Freimut:

„Wir möchten uns aber vor allem deshalb über diesen angeblichen Plan (das von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ gemeldete Projekt) einstweilen den Kopf nicht weiter zerbrechen, weil wir es voraussichtlich nur mit einer Kombination nicht sehr maßgebender Stellen zu tun haben. Bisher wenigstens ist nur davon die Rede gewesen, den neuen Etat dem scheidenden Reichstage gleichsam zur Kenntnisnahme zu unterbreiten, nicht aber zur völligen Erledigung. Eine solche Absicht aber wäre sachlich sehr wohl begründet und politisch zweckmäßig. Der Reichstag hat ein natürliches Recht darauf, eine möglichst vollständige Bilanz seiner Hauptarbeit zu sehen. Diese Bilanz wird, wie oben bereits gesagt, der nächste Reichshaushaltsetat jedenfalls in noch besserer und schlüssigerer Weise darstellen können als der diesjährige. Wenn dem Reichstage also entweder der vollständige Etat oder eine eingehende Staatsübersicht gestellt und in einer besonderen Regierungskundgebung näher auf dessen Bedeutung hingewiesen würde, so wäre damit nur der finanziellen wie der politischen und der parlamentarischen Lage in gleichem Maße gedient; und es würde damit zugleich gegenüber der Bevölkerung, die vor bedeutsamen Neuwahlen steht, wie gegenüber dem Auslande eine wichtige Regierungsaufgabe erfüllt.“

Also ein Wahlparadeer! Bilanzverschleierung im Dienste des Faselblatts! Ein recht nützliches Anfinnen, das die Junker an ihre ministeriellen Kommiss stellen,

Vielleicht erklären sich aus diesem Bestreben, die Wirkung der letzten Reichsfinanzlage als möglichst günstig hinzustellen, auch gewisse Notizen, die seit einigen Tagen in halb- und vierteloffiziösen Blättern erscheinen.

So schreiben z. B. die „Berliner Polit. Nachr.“: „Demnächst wird das Ergebnis der Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren während des Rechnungsjahres 1910 veröffentlicht werden. Dieser Publikation wird sich die Jahreseinnahme aus der Post- und Reichseisenbahnverwaltung anschließen. Die ersten Zahlen dieser hauptsächlichsten Reichseinnahmegergebnisse sind keine endgültigen, sie erfahren später immer noch kleine Berichtigungen auf Grund genauerer Aufstellungen, jedoch gewähren sie ein im großen ganzen zutreffendes Bild. Es ist sicher, daß die wirklichen Einnahmen bei den Zöllen, Steuern und Gebühren, wie bei den beiden großen Betriebsverwaltungen des Reiches die Staatsausgabe überzogen haben. Man darf sich sogar auf ansehnliche Summen gefaßt machen. Jedenfalls sind sie so groß, daß auch insgesamt für das Rechnungsjahr 1910 auf einen Ueberschuß beim Endabluß der Reichshauptkasse zu rechnen ist.“

Und in einer anderen Ehrenrettung des Faselblatts heißt es:

„Daß dieser Reichstag bisher unfruchtbar gewesen, ist gar nicht wahr. Er hat durch den Haushaltsplan für 1911 die Finanzen des Reichs, die früher recht viel zu wünschen übrig ließen, auf eine gesunde Bahn gebracht, und er hat das neue Friedenspräsenzgesetz genehmigt, monach auf die nächsten fünf Jahre die Entwidlung des deutschen Heerwesens sichergestellt ist. Finanzen und Wehrmacht sind zwei so wichtige Grundpfeiler jedes Staatswesens, daß, wenn der Reichstag nichts

weiser als ihre Stärkung und Befestigung vollbracht hätte, der gegen ihn gerichtete Vorwurf der Unfruchtbarkeit als völlig deplaciert erscheinen müßte. Wenn der Reichstag von den großen sozialpolitischen und anderen umfassenden Vorlagen bisher keine erledigt hat, so ist zunächst zu betonen, daß dem Reichstage, der vor Weihnachten nicht allzuviel Zeit zur Verfügung hat und zwischen Neujahr und Ostern seine Zeit auf den Etat hauptsächlich verwendet, es gar nicht außergewöhnlich ist, daß er zur Entscheidung über die ihm sonst unterbreiteten Vorlagen erst zwischen Ostern und Pfingsten kommt. Dazu ist ihm nun auch diesmal reichliche Gelegenheit geboten.“

Die Arbeiten des Landtages im Mai.

Die Korrespondenz Woth schreibt: Es ist beabsichtigt, die Arbeiten des Landtages nach Wiederaufnahme der Arbeiten am 2. Mai so zu fördern, daß der Schluß der Session noch vor Pfingsten eintritt. Es ist beabsichtigt, zunächst die Vorlagen zu beraten, die noch Kommissionen überwiegen werden müssen. Es sind dies die Novelle zur Landgemeindeordnung für die Rheinprovinz, der Entwurf über die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, einige kleinere vom Herrenhaus überwiesene Vorlagen, das Ausführungsgesetz zum Reichsdiebstahlsengesetz, die Denkschrift über die Anstiebelung in Posen und Westpreußen und einige andere Denkschriften. Es soll sodann mit der Beratung der zahlreichen vorliegenden Anträge und der zurückgestellten Etatsresolutionen begonnen werden. Im ganzen werden in den Kommissionen Anfang Mai fünfzehn Gesetzentwürfe beraten werden müssen, die im Laufe des Monats vom Plenum zu verabschieden sind. Dazu tritt das noch in den nächsten Tagen dem Landtag zugehende Eisenbahnanleihegesetz, dessen Beratung im Plenum etwa acht Tage in Anspruch nehmen wird. Der größte Teil des Materials hat dem Herrenhaus noch nicht vorgelegen und ist auch von diesem noch nicht verabschiedet. Die Hauptarbeit wird die Verabschiedung der beiden Zweckverbandsgesetze sein, deren Beratung auch einige Tage währen wird. Da die Kommissionen nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, schon Ende April zu tagen geben, um das Material vorzubereiten, sondern größtenteils erst anfangs Mai zusammenzutreten, so ist es immerhin nicht ausgeschlossen, daß die Verabschiedung der 16 Gesetzentwürfe sich bis Pfingsten nicht wird durchführen lassen und eine kurze Tagung nach Pfingsten noch notwendig sein wird, zumal im günstigen Falle die Gesetzentwürfe dem Herrenhaus erst Ende Mai werden zugehen können. Die Kommission zur Vorbereitung der Zweckverbandsgesetze wird als einzige Kommission ihre Beratungen bereits am 25. April aufnehmen.

Belehrte Rechtsgelehrte.

Wie die Leser des „Vorwärts“ sich erinnern werden, führte ein Bericht über die Solinger Polizeiatende vom 6. März 1910 im Januar dieses Jahres zu einer Verurteilung unseres damaligen verantwortlichen Redakteurs, des Genossen Woth-Berlin, vor der Strafkammer I des Berliner Landgerichts I. In dem unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt gefällten Urteil ist die Publikationsbefugnis verweigert

je einmal im „Vorwärts“ und in der „Verglischen Arbeiterstimme“ und zwar im redaktionellen Teil dieser Blätter.

Der Erste Staatsanwalt Steinbrecht beim Berliner Landgericht I sandte nun unter dem 4. April d. J. der Redaktion der „Verglischen Arbeiterstimme“ in Solingen eine Abschrift des Urteilssterns mit dem Ersuchen um Abdruck zu, erhielt darauf jedoch folgende Antwort:

Den geforderten Abdruck des uns überfandten Urteilsterns in Sachen des Redakteurs Woth, Berlin (82 J. 424. 10/58) lehnen wir aus grundsätzlichen rechtlichen Gründen für den redaktionellen Teil unseres Blattes ab. Das Verlangen stellt ein Novum dar, das gesetzlich nicht begründet ist.

Nur für dasjenige Blatt, welches die fragliche Beleidigung veröffentlichen hat, kann das Urteil gemäß § 200 Abs. 2 des Str.-G.-B. den Abdruck des Urteilsterns im redaktionellen Teil verfügen, nicht aber zugleich auch für andere Blätter, in denen die Publikation erfolgen soll. Für diese kann lediglich der Inzeratenteil in Frage kommen, wie aus § 10 des Preß-Gesetzes deutlich hervorgeht.

Im vorliegenden Falle kam also nur vom „Vorwärts“ der Abdruck im redaktionellen Teil gefordert werden, nicht aber von unserem Blatt, das mit dem Bezug gar nichts zu tun hat.

Dem Abdruck im Inzeratenteil der „Verglischen Arbeiterstimme“ steht natürlich nichts im Wege.

Daraufhin traf vom Ersten Staatsanwalt in Berlin das Ersuchen ein, den Abdruck des Urteilsterns im Inzeratenteil vorzunehmen. Er hat sich also belehren lassen, daß sein erstgefaßtes Verlangen gesetzlich nicht begründet sei. So bleibt ein Teil des „von Rechts wegen“ gefällten Urteils unausgeführt von Rechts wegen!

Tagung der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung.

Die Landesgruppe Deutsches Reich der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung ist heute unter zahlreicher Beteiligung ihrer Mitglieder zu einer Tagung zusammengetreten. Die Verhandlungen, die sich über mehrere Tage erstrecken, haben zum Gegenstand die Stellungnahme zum Vorentwurf des Strafgesetzbuches. Der erste Tag brachte ein einseitiges Referat des Herrn Prof. Dr. v. Liszt-Charlottenburg und ein Referat des Weill. Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Krohne über Freiheitsstrafen und Strafvollzug nach dem Vorentwurf. Am Freitag steht zur Debatte die Behandlung der unsocialen Elemente im Vorentwurf (Referent Rittermaier-Biegen) und am Samstag wird über die Behandlung der Jugendlichen im Vorentwurf (Referent Freudenthal-Frankfurt a. M.) verhandelt werden.

Nach Abschluß der Verhandlungen werden wir in einem besonderen Artikel auf die bedeutsame Tagung zurückkommen.

Der Kampf gegen die freie Jugendbewegung.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes Berliner Evangelischer Jünglingsvereine eifert im „Reichsboten“ gar beweglich gegen die freie Jugendbewegung. Besonders warnt er vor der „Arbeiterjugend“, die das verderblichste Gift unter der Jugend verbreite. Alles mißfällt dem Herrn Pastor an dem proletarischen Jugendorgan: daß es ähndend Spott ausgießt über die läghlichen Verfolgungsmahregeln der Behörden gegen die freie Jugendbewegung, daß es dem dreifachen Chauvinismus einer verlogenen „patriotischen“ Geschäftsführung die geschichtliche Wahrheit entgegensetzt, daß es die Ausbeuterpraktiken des Kapitalismus gebührend kennzeichnet. Ein Raiber könnte meinen, daß es gerade einem abgestempelten Vertreter des „Christentums“ sympathisch sein müßte, wenn die höchst unchristliche Zütelung der Weiberden gebrandmarkt, die feivole Völkerververgen bekämpft und den so unüberwindlichen Ausbeutungsbestrebungen des Kapitalismus entgegenzutreten werde. Wer da freilich weiß, daß die Kirche sich jederzeit auf die Seite der Herrschenden und Besessenden geschlagen hat, wird auch die Besorgnis dieses Weistlichen verstehen, daß durch die „Arbeiterjugend“ die Ideen echter Menschlichkeit und Nächstenliebe unter dem heranwachsenden Proletariat verbreitet werden. Wir können es daher dem Herrn Pastor nachsagen, wenn er in dem schmerzlichen Ausruf ausbricht: „Wo sollen wir hinkommen, wenn diese Apostel des Hasses und der Autoritätslosigkeit ihr Gift ungehindert (!) weiter verschütten dürfen?“ Die geschäftigen

Schikanen gegen die freie Jugendbewegung genügen dem Orban also noch nicht!

Es versteht sich von selbst, daß der Herr Pastor zum Schluß zur Unterstützung seiner geliebten Evangelischen Jünglingsvereine aufruft. Der Verband könne das Doppelte leisten, wenn er nur Mittel zur Verfügung habe!

Kun, die braven Jugendverbundvereine mögen sich gefreuen: ihnen wird ja auch aus dem Millionenfonds bald Unterstützung zufließen! Die Stipendiaten des Korruptionfonds werden dann ja in größerem Maße ihre Arbeit aufnehmen können. Freilich werden sie dann ja einsehen müssen, daß es mit materiellen Mitteln allein nicht getan ist, sondern daß zur Gewinnung der Jugend auch geistige und moralische Mittel gehören. Geistlichen Klein-Kinderschwänzen ist die moderne Jugend denn doch erfreulicherweise entwachsen!

Sie verlangen Anteil an der Staatskrippe.

Die „Köln. Volksztg.“ beklagt sich bitter darüber, daß bei der Befragung hoher Staatsposten die Katholiken nicht genügend Berücksichtigung würden. Erhöht fragt das kirchliche Blatt:

„Warum reden die liberalen Zeitungen immer nur von der Bevorzugung des alten Heils? Es gibt eine andere Bevorzugung, die viel weiter greift und viel empfindlicher ist, nämlich die Bevorzugung der Protestanten vor den Katholiken.“

Und in einer langen Zusammenstellung sucht dann die Sachemische Standarte nachzuweisen, daß trotz aller Dienste, die das Zentrum der Regierung geleistet hat, bei Vergabung der Staatsämter noch immer höchst unparteilich verfahren wird. So sei in der Provinz Westpreußen unter 25 Landräten, in Brandenburg unter 31, in Pommern unter 28, in Hessen-Rhassau unter 37 Landräten nicht ein einziger Katholik vorhanden. Und in Ostpreußen gäbe es unter 35 Landräten, in Schleswig-Holstein unter 20, in der Provinz Sachsen unter 39 Landräten nur je einen Katholiken. Auch in Posen seien unter 40 Landräten nur 2, in Schlesien unter 61, in Hannover unter 60, in Hohenzollern unter 4 Landräten nur je 3 Katholiken.

Wir finden vom Standpunkt der „Köln. Volksztg.“ diese Mahnung ganz begründet. Das Zentrum hat der Regierung alles geopfert, selbst seine Ehre; dafür kann es mit Recht seine Belohnung verlangen. Auch ein Hund hat, wenn er treue Dienste leistet, Anspruch auf ausreichendes Futter.

Die Politik in den Kriegervereinen.

Die Kriegervereine treiben bekanntlich nach der Behauptung der offiziellen Presse keine Politik. Ein neues Beispiel für diese angebliche politische Abstinenz bietet folgendes Schreiben, das ein Mitglied des Kriegervereins Böhne vom Vorstand zugesandt erhielt. Das Schreiben lautet wörtlich:

Herrn R. R. hier.

Am Abend des 21. Februar cr. hielt der Redner des Bundes der Landwirte, Herr Niesberg, einen Vortrag im Gottschalkschen Gasthause, in welchem Sie anwesend waren.

Der Vorgenannte führte aus: Die sozialdemokratischen Führer nehmen den Arbeitern das Geld in hellen Haufen ab, diesen Arbeiterführern folgen unsere Arbeiter in hellen Haufen und diese Leitung bekämpfen wir.

Nach Aussage glaubwürdiger Zeugen sollen Sie den Ausruf „Freiheit“ gleich nach den Ausführungen ausgerufen haben, auch hätten Sie schon vorher und nachher Ihr Mißfallen durch Rufen und Ausrufe öffentlich bekundet, was bei den anwesenden Kameraden großes Mergernis erregte.

Da solche öffentliche Kundgebungen gegen § 1a unserer Vereinsstatuten verstößen, so hält der Vorstand des Kriegervereins es für seine Pflicht, Ihnen den Rat zu erteilen, freiwillig aus dem Verein auszutreten nach § 3a.

Nach § 31 steht Ihnen die Verurteilung gegen diesen Beschluß in der nächsten Versammlung binnen vier Wochen zu.

Der Vorstand des Kriegervereins Böhne. (Folgt Unterschriften.)

Nach der Ansicht des Vöbner Kriegervereinsvorstandes entspricht es also der Ehre und Würde des gewissen Soldaten, daß er lägen ohne mit der Wimper zu zucken mit anzuhören hat. Das also getadelte Mitglied ließ sich den freundlichen Rat nicht zornig geben; es kehrte der Gesellschaft den Rücken. Besser wäre allerdings gewesen, es wäre schon früher ausgetreten. Arbeiter, die auf Intelligenz Anspruch erheben und proletarisches Selbstgefühl besitzen, gehören nicht in Kriegervereine.

Die Kriegervereine und die freie Jugendbewegung.

Das amtliche Organ des deutschen Kriegerbundes, die „Parole“, bringt einen fulminanten Aufruf, in dem die Kriegervereine zum Schutze gegen sogenannte arme eisenbüchse Befestigungen mobil gemacht werden. Die größte Gefahr wird in der freien Jugendbewegung erblickt.

„die den jungen Leuten schon vor dem Diensttritt die Lust am Soldatenleben verderben und sie mit Mißtrauen gegen die gesamten Heeresverrichtungen und die zukünftigen Vorgesetzten erfüllen will.“

Verschiedene Kriegervereine haben deshalb schon besondere Jugendvereine gegründet, die im Zusammenwirken mit anderen staatsstreuen Vereinen die Jugend vor der Auslieferung bewahren sollen. An die Offiziere des Verurlaubtenstandes wird bei dieser Gelegenheit erneut die Mahnung gerichtet, ihre Kraft in den Dienst dieses Landsturmes der hintersten Reiterei zu stellen. Diese immer wiederkehrenden Aufforderungen berechtigen zu der Folgerung, daß die Bestrebungen der Heeresverwaltung auf diesem Gebiet nur recht mageren Erfolge gezeitigt haben.

Medlenburgisches aus Hessen.

Daß es die Feudalen auch im Großherzogtum Hessen verstanden haben, sich allerlei juristische Privilegien zu erhalten, beweist eine Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus dem Kreise Erbach. Die Standesherrn von Erbach haben dort für fast alle Lehrstellen ein Präsentationsrecht. Von den 66 Orten des Kreises sind im ganzen nur 9 Orte präsentationsfrei, und das sind die kleinsten Dörfer, in denen anscheinend erst in späterer Zeit Schulstellen errichtet worden sind. Die Vergabung aller übrigen Stellen liegt in den Händen der Herren von Erbach-Erbach, Erbach-Fürstentum, Erbach-Schönberg und deder von Könenstein-Weichheim-Rajenberg. Dabei liegt oft die Präsentation ein und derselben Stelle in der Hand zweier Standesherrn, die an ganz verschiedenen Orten ihren Wohnsitz haben. Während das hessische Schulministerium zurzeit mit Recht bestrebt ist, bei der Vergabung von Lehrstellen die größtmögliche Vereinfachung einzutreten zu lassen, wird durch jene veralteten Zustände eine Verschleppung und Erstickung des Geschäftsganges herbeigeführt. Dabei stehen diesen Präsentationsrechten kaum irgend welche Pflichten gegenüber. In Erbach zählt die Standesherrschaft einenbaren Zuschuß zur Dotierung zweier Lehrstellen von 250,04 M. und 235,04 M., sowie je fünf Klammeter Wachenholz. Von sonstigen Verpflichtungen ist nichts zu vermelden. Dafür haben aber die Herren das Recht der Präsentation in 78 Orten des Kreises, während Staat und Gemeinde die Lehrgehälter aufzubringen dürfen.

Und diese Zustände läßt die herrschende bürgerliche Klasse ruhig weiter bestehen!

Schweiz.

Ein Arbeitertag.

Der Schweizerische Arbeiterbund hielt an den Osterfeiertagen in Zürich den nur alle drei Jahre stattfindenden Arbeitertag ab. Dieses Land lebt sich aus allen Arbeiterorganisationen ohne Aus-

sicht auf Parteistellung und Zielsetzungen zusammen, sofern diese Vereine in der Mehrzahl aus Schweizer Bürgern bestehen. Als Abgeordnete zum Arbeitertag sind nur Schweizer Bürger und Bürgerinnen wählbar. Auf der heutigen Arbeitertagung waren 217 Vereine mit 376 000 Mitgliedern durch 806 Delegierte vertreten. Das Organ des Arbeiterbundes ist das schweizerische Arbeitersekretariat, dessen Sekretär und Adjunkt vom Arbeitertag auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt werden. Außerdem nimmt er Stellung zu den aktuellen der Arbeiterschaft lebhaft interessierenden Tagesfragen. Um ein genaueres Bild dieser eigenartigen Organisation, in der es keine politische und konfessionelle Trennung mehr gibt, also das reinste Äquivalent der Arbeitgeberverbände ist, und der seit 1887 besteht, seien noch folgende Zahlen genannt: Es waren vertreten 46 freie Gewerkschaften, 62 sozialdemokratische Vereine, 55 Vereine religiöser Richtung und 64 Krankenkassen.

Genosse Oberdichter Lang eröffnete die Tagung. Das erste Referat hielt Genosse Landammann Scherrer in St. Gallen über die Kranken- und Unfallversicherung, die geschlossene Annahme des bereits fertigen Gesetzes empfehlend. Der betagte Genosse Greulich, der das 70. Lebensjahr angehtreten hat, wurde einstimmig für weitere drei Jahre zum Arbeiterssekretär gewählt.

Auf der Montagtagung hielt Genosse Nationalrat Dr. Studer von Winterthur ein Referat über die Revision des schweizerischen Patentrechts, das in zahlreichen Theesen mit den speziellen Wünschen der Arbeiterschaft ausklang, die einstimmig angenommen wurden. Besonders unterstrichen wurden von den Diskussionsrednern die Forderungen auf wirksamen Patentschutz, Unantastbarkeit der Koalitionsfreiheit, geschützter Schutz der Heimarbeit und Verbot der Nachtarbeit in den Bädereien. Auch in der Frage der Teuerung wurde eine Resolution angenommen.

Den Schluß bildete das Referat von Dr. Vuoberger, Redakteur in Schaffhausen, über die schweizerische Ausländerfrage, in der Forderung der Erleichterung der Einbürgerung gipfelte. Die Schweiz hat unter allen Staaten die meisten Ausländer. Außerdem ist die durchschnittliche jährliche Zunahme der Bevölkerung auf je 1000 Einwohner bei den Schweizern 10,4, bei den Ausländern dagegen 39,8. Daraus erhellt die Bedeutung der Ausländerfrage für die Schweiz und besonders ihrer Arbeiterbevölkerung.

Frankreich.

Die Reaktionen gegen die Wiedereinstellung der Eisenbahner.

Paris, 20. April. Die konservativen und gemäßigten Blätter kritisierten das Schreiben des Arbeitsministers an die Eisenbahngesellschaften betreffend Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner sehr scharf. „Figaro“ bezeichnet es als ein anmaßendes Ultimatum, ja geradezu als eine revolutionäre Tat.

Rußland.

Bilanz der Studentenverfolgungen.

Das Petersburger marxistische Wochenblatt „Swesda“ veröffentlicht folgende Angaben über die Opfer der Studentenbewegung in den letzten zwei Monaten (3. Februar bis 3. April). Diese Angaben, die auf Grund der Meldungen der Tagespresse zusammengestellt sind, stehen natürlich hinter der Wirklichkeit weit zurück.

Auf Befehl der Minister wurden insgesamt relegiert 1701 Studierende, darunter in Petersburg 657, Moskau 445, Tomsk 370, Warschau 120 usw. Nicht inbegriffen sind hier die Massenrelegationen im Kiewer Polytechnikum.

Auf administrativem Wege verbannt wurden 336 Personen, darunter in Warschau 204, Petersburg 62, Odessa 26, Kiew 21 usw.

Verhaftet wegen Nichterfüllung von obligatorischen Vorschriften wurden 87 Personen. Außerdem wurden verhaftet: in Petersburg 486, in Warschau 100, in Moskau 83 usw., insgesamt 691 Personen. Außer diesen Maßnahmen wurden in großem Umfang angewendet: Ausweisung der Studierenden (in Petersburg wurden fast sämtliche relegierte Studenten ausgewiesen), Ueberweisung an die Gerichte wegen Zugehörigkeit zum Koalitionskomitee usw. und polizeiliche Eskortierung der Studierenden (in verschiedenen Hochschulen wurden ca. 2000 Studierende polizeilich eskortiert).

Marokko.

Aufstand in Fes?

Langer, 19. April. Nach einer Meldung des Korrespondenten der „Agence Havas“ in Rabat sind dort Gerüchte verbreitet, wonach eine Empörung unter der Einwohnerchaft von Fes ausgebrochen und die Stadt geplündert sein soll. Eine Bestätigung dieser Gerüchte liegt nicht vor.

Amerika.

Der Kongress in außerordentlicher Session.

New York, 7. April. Vorgestern trat der 62. Kongress zu einer außerordentlichen Session zusammen. In den gesetzgebenden Körperschaften der Union sitzt zum ersten Male ein Sozialist: der Genosse Victor Berger von Milwaukee. Nach ununterbrochener sechzehnjähriger republikanischer Herrschaft haben die Demokraten im Repräsentantenhaus die Mehrheit: die Volkstammer setzt sich zusammen aus 228 Demokraten, 160 Republikanern und 1 Sozialisten; zwei Mandate sind unerledigt. Dagegen haben die Republikaner im Senat die Majorität; sie verfügen über 50, die Demokraten über 41 Sitze. Ein Senator ist von der überwiegend demokratischen Legislatur des Staates Colorado noch zu erklären.

Obwohl die beiden Häuser des Kongresses entgegengesetzte Mehrheiten aufweisen und der Senat bei weitem den größeren Einfluß auf die Gestaltung der amerikanischen Politik ausübt, sind die Demokraten imstande, ihren Willen in manchen wichtigen Fragen ihren republikanischen Gegnern aufzuzwingen. Die republikanische Majorität des Kongresses setzt sich nämlich aus 36 „Regulären“, 12 fortschrittlicher gerichteten „Insurgenten“ und 2 „Halbinsurgenten“ zusammen.

Im letzten Kongress, dessen Mandat am 4. März abließ, gelangte das zwischen den Regierungen Kanadas und der Vereinigten Staaten vereinbarte Handelsabkommen nicht zur Annahme. Es fand zwar im Repräsentantenhaus, nicht aber im Senat eine Mehrheit. Lediglich um das kanadisch-amerikanische Abkommen reaktivieren zu lassen, berief der Präsident Taft den neuen Kongress auf den 4. April zu einer außerordentlichen Session ein. Andere Aufgaben erwähnte er auch nicht in seiner getragenen, an die gesetzgebenden Körperschaften gerichteten Vorlesung.

Champ Clark, der Sprecher (Präsident) des Repräsentantenhauses, gab am Dienstag die Erklärung ab, die Demokraten seien entschlossen, in der gegenwärtigen Session auch die Ermächtigung der Lebensmittelpolitik, die Annahme einer die direkte Wahl der Bundesbeamten vorschlagenden Verfassungs-Besolution und die Aufnahme der

Territorien New Mexiko und Arizona als Einzelstaaten in die Union durchzuführen. Für die Erhebung der beiden Territorien zu Einzelstaaten und die direkte Wahl der Bundesbeamten sind wohl alle republikanischen Insurgenten. Daher haben diese beiden Maßnahmen alle Aussicht, nicht nur vom Repräsentantenhaus, sondern auch vom Senat angenommen zu werden, obwohl keine von ihnen die Billigung aller demokratischen Senatoren findet. Dagegen ist das Schicksal des kanadisch-amerikanischen Handelsabkommens und einer Revision der Lebensmittelpolitik noch mehr wie fraglich.

In der zweiten Sitzung des Repräsentantenhauses reichte der Genosse Berger eine Resolution ein, in welcher die Zurückziehung der an der mexikanischen Grenze konzentrierten amerikanischen Truppen gefordert wird. Mit seinem Antrage sprach Berger der großen Mehrheit des Volkes aus dem Herzen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Resolution, falls sie überhaupt auf die Tagesordnung gelangt, im Repräsentantenhaus eine Mehrheit findet. Denn die aus direkter Wahl hervorgehenden Gesetzgeber haben auf den Willen der Wählerzimmerhin einige Rücksicht zu nehmen. Wenn aber auch die Bergerische Resolution trotzgezwungen wird, so werden doch andere sozialistische Anträge kommen, die sich nicht so ohne weiteres begraben lassen. Mögen Republikaner und Demokraten auch nichts für die werktätige Bevölkerung übrig haben, so müssen sie der Arbeiterschaft doch aus wahltechnischen Gründen bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen, wenn sie gezwungen werden, Farbe zu bekennen. Siderlich wird Berger im Repräsentantenhaus die Rolle des bösen Gewissens spielen und den Gesetzgebern im Parlamente und damit vor dem ganzen Volke an ihre Vergehungs- und Unterlassungssünden mahnen. Und darin liegt die Bedeutung des Eintritts des ersten Sozialisten in das Repräsentantenhaus.

Mexiko.

Die Friedensverhandlungen.

New York, 20. April. Nach einer Depesche aus El Paso (Texas) haben die Aufständischen die Stadt Juarez aufgefordert, sich binnen 24 Stunden zu ergeben.

Nach einem Telegramm aus der Stadt Mexiko haben die Abgeordneten einen vollständigen Bericht über die Friedensverhandlungen verlangt. Wenn auch bisher die Verhandlungen nur von inoffiziellen Agenten der Regierung geführt worden sind, so ist es doch kein Geheimnis, daß der Minister des Auswärtigen ihnen Direktiven gegeben hat.

Die „New York Times“ veröffentlicht eine Depesche aus Mexiko, in der es heißt, Mexikos Antwortnote auf Amerikas Protest gegen die Grenzkämpfe ignoriere die diplomatischen Formen und erhebe Verschuldigungen gegen die amerikanischen Truppen an der Grenze. Es mache den Eindruck, als wolle Präsident Diaz die Vereinigten Staaten zu einer Intervention provozieren in der Hoffnung, daß ein Ueberstreiten der Grenze durch die amerikanischen Truppen alle Parteien in Mexiko gegen Amerika vereinigen werde.

Wadero verweigert den Waffenstillstand.

New York, 20. April. Wadero verweigerte, wie die Associated Press aus El Paso meldet, unbedingt den sofortigen Waffenstillstand. Erst nach der Schlacht bei Juarez werde er über einen Waffenstillstand reden.

Aus der Partei.

Nur ein Preshänder.

Wie man im „liberalen“ Thüringen mit sozialdemokratischen Preshändern umspringt, wird am treffendsten durch die Gegenüberstellung nachstehender beiden Fälle illustriert. Genosse Georg Pfeuffer von der „Weimarer Volkszeitung“ in Jena verblüht zuerst in den gemeinsamen thüringischen Strafanklagen zu Jetershausen eine dreimonatliche Gefängnisstrafe, die ihm von der Strafkammer in Weimar wegen angeblicher Verleumdung des Jenaer Oberlandesgerichtsrats Dr. Börgen (für das eine Wort „Phantasmagorie“ 1 Monat) sowie des Pfarrers K. Zermann in Jena-D. publiziert worden war. Gleich bei seinem Straftritt stellte Gen. Pfeuffer einen Antrag auf Bewährung von Selbstbeschäftigung und Selbstbelästigung. Nach vier Wochen wurde ihm aber von der Gefängnisdirektion im Namen des Gothaer Staatsministeriums, dem die Aufsicht über die Strafanstalt obliegt, eröffnet, daß „kein Grund vorliege, um Genossen Pfeuffer besondere Begünstigungen zu gewähren“. — Gen. Pfeuffer wird somit noch zwei Monate lang bei Gefängnisloft und Briefschlagsfolgen verbracht werden über die schöne Rechtsmaxime: „Jeder Deutsche ist gleich vor dem Gesetz“ anstellen können. Daß aber das Staatsministerium in Gotha auch anders kann, wenn es sich nicht um sozialdemokratische Preshänder, sondern um „staatsverhaltende“ Weineidshauern handelt, hat es dadurch bewiesen, daß es im Jahre 1906, wo Genosse Pfeuffer schon einmal drei Monate in der Jetershäuser Idylle zu verbringen hatte, zwei Bauern aus dem gothaischen Dorfe Moldbach — Vater und Sohn V. —, die das Schwurgericht in Gotha wegen Weineids zu Zuchthaus verurteilt hatte und deren Strafe auf dem Gnadenwege in Gefängnisstrafe, die sie zudem nicht einmal ganz zu verbüßen brauchten, umgewandelt worden war, die gesetzlich zulässigen Begünstigungen auf Selbstbeschäftigung und Selbstbelästigung gewährte, für die Genossen Pfeuffer gegenüber, der allerdings keinen Weineid leistete, sondern Allgemeininteressen vertrat, nach Ansicht desselben Staatsministeriums in Gotha kein Grund vorliegt. — Jeder weitere Kommentar zu dieser Gegenüberstellung würde ihres aufreizenden Wirkung nur abschwächen. Und trotz alledem ist jeder Deutsche gleich vor dem Gesetz!!

Verbotener Mäusung.

Die Steintiner Polizei ist äußerst fürsorglich. Deshalb hat sie auch die Genehmigung zu einem Mäusungszug nicht erteilt. Sie befürchtet eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, wenn sich Mäusungstruppen im geschlossenen Zuge durch die Straßen der Stadt bewegen und hinaus in den maligen Wald wandern. Sie stellt damit den staatsstreuen Elementen ein keineswegs beweisenswertes Zeugnis aus. Denn Herr Meßner Walther, der den ablehnenden Befehl erteilte, befand sich im Vorjahr inmitten der Mäusungsdemonstrationen und wird anerkennen müssen, daß diese sich anständig und gestiftet bewegen. Er muß also Rücksichtungen der staatsstreuen Elemente befürchten, wenn er seinen Entschluß näher begründen wollte. Aber auch sonst läßt der Entschluß des Vertreters des Steintiner Polizeipräsidenten die weise Voraussicht der Wohlthätigen erkennen. Er macht nämlich dabei noch

... ergebnis darauf aufmerksam, daß noch vor dem 1. Mai d. J. die Kammer der Gesetzgebung, mit deren Aufgabe die Eingemeindung des Ederberger Forstes in den Stadt- und Polizeibezirk Steintin in Kraft tritt, erscheinen dürfte. Man möchte also auf dem Steintiner Polizeipräsidenten unseren Genossen auch einen Spaziergang nach dem Walde verwehren. Aber man wird einsehen müssen, daß selbst in Preußen die Wäme der Polizei nicht in den Himmel wachsen.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Fabrikarbeiter im Jahre 1910.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat im verflossenen Jahre außerordentlich erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der Mitglieder stieg von 141 024 zu Beginn auf 167 097 am Ende des Jahres. Das ist eine Zunahme um 26 073 oder rund 18 Proz. Von den Mitgliedern waren 20 516 weiblichen Geschlechts.

Die Einnahme der Hauptkasse betrug (ohne den Kassenbestand) 8 117 487 Mk. gegen 2 482 598 Mk. im Jahre 1909. Dieser Einnahmewachstum von rund 600 000 Mk. wurde jedoch fast völlig durch die gleichzeitige Steigerung der Unterhaltungsausgaben, namentlich der Streikunterstützung, wieder aufgezehrt. Die Gesamtsumme der Unterhaltungen betrug nämlich 2 114 467 Mk. gegen 1 506 837 Mk. im Jahre 1909. Außerdem wurden noch für Gemeinwohlunterstützung 46 000 Mk., für Sterbegeld 52 678 Mk. verausgabt.

Außer den hier angeführten wurden noch erhebliche Summen an Unterstüzung aus lokalen Mitteln gezahlt. So zum Beispiel 94 029 Mk. Streikunterstützung, 39 812 Mk. Kollageunterstützung usw. Die Ausgabe der Hauptkasse betrug insgesamt 3 085 501 Mk., der Einnahmehüberschuß mithin 5 131 986 Mk. Das Vermögen der Hauptkasse betrug 1 504 768 Mk. In den Lokalkassen waren noch 606 921 Mk. vorhanden. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug mithin 2 111 684 Mk.

Die Lohnkämpfe des Verbandes hatten sehr günstige Resultate. Die Zahl der Lohnbewegungen, die ohne Streik zu Ende geführt werden konnten, betrug 367, die sich auf 503 Betriebe mit 44 708 beschäftigten Personen erstreckten. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurde für 39 072 Personen erreicht. Und zwar für 8958 Personen Verkürzung der Arbeitszeit um insgesamt 20 845 Stunden pro Woche, und für 32 064 Personen Lohnerhöhung um insgesamt 50 980 Mk. pro Woche. Die Zahl der Streiks und Aussperrungen, an denen Verbandsmitglieder allein oder in wesentlicher Anzahl mit beteiligt waren, betrug 122; davon 74 Angriffs- und 40 Abwehrstreiks und 8 Aussperrungen. Die Zahl der beteiligten Personen betrug 13 591, die sich auf 1371 Betriebe verteilten. Von den Streiks und Aussperrungen endeten 60 mit vollem, 31 mit teilweisem und 28 ohne Erfolg. Erreicht wurde für 3061 Beteiligte Verkürzung der Arbeitszeit und für 8648 Beteiligte Erhöhung der Löhne. Die Gesamtzahl der vom Verband abgeschlossenen Tarifverträge betrug am Jahresschlusse 175. Diese Verträge umfaßten 308 Betriebe mit 20 906 Beschäftigten.

Die allseitig erfreuliche Entwicklung des Verbandes hält im laufenden Jahre an. Vor einigen Wochen schon betrug die Mitgliederzahl 175 000, zurzeit dürfte sie 180 000 erreicht, wenn nicht überschritten haben. Wenn man bedenkt, daß der Verband der Fabrikarbeiter die ungelerten, meist schlecht entlohnenden Arbeiter zu organisieren, also ein sehr feines Feld zu bearbeiten hat, ist diese prächtige Vorwärtswirkung doppelt erfreulich.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Wegen der Vereidigung des Genossen Vorgermann findet die Wahl der Delegierten für unsere diesjährige Generalversammlung am Sonntag, den 23. April, schon von 8½ bis 11½ Uhr vormittags statt. (Siehe heutiges Inserat.)

Unsere Funktionäre ersuchen wir, soweit sie dazu aufgefordert werden, sich an den Wahlarbeiten für unsere Delegiertenwahl am kommenden Sonntag zu beteiligen, damit das Wahlergebnis so schnell wie möglich festgestellt werden kann.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Arbeiterinnenstreik bei Bergemann.

Die Firma Bergemann, Aktiengesellschaft, hat es für notwendig erachtet, die Öffentlichkeit durch eine Zuschrift an die bürgerliche Presse über die Ursachen des Streiks aufzuklären. Sie tut das in ihrer Weise und sucht die Arbeiterinnen als den schuldigen Teil hinzustellen. Sie schreibt:

„Seitens der Arbeiterin unserer Glühlampenfabrik wurde von uns die Zuficherung gefordert, daß trotz der stillen Saison die übliche Rekrutierung des Personals nicht vorgenommen würde, und daß trotz der verbesserten Fabrikationseinrichtungen und vorteilhafteren Arbeitsmethoden die alten Akkordsätze bestehen bleiben sollten. Da diese Forderungen abgelehnt wurden, ist heute früh die Arbeit in unserer Glühlampenfabrik teilweise nicht wieder aufgenommen worden. Der Betrieb wird in beschränktem Maße aufrechterhalten.“

Der „Vorwärts“ hat gestern die Ursachen des Streiks wahrheitsgetreu mitgeteilt, und dabei nichts verschwiegen, was von Wichtigkeit war. Was die Firma schreibt, entspricht nicht der Wahrheit. Da wird die Sache zunächst so hingestellt, als hätten die Arbeiterinnen verlangt, daß die Firma in der toten Saison überflüssige Arbeitskräfte gleichsam durchfüttern sollte. Wer auch nur einigermaßen mit der Gewerkschaftsbewegung Bescheid weiß, erkennt sofort, daß das nicht wahr sein kann. Hat ein Unternehmer nicht genügend zu tun, so fügen die überflüssig gemordeten Arbeiter und Arbeiterinnen sich selbstverständlich in das Unvermeidliche, und keine Gewerkschaft würde ihre Zustimmung dazu geben, wegen Arbeitsmangel über irgendeinen Betrieb den Streik zu verhängen. Das wäre ja auch geradezu Wahnsinn. Aber bei Bergemann lag die Sache so, daß man bislang von der toten Saison nichts gewußt hatte, und erst als die Firma sah, daß sie mit ihrem Lohnherabsetzungsbestreben auf den einmütigen Widerstand der Arbeiterinnen stieß, gab sie ihnen durch den Anschlag vom 18. April kund und zu wissen, daß die Saison tot war und das Personal vermindert werden sollte. Aber die Hauptfache in dem Anschlag war die Aufrechterhaltung der Abzüge von 30 bis hinauf zu 60 Proz. der bisherigen Akkordpreise, und das ist es, wogegen sich der Streik richtete. Nun soll eine Verbesserung der Arbeitsmethode als Rechtfertigung der Lohnherabsetzung dienen. Die Arbeiterinnen wissen von solcher Verbesserung nichts, und es ist ihnen gegenüber auch bislang nichts dergleichen als Begründung für das Vorgehen der Firma angeführt worden. Die Streikenden hatten sich gestern vormittag wiederum vollzählig in den „Pharusälen“ versammelt. Der Streikleiter Handke richtete in seinem Bericht über den Stand des Streiks an die Versammlung die Frage:

„Ist irgendeine Veränderung in der Arbeitsmethode einzu-treten?“

Die einstimmige Antwort lautete: „Nein!“

Und weiter: „Sind irgendwelche neuen maschinellen Einrichtungen geschaffen?“

Wiederum folgte das einstimmige „Nein“ der Versammelten.

Wenn also die Firma in ihrem Glühlampenwerk irgendwelche technischen Verbesserungen eingeführt hat, durch die eine Erhöhung der Arbeitsleistung möglich wird, so müßte das nach der Arbeitsniederlegung geschehen sein, und sicherlich hätte sie eine solche Tatsache doch auch von vornherein und nicht erst nachträglich zur Begründung der Herabsetzung der Akkordpreise angeführt.

Mit dem Streik sieht es übrigens durchaus günstig. Die Streikenden sind sich von vornherein darüber klar gewesen, daß der Kampf nicht von heute auf morgen beendet werden kann. Sie halten tapfer und einmütig aus, und ein Teil derer, die am Dienstag noch wieder in die Fabrik gingen, hat das Verwerfliche dieses Luns schon eingesehen und sich den Streikenden angeschlossen. Die geringe Anzahl der Arbeitswilligen vermindert sich also mit der Dauer des Streiks. Die Firma hat versucht, die männlichen Arbeiter im Betriebe zu Streikarbeit heranzuziehen, hat aber damit keinen Erfolg gehabt und deswegen eine kleine Anzahl entlassen oder auch aussetzen lassen. Die männlichen Arbeiter erklären sich

selbstverständlich in allen dergleichen Fällen mit ihren streikenden Kolleginnen solidarisch.

Die Polizei hat versucht, einer Arbeiterin das Streikpostenfischen vor dem Betriebe zu verbieten, aber eine so zutreffende und sachgemäße Antwort erhalten, daß der betreffende Schutzmann von weiteren Maßnahmen Abstand nahm. Die Streikenden haben sich bereits in der ersten Streikversammlung einstimmig verpflichtet, jegliche Ansammlung vor dem Betriebe zu vermeiden; aber ihre Streikposten, die vereinzelt in der Nähe des Betriebes in aller Ruhe auf und ab gehen, lassen sich das gesetzliche Recht nicht nehmen, diejenigen, die es angeht, über die Tatsache des Streiks aufzuklären.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterstreik in der Oberlausitz

hat in den letzten Tagen an Ausdehnung zugenommen. Die Unternehmer wollten den Grubenarbeitern keinerlei Zugeständnisse in der Lohnhöhe oder Arbeitszeitverkürzung machen. Jetzt, wo der Streik ausgebrochen ist, werden einheimischen und fremden Arbeitern bedeutend höhere Löhne versprochen, als die Arbeiter fordern. Die Verwaltungen versprechen denjenigen Arbeitern, die zum Verräter an ihren Klassengenossen werden, Extrageschenke. Überall sind Agenten tätig, um Arbeitswillige heranzufischen. Die Agenten versprechen den Arbeitern Löhne von 5 Mk. und darüber pro Tag. Wenn diese Arbeiter ins Streikrevier kommen, ist der Arbeitgeber verschwunden, und die Arbeiter stehen einem anderen Manne gegenüber, der von den Versprechungen des ersten Agenten nichts wissen will.

Die Hingemänner üben denn auch ihr unsauberes Handwerk aus. Nachdem kürzlich für die „Küdaus“-Grube in Obersdorf einige Streikbrecher eintrafen, aber kurz nachdem wieder abgedampft, ging das Gerücht, daß an den Ostertagen ein größeres Aufgebot von Arbeitswilligen eintreffen werde. Die Bergarbeiter waren aber auf dem Posten und fingen die Kolonnen auf entfernt gelegenen Bahnhöfen ab und wiesen ihnen in den nächsten Orten Arbeit an.

Ein Verkehrs- und Vermittlungsbureau in Berlin O. 17, Dresdener Str. 18, vermittelte aus Koppen in Oesterreich und Posen eine Anzahl Leute, die in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch der Grube Hertules in Hirschfeld zugeführt werden sollten. Leiterwagen, Droschken fuhren am Bahnhof Hirschfeld vor, um die lieben Arbeitswilligen nach der Zechenanlage zu befördern. Aber auch noch andere Leute hatten sich eingefunden und harrten der Dinge, die da kommen sollten. Genosse Götze aus Pochum, der im Streikgebiet weilte, hatte sich mit einer Anzahl Kameraden, darunter polnisch sprechenden, eingefunden. Eine kurze Ansprache des Genossen Götze am Bahnhof stärkte den Ankommenen die Situation. Mit Jubel begrüßten sie die Worte, sich doch als Arbeitsbrüder zu betrachten und keinem streikenden Arbeiter in den Rücken zu fallen. Sie folgten ihren Arbeitsbrüdern in das Streikrevier, wo sie bewirkt wurden; am anderen Tage reisten sie ab. Agenten, Gendarmen und der Herr Direktor, der selbst erschienen war, machten lange Gesichter. Gendarmen stellten darauf die Person des Genossen Götze fest.

Gelingt die Fernhaltung des Zuguges, so muß den Bergarbeitern der Sieg werden.

In den „Märkischen Kunsthandwerkern“, Firma D. Arfischer, zu Landsberg a. B., haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil der Unternehmer gegenüber eingereichten Lohnforderungen der Arbeiter nicht genügend Zugeständnisse gemacht hat. Bei einem Lohn von 25-30 Pf. pro Stunde forderten die Arbeiter im Durchschnitt 5 Pf. Lohnerhöhung. Zugestanden wollte man 1 resp. 2 Pf., und einige Arbeiter sollten nichts erhalten. Hiermit waren die Arbeiter nicht einverstanden. Alle Arbeiter obiger Branche werden ersucht, Zugang zu Landsberg a. B. streng fernzuhalten.

Lohnbewegungen im Holzgewerbe.

Eine überaus lebhafte Lohnbewegung entwickelt sich gegenwärtig im Holzgewerbe. Von der allgemeinen Tarifbewegung sind die Orte Reilheim, Finsterwalde und Osanbrück immer noch nicht erledigt, dort dauert der Kampf noch immer fort. In Breslau, wo die Unternehmer den Schiedsspruch anerkannt haben, versuchen sie durch allerlei Winkelzüge den Arbeitern die Erzeugnisse freitrag zu machen. Insbesondere wird den Maschinenarbeitern die ihnen durch Schiedsspruch zugesicherte Lohnerhöhung illusorisch gemacht. Die Arbeiter werden sich das nicht gefallen lassen, sondern durch schärfste Maßnahmen eventuell sich ihr Recht erzwingen.

In der sächsischen Stuhlindustrie, wo einige tausend Arbeiter dieser Branche beschäftigt sind, haben 600 die Arbeit eingestellt. Es wird von einer allgemeinen Aussperrung sämtlicher Stuhlarbeiter Deutschlands gemunkelt.

In Zürich i. B. Bayern befinden sich rund 1500 Holzarbeiter im Kampf, um an Stelle der 54stündigen die 52stündige wöchentliche Arbeitszeit zu erreichen. Für 760 Arbeiter sind die Forderungen bewilligt.

In Köln a. Rh. reichten sämtliche Arbeiter der Waggonfabrik die Kündigung ein, weil die Firma die neunstündige Arbeitszeit, die seit zwei Jahren eingeführt war, durch die zehnstündige ersetzen will. Auch lehnt sie eine 10prozentige Lohnerhöhung ab. — In Mannheim sind sämtliche Arbeiter der Hohlwerke ausgesperrt, weil die Transportarbeiter im Gasgebiet die Arbeit einstellen. — In Mainz haben die Züchler die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 52 Wochenstunden nebst entsprechender Lohnerhöhung eingereicht. Mainz bildet neben Berlin und Stuttgart eine Zentrale der deutschen Möbelindustrie. Zugang nach den Orten, wo Differenzen bestehen, ist streng fernzuhalten.

Zum Streik auf der Schichau-Werft in Danzig.

Die Elbinger „Neuesten Nachrichten“, das Organ der Firma Schichau, das noch 12 Stunden vor Beginn des Streiks schrieb, von einer Lohnbewegung bei der Firma Schichau könne keine Rede sein, muß jetzt zugeben, daß jetzt 800 Mann sich im Auslande befinden. Das Blatt tröstet sich aber damit, daß die Ausständigen nur ein Drittel der Belegschaft bilden und meist jüngere Leute sind. Eine genaue Feststellung der Zahl der Beschäftigten ist und zurzeit nicht möglich; aber nach den Ausweisen der Krankenliste hatte diese Anfang März 1827 Mitglieder. Darunter befanden sich nun auch die Hohlwerker, Lehrlinge und Meister, so daß die eigentliche Arbeiterkraft höchstens 1600 Mann betragen kann. Die Hälfte davon ist also ausständig. Und zwar sind das sämtliche im Schiffstrumpfbau Beschäftigten; die anderen Abteilungen auch ausständig werden zu lassen, liegt für die Streikleitung keine Veranlassung vor.

Wie bei allen dergleichen Gelegenheiten werden auch hier Versuche gemacht, Streikbrecher zu finden, zunächst in den Reihen der eigenen früheren Arbeiter. Bei einer Abgabe der Werkzeuge und Empfangnahme des letzten Lohnes wurden die besten Leute aufgefordert, zu den Fleischhopsen der Firma Schichau zurückzukehren. Ein vergebliches Bemühen. Nachdem das mißlungen, hat die Firma allen den Leuten, die in Arbeiterwohnhäusern der Firma wohnen, zum 1. Mai die Wohnung gekündigt.

Dienstag haben sich 780 Mann zur Streikkontrolle gemeldet. Die Erhöhung der Zahl der Streikenden kommt daher, daß die Probefahrt der „Regina“, ein Handelsdampfer der Stettiner Reederei, als Streikarbeit erklärt und verweigert worden ist, auch eine Anzahl anderer Arbeiter wurde wegen Verweigerung von Streikarbeit noch entlassen. Nunmehr sucht die Firma durch die Vermittlung der bekannten Firma Wm. Müller-Hamburg Streikbrecher.

Der Stand der Bewegung ist im allgemeinen ein äußerst günstiger.

Die Aufhebung des Streiks bzw. der Aussperrung in den Fabriken Eilenburgs ist durch einen Wortbruch der Unternehmer wieder rückgängig gemacht. Zugang von Fabrik- und Textilarbeitern ist deshalb streng fernzuhalten.

Lohnbewegung der Binnenschiffer auf der Elbe.

Die Bootleute der Steine-, Kohlen- und Güterschiffahrt von Meißel und Umgebung stehen in einer Lohnbewegung; es kommen 18 Firmen mit 90 Fahrzeugen in Betracht. Die Bewegung ist dadurch hervorgerufen, daß die Firmen die in diesem Jahre eingetretene Lohnerhöhung auf der Elbe nicht gezahlt haben. Die Mannschaften haben nun beschlossen, einen neuen Vertrag einzuzureichen; sie verlangen eine Erhöhung des Lohnes von 3,00 Mk. auf 3,85 Mk. pro Tag; außerdem eine besondere Vergütung für Steinfarren. Die Forderungen sind den Unternehmern bereits zugestellt. Antwort verlangen die Mannschaften bis zum 26. d. M., damit noch vor dem 1. Mai die weiteren Schritte beschlossen werden können. Beharren die Unternehmer auf ihrem Standpunkt, so ist eine Arbeitseinstellung sicher.

Da die Fahrzeuge sich auf das ganze Stromgebiet der Elbe verteilen, und die Unternehmer verliert werden, Bootleute aus anderen Stromgebieten heranzuziehen, wird gebeten, Arbeitsangebote bei der Schifffahrt nach dem Elbegebiet nicht anzunehmen. Etwasige Mitteilungen sind an den Vorsitzenden der Binnenschiffer W. Schünning, Berlin S. 14, Neu-Kölln am Wasser 1, zu richten.

Ausdehnung der Textilarbeiter-Aussperrung zu Hof i. B.

Am 18. April wurden in Hof die Arbeiter und Arbeiterinnen von weiteren vier Spinnereien, insgesamt 2400 Personen, infolge des Kampfes für den freien Sonnabendnachmittag ausgesperrt. Es sind jetzt insgesamt etwa 5000 Personen ausgesperrt.

Ausland.

Ein Streik der Holzarbeiter ist nach einem uns zugegangenen Privattelegramm in Zürich ausgebrochen. Die dortigen Holzarbeiter kämpfen für einen freien Sonnabendnachmittag. Zürich ist für Holzarbeiter strengstens gesperrt. Die Parteiliste wird um Aufnahme einer Warnung vor Zugang ersucht.

Der Streik der türkischen Tabakarbeiter

ist nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus beendet. Zwischen der Direktion der Tabakregie und den ausländischen Arbeitern ist ein Einvernehmen erzielt worden.

Aus Industrie und Handel.

Der Bericht über den Saatensand in Preußen lautet wenig günstig. Der Saatensand betrug Mitte April (wenn 2 gut, 3 mittel und 4 gering bedeutet) für Winterweizen 2,7 (2,3), Winterpelz 3,0 (2,2), Winterroggen 2,8 (2,5), Mais und Rüben 2,7 (2,3), Alee 3,1 (2,4), Luzerne 3,0 (2,5), Nieslwiesen 2,8 (2,7) und andere Weizen 3,1 (2,9). Hierzu wird offiziell bemerkt:

„Trotz der im Flachlande zumeist schwachen und vorübergehenden Schneedecke kamen eigentliche Auswinterungen doch nur in geringem Umfange vor, da der verflossene Winter überwiegend frostfrei war. Nachdem der Frühling jedoch um die Monatsende hochgradige Wärme gebracht hatte, die deutliches Wachstum hervorrief, dürfte der zu Anfang des laufenden Monats eingetretene Witterungsumschlag mit starken Kältefrösten den Saaten wie den Futterpflanzen und Wiesen empfindlicheren Schaden zugefügt haben als der Winter selbst. Es wird aber auch aus westlichen Provinzen berichtet, daß der Nachwinter gut besodeten Saaten so gut wie gar nicht, eher den Futterpflanzen geschadet habe. Dagegen sollen die Mäuse, die geradezu verheerend auftreten, ungeheure Schäden angerichtet haben, da in dem gelinden Winter keine geeigneten Witterungseinflüsse zu ihrer Vernichtung vorgekommen sind. Viele Umpflügungen sind deshalb schon ausgeführt worden, die meisten und umfangreichsten stehen noch bevor. Die Fisser für die Schäden, die zum allergrößten Teile von den Mäusen herrühren dürften, erscheinen beispielsweise beim Alee, wo sie auf 50 und mehr, sogar 90 Hundertheile des Anbaus (1) geschätzt werden, mitunter fast ungläublich. Nach alledem kann der Stand der Winterjaaten nur selten zufriedenstellen, noch weniger der der Futterpflanzen und der Wiesen. Obgleich bei dem günstigen Märzwetter mit der Frühjahrseinstellung rechtzeitig begonnen wurde, ist infolge des Wettersturzes doch erheblich verzögert worden. Erwünscht ist Regen, da die scharfen Winde den Boden in manchen Gegenden sehr ausgetrocknet haben.“

Letzte Nachrichten.

Frankreich und Marokko.

Paris, 20. April. (B. L. W.) In Marseille werden die Paletboote „Espagne“, „Aquitaine“ und „Muluha“ bereit gemacht, um in Marokko, Vona, Philippeville und Algier ungefähr 2700 Mann mit der Bestimmung nach Casablanca aufzunehmen.

Trennung von Staat und Kirche in Portugal.

Lissabon, 20. April. (B. L. W.) Das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat wird demnächst veröffentlicht werden. Die Republik gewährleistet die Gewissensfreiheit und hebt die katholische Religion als Staatsreligion auf. Der öffentliche Kultus wird gewissen Beschränkungen unterworfen; die Kosten des Kultus werden von Kultusvereinigungen getragen. Diese Vereinigungen dürfen sich nicht in die Erziehung und den Unterricht mischen. Das Gesetz bestimmt dann näheres über die Gebäude und Kirchengüter. Die Kathedrales und Kirchen, die als notwendig angesehen werden, werden den Vereinigungen unentgeltlich für den Kultus überlassen. Den Priestern, die zur Zeit der Erklärung der Republik im Amte waren, werden Ruhegehälter zuerkannt. Päpstliche Erlasse dürfen ohne Erlaubnis der Regierung nicht veröffentlicht werden.

Großes Schadenfeuer.

Wittenburg, 20. April. (B. L. W.) Ein Schadenfeuer zerstörte die Gefamianlage des Lagersbaues Waltersdorf ein, welcher zum Braun-Kohlenwerk Mariengrube gehört. Der Schaden ist bedeutend. Hundert Arbeiter sind brotlos geworden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Siegen, 20. April. (B. L. W.) In der Rolandschütte in Weidenau kippte ein mit weichflüssiger Hochofenschlacke gefüllter Wagen um; der Inhalt ergoß sich auf die unterhalb des Gleises beschäftigten Arbeiter. Einer von diesen war sofort tot, ein anderer ist schwer verletzt.

Auch eine Folge der Rindholzsteuer.

Wuppertal, 20. April. (B. L. W.) In der vergangenen Nacht haben zwei Grenzaußreiter vor der Stadt wieder an 10 000 von Schmugglern abgeworfene Schachteln Rindholz mit Beschlag belegt.

Eine Stadt in Flammen.

Lemberg, 20. April. (B. L. W.) Das Städtchen Borszewo steht seit gestern in Flammen. Bis heute mittag waren über hundert Wohnhäuser eingestürzt.

Fliegerei Ende.

Reims, 20. April. (B. L. W.) Der vor einigen Tagen auf dem Flugfelde in Weihen abgestürzte Flieger Liere ist heute seinen Verletzungen erlegen.

Drahtlose Telegraphenstation auf Spitzbergen.

Christiania, 20. April. (B. L. W.) Nach einer Meldung der „Aftenposten“ ist im heutigen Staatsrat ein Vorschlag zur Errichtung einer drahtlosen Telegraphenstation auf Spitzbergen eingebracht worden. Es wird beabsichtigt, diese Station als Glied in das drahtlose Telegraphennetz aufzunehmen, das nach dem Plan des Telegraphendirektors längs der ganzen nordwestlichen Küste errichtet werden soll.

Französischer Parteitag.

3. Tag.

St. Quentin, 18. April. (Fig. Ver.)

Die heutige Verhandlung war mit einer Diskussion über das sozialistische Munizipalprogramm ausgefüllt. Sie wurde vom Referenten, dem Pariser Deputierten Weber eröffnet. Weber sieht in der direkten Regie eine Rückgewinnung kapitalistischen Profits. Die Lohnerhöhung der Gemeindegeldarbeiter wirkt auf die allgemeinen Arbeiterlöhne zurück. Der Redner fordert namentlich den Proporz für die Gemeindegeldarbeiter, die Wertzuwachssteuer und die Konstituierung von Gemeindeverbänden. Verachten wir nicht im Rahmen des großen Prinzips die kleinen Profite, die wir in der Gemeindeverwaltung erlangen können. Es ist gute sozialistische Arbeit, die wir dort vollbringen können. Nicht nur in den großen, sondern auch in den kleinen Gemeinden. So z. B. wenn Seelen und Fischern Schiffe — also Arbeitsmittel — zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen im Dienst der Arbeiterklasse einen Anschlag von Gemeindegeldern schaffen. Wenn die Bewohner der Gemeinden die Sozialisten bei diesem Werke sehen werden, werden sie für uns leichter zugänglich sein. Der Redner schließt unter großem Beifall der Mehrheit mit einem Hoch auf die soziale Kommune.

Der Hauptredner der Mehrheit ist Edgar Milhaud, Professor der Genfer Universität. Er beginnt mit einem Vergleich der Situation der Regearbeiter mit der anderer Arbeiter und stellt auf Grund der Lohn- und Kapitalzinsdifferenz des Genfer Gewerks eine Berechnung an, wieviel die Produzenten in der sozialistischen Gesellschaft gewinnen würden. Die Heizer z. B. würden statt 7,20 Fr. täglich 25 Fr. erhalten. In seinen folgenden Ausführungen wendet sich der Redner gegen die Einwendungen der Guesdisten, die in der Praxis die Teilformen selbst akzeptiert hätten. Ihr Theoretiker Deslinières z. B. hat den Kapitalisten nach der Expropriation eine Vergütung von 8 Proz. durch zwei Generationen gewährt wollen. Und ist nicht Jules Guesde's herabgemietete Rede von 1893 über die Gemeindeapothek von Roubaix eine seiner Ruhmesstaten? (Guesde ruft: Man hat aber in der kommunalen Apotheke keinen Sozialismus verkauft!) In Reggio Emilia hat die kommunale Apotheke eine Verbilligung der Arzneien um 80 Proz. herbeigeführt. Milhaud hält Guesde eine Rede vor, in der er den bürgerlichen Deputierten entgegengehalten habe, daß sich die Revolution alle Tage vollziehe und daß die Bourgeoisie sie selbst macht, ohne es zu merken. (Die Mehrheit applaudiert demonstrativ, aber auch die Guesdisten.) Guesde erklärt, daß er nur gefagt habe, was er immer wieder sage — daß der Sozialismus ein natürlicher Sohn des Kapitalismus sei und daß er die soziale Entwicklung nur beschleunigen wolle. Milhaud beruft sich ferner auf Vandervelde und auf Kautsky, der in der Einleitung seiner Agrarfrage zugebe, daß es heute neben den kapitalistischen Produktionsformen noch Reste früherer und Reime neuer, höherer Systeme gebe. Zu ihnen gehört der staatliche, kommunale und genossenschaftliche Betrieb. Kautsky ist gegen den kommunalen Agrarsozialismus wegen des Sinkens der Grundrente. Anders ist es in den Städten, wo die Grundrente wächst. In den Gemeinden, wo das allgemeine Wahlrecht herrscht, kann dieses Wachstum dem sozialen Fortschritt und der Kultur zugute kommen. Besonders ist durch die Sozialisierung des Grund und Bodens eine munizipale Wohnungsreform, die Befreiung des Wohnungswunders und die Verringerung der häßlichen Sterblichkeit in den überfüllten und unrauberden Arbeiterbezirken ermöglicht. Der Redner weist auf die ungeheure Wichtigkeit der Wohnungsfrage gerade für Frankreich hin und schildert die Erfolge der kommunalen Wohnungspolitik in Zürich und namentlich in Budapest an der Hand des statistischen Materials. Er wendet sich dann gegen das Argument Brades, daß die Verminderung der Existenzkosten die Herabdrückung der Löhne begünstige und der Verbilligung des Konsums der Bourgeoisie, die mehr konsumiere, zugute komme. Der Redner sagt das Wesen des „degressiven Tarifs“ auseinander, den z. B. die Genfer Gemeinde für den Elektrizitätsbezug eingeführt hat, wobei der Preis mit der Zahl der Lampen progressiv abnimmt. Der Strommesser wird umsonst geliefert, was bei einem kleinen Haushalt verhältnismäßig außerordentlich viel ausmacht, ebenso wie die Installation bis 80 Fr. nicht berechnet. So bleibt der Nutzen der Regie den Besitzlosen gesichert. Was Brade einwendet, läuft auf das eberne Lohngeißel hinaus. Dieses aber ist längst aufgegeben, Marx selbst hat es entschieden bekämpft. Wenn die Kapitalisten die Monopole mißbrauchen wollen, so haben wir eine Waffe dagegen — die Gewerkschaften. Diese brauchen wir allerdings in der Tat, um dem Proletariat die Vorteile der Rationalisierung und Munizipalisierung zu sichern. Delort hat gemeint, wir wollten unser Erstgeburtsrecht um ein Pfennigchen verkaufen. Wir wollen aber die Erstgeburt und das Vinsengericht. Der Redner hebt weiter die Bedeutung der Arbeiterauschüsse hervor, die von den Ge-

meinden in wachsender Zahl für die Regieunternehmungen ins Leben gerufen werden. Er verweist auf die Entwicklung dieser Einrichtung in Deutschland und im Detail auf die Erfolge in Basel, wo die Mehrheit in jedem Arbeiterauschuss genügt, um die Zulassung des Gewerkschaftsvertreters zu erlangen. Dort ist auch der Kampf gegen das geplante Streikverbot für die öffentlichen Dienste siegreich durchgeführt worden. Von besonderer Wichtigkeit ist aber die Zulassung von Arbeitervertretern nicht nur, wo spezielle Arbeiterinteressen ins Spiel kommen, sondern zur Leitung des Betriebes selbst. Hier ist Frankreich in der Welt vorangegangen. Im Verwaltungsrat der departementalen Trambahn der Côte d'Or sind unter neun Mitgliedern zwei Vertreter der Beamten und Unterbeamten. (Zwischenruf: Kollaboration der Klassen! (Widerspruch.) Camelinat, der Direktor der Münze unter der Kommune, stellt unter Beifall fest, daß die Kommune in allen öffentlichen Dienstzweigen Arbeitervertreter zugezogen hat.) Namentlich in den Händen der sozialistischen Partei kann die Regie eine große Bedeutung in der sozialen Entwicklung erlangen und neue Reime einer höheren Gesellschaftsform ins Leben rufen. Sie erhält einen besonderen Wert in einer Epoche, wo die kapitalistischen Monopole überhand nehmen. Karl Marx hatte noch eine Gesellschaft der freien Konkurrenz im Auge, in der der Kampf nur zwischen dem produzierenden Arbeiter und dem industriellen Ausbeuter ausgefochten wurde, eine Wirtschaft, die eine Tendenz zum Sinken der Preise hatte. Sobald das kapitalistische Monopol kommt, geben die Preise in die Höhe. Der Arbeiter wird nun auch als Konsument ausgebeutet und mit ihm der in der freien Konkurrenz stehende Kapitalist. Auch die Demokraten und Radikalen greifen unter diesen Umständen zur kommunalen Regie, um die Kollektivität der Konsumenten zu schützen. Sagen Sie mir, weshalb, daß in der Regie noch kapitalistischer Parasitismus steckt, aber sagen Sie nicht, daß sie mit dem kapitalistischen Monopol auf einer Stufe stehe! Die Kartelle nehmen überall zu, auch in Frankreich, wo sie aus Furcht vor dem Strafgesetz unter der Oberfläche bleiben. Das Leben wird immer teurer. Und die Massen fragen uns: Können wir nichts gegen unsere doppelte Ausbeutung tun? Die Regie kann verbilligen, den Konsum der Massen steigern, ihnen selbst Luxus, wie das elektrische Licht in Genf, zugänglich machen. Wenn wir den Massen gegenüber den kapitalistischen Monopolisten die Regie mit ihrem Arbeiterparlament, der Teilnahme der Arbeiter an der Leitung und mit ihrer Verbilligung des Lebens für die Gemeinschaft zeigen, werden sie besser verstehen, daß der Sozialismus die endgültige Lösung bringt. (Stürmischer Beifall, der den Charakter einer Ovation der Parteitagmehrheit für den Redner annimmt.)

Rachmittagsitzung.

Das Wort ergreift Comperé-Morel. Was man kommunal-sozialismus nennt, ist gemeinlich eine gute Gemeindeverwaltung, aber durchaus kein Sozialismus. Wenn wir aus der kommunalen Regie ein Prinzip machen, das wir überall anwenden wollen, z. B. auch auf das Theater, können wir able Erfahrungen machen. Hätte die Regie einen sozialistischen Charakter, müßten wir sie in der Tat überall zur Geltung bringen. Aber sie hat ihn eben nicht. Es gibt weder einen Munizipalsozialismus, noch einen Agrarsozialismus, sondern nur einen Sozialismus schlechthin. Die Munizipalisierung kann eventuell kommerziellen Profit, aber nicht den aus der Produktion stammenden Profit befehlen. Durch Schulkantinen, Wöchnerinnenunterstützung usw. nähern wir den Arbeitern sicher, aber das ist kollektive Philantropie und kein Sozialismus. Die Vorbereitung des Sozialismus vollzieht sich auch ohne Regie — in der kapitalistischen Konzentration. Immer wenn wir gegen gewisse Abirrungen aufstehen, stellt man uns als Anhänger des „Alles oder nichts“ hin, als Gegner der Reformen. Aber in drei Vierteln aller Fälle wegen wir es, die diese Reformen begonnen haben. Versuchen Sie nur in den kleinen Gemeinden, wo Sie die Macht haben, die direkte Regie, Sie werden die Folgen bei den Wahlen sehen. Unsere Genossen in den Gemeindeverwaltungen haben noch keine Erfahrung in den Budgetfragen und Sie wollen ihnen diese neue Sorge aufgeben. Als Propagandamittel ist die Regie akzeptabel, machen Sie aber keine Verpflichtung aus ihr — sie ist für uns unannehmbar. Wir sind bereit, einen großen Teil des hier Gehörten zu unterschreiben und wollen die direkte Regie überall einführen, wo sie möglich ist. Alle Reformen sind gut: die Hauptsache aber bleibt der Sozialismus, der etwas anderes ist, als die „neue Doktrin“, als welche man hier Milhauds Darlegungen begriff hat. (Lebhafter Beifall.)

Boisson: Wir wollen ja kein für alle Gemeinden obligatorisches Programm, sondern einen Katalog, aus dem die Genossen ihrem Budget entsprechend schöpfen können. In den Gemeinden erziehen wir Verwalter, die wir nach der Eroberung der politischen Gewalt brauchen werden. Auf das Wort Munizipalsozialismus kommt es uns nicht an. Die englische Arbeiterpartei, die in ihrem Programm den Klassenkampf ausschließt, ist gleichwohl in die Internationale aufgenommen worden, weil ihr Handeln Klassenkampf ist. Wah-

politik ist auch kein Sozialismus! (Beifall, an dem auch die Guesdisten demonstrativ teilnehmen.)

Gonhans (Bürgermeister von Montluçon) verweist auf die finanziellen Schwierigkeiten in den Gemeinden, die ihre Einnahmen zu zwei Dritteln aus dem Oktroi beziehen. Er zählt die unter ihm durchgeführten Reformen auf, die er aber nicht als Sozialismus ansieht.

Bailant: Ich gehöre keiner Tendenz an — ich kenne keine Tendenz, seitdem die Einigkeit besteht. (Der ganze Kongress applaudiert.) Vermeiden wir Konflikt Worte und Formeln halber. Das ist eine französische Krankheit. Bei den deutschen Sozialisten wird man nicht wegen eines Wortes jemand beschuldigen, daß er einen eigenen Weg abseits gehen wolle. Auch bei den Revisionisten ist keiner, der einen speziellen Sozialismus machen will. Was wir suchen müssen, ist, wie wir in den Gemeinden und im Staat unsere Forderungen zur Geltung bringen können. Anderswo streitet man nicht um Worte. In Deutschland erscheint die „kommunale Praxis“ mit dem Untertitel: „Organ für kommunal-sozialistischen“. Dieses Blatt will aber nicht den Sozialismus in der Gemeinde kantonieren. Als vor zwei Jahren auf dem Preuentag das Munizipalprogramm verhandelt wurde, schrieb der „Vorwärts“ von der direkten Regie, daß es Forderungen gebe, die schon in der heutigen Gesellschaft verwirklicht werden können. In Bremen wurde auf dem Parteitag kein Programm — man hat in Deutschland nicht den Programmsocialismus wie in Frankreich — sondern nur eine Resolution in demselben Geiste beschloffen: Wir müssen den Besitzlosen in den Gemeinden, die wir verwalten, nicht nur eine intellektuelle und moralische, sondern auch eine materielle Satisfaktion geben. (Großer Beifall.) In England haben die fortgeschrittenen Lokalverwaltungen Einrichtungen im Interesse der Arbeiterklasse geschaffen. Die Munizipalisierung der öffentlichen Dienste hat eine Bedeutung auch für die Evolution des Kapitalismus. Seit Jahren ist die Kera der sinkenden Preise infolge der Schutzölle und Trusts durch eine Kera der steigenden Preise, der Lebensmittelerhöhung abgelöst worden. Zu dieser sozusagen organisierten Verteuerung kommt noch die Spekulation. Die Munizipalisierung kann ein Mittel der Entwicklung der Produktivkräfte werden, die durch die Trusts aufgehalten worden ist. Ungünstige Wirkungen auf die Löhne sind nur möglich, wenn die Organisation der Arbeiter schlecht ist. Wir wollen auch die Kommune der Tutelle (Vormundschaft) des Staates entziehen. Lassen wir die Formeln! Und suchen wir die Mittel, das Proletariat kampffähig zu machen. (Stürmischer Beifall des ganzen Parteitages.)

Guesde: Es war mir eine Freude Bailant zu hören. Er hat das Problem vereinfacht. Wir können zwischen dem munizipalen und dem anderen Kampf keinen Unterschied machen. Wir dürfen das Proletariat nicht glauben machen, daß die Eroberung des Stadthauses den Kampf gegen den Staat ersetzen könne. Wenn wir die Lebensmittel verbilligen, haben wir nur die Lage der organisierten, wahrhaften Arbeiter verbessert. Unsere Arbeit in den Stadthäusern zielt darauf hin, unsere Wehrhaftigkeit im Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft, um die politische Macht zu stärken. In der neuen Kera des Kapitalismus wird nicht nur der Produzent, sondern durch die Kartelle auch der Konsument angegriffen. Aber wir dürfen uns bei seiner Verteidigung nicht aufhalten, sondern müssen den Kampf um die Befreiung der Produzenten zu Ende kämpfen — einzig, wie wir es bei aller Verschiedenheit unserer theoretischen Anschauungen sind. (Beifall auf allen Seiten.)

Bailant legt folgende Resolution vor:

„Die Erforschung der Organisation der munizipalen Arbeiten und Dienste, die zugleich der Gemeinde, den von ihr beschäftigten Arbeitern und der Arbeiterklasse den größten Nutzen bringt, ist eines der ersten Elemente der Aktion der Sozialisten und ihrer Vertreter in der Gemeinde.“

Unter den gegenwärtigen Umständen und immer, wenn es möglich ist, kann diese Organisation durch die Munizipalisierung der Gemeindegeldarbeiten und -dienste unter der Anteilnahme der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterklasse an der Leitung am besten verwirklicht werden.

Die dort beschäftigten Arbeiter sollen neben ihrem Anteil an der Leitung die möglichst besten Bedingungen der Arbeit, der Ruhezeit, der Hygiene und der Sicherheit, sowie das volle Koalitionsrecht haben.

Die demnach an die Stelle der Privatmonopole der kapitalistischen Kartelle und Trusts gesetzte Organisation soll die Kontrolle der proletarischen Konsumenten und Ruhiener suchen und organisieren.

Die munizipalen Dienste können und sollen unter diesen Bedingungen zunächst zum Nutzen der arbeitenden und armen Bevölkerung etabliert werden, für die sie, soweit sie entgeltlich sind, höchstens zum Gesehungspreis zur Verfügung sein sollen. Und sofern sie durch die Inanspruchnahme seitens der anderen Klassen der Bevölkerung Gewinne bringen, sollen diese Gewinne zur Ausdehnung

Kleines feuilleton.

Was der Kriegsrühm kostet. Ueber die gewaltigen Opfer, die eine Nation dafür aufbringen muß, um ihren Namen mit kriegerischem Ruhm zu verknüpfen, stellt der Friedensfreund d'Estournelles de Constant in „Independent“ Betrachtungen an. Er führt darin aus, daß die Regierungen im allgemeinen höchst schlecht über die wahren Konsequenzen der von ihnen geführten Kriege unterrichtet sind. „So weiß man noch heute nur sehr unvollkommen, welchen Verlust an Menschenleben Frankreich die Revolution und das erste Kaiserreich gekostet hat. Die Angaben schwanken zwischen zwei und fünf Millionen, aber es ist völlig unmöglich, auf irgend eine Weise auch nur annähernd genaue Zahlen zu gewinnen. Die Armeen Napoleons durchzogen das ganze Europa und ließen auf allen Schlachtfeldern furchtbare Massen von Toten zurück. Allein der spanische Krieg forderte 473 000 Opfer. Die Verluste des russischen Krieges, bei dem die „große Armee“ täglich dezimiert wurde, beziffern sich allein auf russischem Boden auf 380 000 Menschen. Dazu kommen aber die zahllosen Unglücklichen, die am Begräbnis starben. Ueber die Feldzüge auf französischem Boden, über Waterloo weiß man nichts Positives. Im Jahre 1813 hob das kaiserliche Frankreich allein für diese Armee 1 300 000 Mann aus. Die Rekruten waren meist junge Leute und von so schwacher körperlicher Konstitution, daß die Hälfte dieser Soldaten 1814 unterging. Napoleon machte von diesen Gelatomben wenig Aufhebens. In Dresden, bei der berühmten achtsündigen Entrevue mit Metternich wagte der österreichische Staatsmann die Frage: „Was werden Sie tun, wenn diese Jünglinge gepöfert sind?“ Und Napoleon antwortete: „Ich gebe keinen Deut für das Leben einer Million Menschen.“ Und zu Karbonne äußerte er: „Der russische Feldzug hat mir 300 000 Mann geraubt, und unter den Toten befanden sich zudem noch viele Deutsche.“ Der Geist der Eroberung ist lange Zeit hindurch die einzige Triebfeder für militärische Expeditionen gewesen, und man hat die unnützen und unvermeidlichen Grausamkeiten, die sie notwendig begleiten, ignoriert, hat die Massen nicht aufgeführt unter dem Vorwand, das Prestige der Regierungen nicht zu verringern.“

Krankenkuren. Es gibt kaum eine Zeit, schreibt der „Kunstwart“, die den Menschen so empfänglich für gute Kuren findet, wie die Wochen der Genesung nach einer schweren Krankheit. Auch während der leichten Krankheitszustände, die bei dem heutigen Verschickungswesen selbst die Minderbemittelten in Scharen in die Krankenhäuser führen, sind die Leute geneigt, ihr Interesse von den Alltagsorgen des Berufslebens höheren Dingen zuzuwenden. Sind nun unsere Krankenhäuser gelüftet, dieses Verlangen nach geistiger „Therapie“ zu befriedigen?

Die Antwort muß betriiben. Die Bäckerei, die den Patienten zur Verfügung steht, ist in den meisten Fällen durchaus minderwertig. Von einer bewußten Auswahl besser, oder doch guter Däcker ist keine Rede. Reist findet man eine sehr geringe Anzahl von mittelmäßigen Romanen, die von irgendeinem Gönner, der seinen Bäckerskran vom Schund säuberte, gestiftet wurden. Daneben eine Reihe von alten Journalen, Wochenschriften, illustrierten Wochen- und Monatschriften, die die Vergte nicht zuhause herumliegen lassen wollen. Nicht minder tröstlos sieht es in den Wartezimmern der Aerzte (und Rechtsanwälte) aus. Auch hier werden dem Patienten, der bei dem langen, oft unruhigen Warten geradezu zum Leben gezwungen ist, alte Wädrprospekte, illustrierte „Bruchwerke“, geräuschlose Alben und abgegriffene Bände irgendeiner „Unterhaltungsbibliothek“ oder gar Reklamealben zugemutet. Und doch ist eine kleine gediegene Bäckerei, etwa aus den billigen Sammlungen zusammengestellt, um wenig Geld zu beschaffen. Die „Regelkosten“ könnte jedenfalls das Einkommen des Herrn Doktors noch tragen. Falls er nicht den Einfluß des seelischen Zustandes seiner Patienten auf ihren körperlichen sehr unterschätzt, wird er sogar diese Ausgabe nicht als „unnützig“ im engsten Verusinteresse ansehen dürfen. Die Auswahl wird nicht allzugroße Schwierigkeiten bereiten: Ein gesunder Humor wird den Vorzug verdienen, doch nicht allein herrschen dürfen.

Humor und Satire.

Von einer Hofbühne.

Theaterzettel mit Ansprachen.

Raja Pola

Indianer-Oper aus Wild-West aus dem Nachlaß von Mac Kinley.

Ich mache das Publikum besonders darauf aufmerksam, daß wir mit der Aufführung dieser Oper eine nationale Tat vollbringen, insofern sich der amerikanische Gesandte für dieses Werk weit stärker interessiert, als für alle Werke von Schillings, Pöyhner und Siegfried Wagner zusammengekommen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Einfuhrung von Raja-Pola zur Verbesserung unseres Handelsvertrages mit Amerika mächtig beitragen wird. Das Publikum hat durch wiederholten Beifall bei offener Szene dahin zu wirken, daß diese Premiere der schönste Augenblick meines Lebens werde. Der Intendant.

Rahopolassar.

Affrikanisches Ballett mit Ausstattung für 150 000 R., die der Landtag zu bewilligen hat.

Anfang 6 Uhr. — Ende: nicht zu erleben.

Hochgeehrtes Publikum! Dieses Ballett wird an Stelle des „Rosenkavaliers“ gegeben, vor dem es den Rang eines Bettes auf

der Bühne und einer Feldmarschallin im Regligé voraus hat. Es erfüllt die höchsten Anforderungen der Kunst dadurch, daß nach dem sachverständigen Gutachten der Kreisynode nichts Anstößiges darin vorkommt. Sollte sich irgend ein Parteibesucher während der Aufführung langweilen und dieser Stimmung durch Gähnen oder durch Aufhebung eines Abgeordneten Ausdruck geben, so werde ich nicht verfehlen, sofort meine Entlassung einzureichen, auf die Gefahr hin, daß dieses mein Anliegen von meinem allergnädigsten Herrn entschieden abgelehnt wird, was ein lautes Bravo meiner sämtlichen Untergebenen zur Folge haben würde. In dieses Bravo hat die Kritik noch lauter einzustimmen. Der Intendant. („Lustige Blätter.“)

Notizen.

— Gegen Bonn's Verkroffung der Literatur ist eine Versammlung einberufen worden, „um gegen die unerhörte Zirkusmache im Namen der Kunst zu protestieren“. Herr Wolk wird, wie wir ihn kennen, dies als eine erwünschte Reklame für sich betrachten. Vielleicht wird er sogar hoch zu Ross dabei erscheinen und eine Klade zu seinem und des bekannten Bonn'schen deutschen Volkes Ruhme reiten.

— Die Goethebände beschäftigten sich auf ihrem XI. in Bremen abgehaltenen Delegiertentage mit der Schundliteratur. Sie wollen sich an dem Kampfe beteiligen, glauben aber, daß es mit polizeilichen Maßnahmen nicht getan ist. (Es wurde auch auf den in der Traktatgen- und Soldatenliteratur angehäuft religiös-patriotischen Schund hingewiesen.) Man will deshalb versuchen, eine von guten Schriftstellern verfaßte Goethebibliothek zu schaffen und auf dem Wege der Kolportage verbreiten.

— Bülow und Bethmann Hollweg. In einem Artikel über den französischen Politiker Ribot schreibt der große Stilkünstler Harden in der Osternummer der „Neuen freien Presse“ von dem Franzosen: „Er ist kein für die Galerie unter erkleinsten Wädeln schauender Heiterling, kein Feiertagskram, dessen Leidenbittermiene die Grazien abschredt.“ Wärgen kennt seine Wappenhämer!

— Amundsen im Südpolareis. Amundsen's Schiff „Fram“ ist in Vuenos-Aires eingetroffen und hat die Kunde gebracht, daß Amundsen das antarktische Festland erreicht und beabsichtigt, mit 8 Begleitern und 115 Hunden nach dem Pole hin vorzubringen. Da am Südpol jetzt der Winter beginnt, unternimmt der Forscher eine Wintertour, während nur im Polar Sommer Vorstöße unternommen wurden. Die „Fram“ wird im Oktober im Eismeer zurückkehren, um die Expedition wieder aufzunehmen.

der munitiven Dienste im Interesse der Arbeiter und vor allem für die Errichtung und Entwicklung unentgeltlicher Dienste auf dem Gebiete der Erziehung, des Unterrichts, der Hygiene, der Versicherung, der Wohlfahrtspflege und der Lebensmittelversorgung verwendet werden.

Resolutionen.

Es folgt der Bericht der Resolutionskommission.
Die in der Kommission abgeänderte Resolution Preßens über den Proporz wird mit allen gegen eine Stimme angenommen. Sie lautet: „In der Erwägung, daß das Apparentement einen Teil der größten Fehler, die man der Majoritätswahl vorwirft, fortsetzt, fordert der Kongreß die Forderung auf, für den Triumph des einfachsten Systems des Proporzsystems alles in Bewegung zu setzen.“

Die Resolution Koides über Freimaurerei, Antiklerikalismus und Antisemitismus wird dem nächsten Parteitag zugewiesen mit der Hervorhebung des selbstverständlichen Prinzips der Belligerität.

Angenommen wird eine Resolution Peade, die in Anerkennung des bisherigen Vorgehens der Fraktion für die Zukunft eine Fortdauer der Einigkeit erhofft.

In der folgenden Diskussion über die Taktik bei den Kommunalwahlen fordert Delory zur Vermeidung gefährlicher Konfusion vollständige Listen für den ersten Wahlgang, für den zweiten die Ueberlassung der Entscheidung an die Föderationen wie bisher.

Kongreß der belgischen Sozialdemokratie

Brüssel, 18. April. (Eigenbericht.)

Der Punkt über die Statutenänderung des Generalrates der Partei bringt einen kurzen Meinungsaustrausch über die Zusammenfassung der Parteileitung.

Hinsichtlich da die Ansicht, daß die Leitung des Generalrates unabhängig von der parlamentarischen Gruppe sein solle und künftig keine Deputierten mehr dem Vorstand angehören — welcher Aufassung Vandervelde entgegentritt. Der Generalrat sei hauptsächlich ein Kontrollorgan der Partei, wemgleich er zu Zeiten verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen habe. Daraus resultiert, daß der Leitung Männer angehören müssen, die den Parteiorganismus gründlich kennen. Die Frage wird schließlich einer Kommission überwiesen.

Der Pressebericht wird ohne Debatte angenommen.

Beim Punkt: Bericht über den Verband der Genossenschaften wird eine Resolution vorgelegt, die eine Regelung und Verbesserung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften anregt. Es existiere eine große Anzahl Genossenschaften, die nicht den Gewerkschaften angehören und umgekehrt. Die Resolution schlägt vor, eine aus Gewerkschaftern und Genossenschaftlern zu bildende Kommission zu ernennen, die die Situation prüft und dem nächsten Kongreß Bericht erstattet. (Angenommen.)

Belanc übt Kritik an der Genossenschaftsbewegung überhaupt: die Genossenschaften erfüllen nicht ganz ihre Pflicht gegenüber der Partei.

Vandervelde macht dem Kongreß Mitteilung über die im Vorjahre erfolgte Gründung der Centrale d'Education — eine vom Generalrat im Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission und dem Genossenschaftsverbande geschaffene Institution für die Zentralisierung des Arbeiterbildungswesens. Das Kapital von 85 000 Fr., über das der Bildungsausschuß verfügt, stammt aus zwei privaten Spenden. Sekretär der Bildungszentrale ist Genosse De Van — für die Kommission wirkt Genossin Vandervelde. Es ist ein Budget von 20 000 Fr. pro Jahr vorgesehen, wovon 10 000 Fr. die Zentrale selbst aufbringt; die restlichen 10 000 Fr. sollen von der Partei beigesteuert werden.

Die Debatte über die Taktik im Kampf gegen die Schulvorlage.

Zum Punkt
Wahlrechtskampf und die Kampagne gegen die Schulvorlage

liegt die Resolution Vandervelde vor. Sie gibt eine Kritik der Schulvorlage und eine Zusammenfassung aller Konsequenzen und Gefahren, die ihre Gesetzgebung mit sich führte. Die Resolution ruft die sozialistischen Mandatäre zum energischsten Kampf auf. Die Resolution fordert ferner, daß (auf Grund der neuen Volkszählungsergebnisse) die Zahl der Deputierten vermehrt und Wahlen für das ganze Land ausgeschrieben werden. Der Ausgangspunkt dieser Kampagne, erklärt die Resolution, muß die Eroberung des gleichen Wahlrechts sein. Für diese Forderung und gegen den Herikalen Anschlag werden die Arbeiter ganz Belgiens am 15. August demonstrieren!

Vandervelde als Berichterstatter geht in seinen Ausführungen vor allem auf eine Untersuchung der tatsächlichen Notwendigkeiten im Kampf gegen das liberale Parteiverdammnis und kommt zum Schluß, daß nur das einige und gemeinsame Vorgehen der Oppositionsparteien — von Sozialisten und Liberalen — den Sieg verheißt. Wenn die Arbeiterklasse alle Kraft und Fähigkeit dranzusetzen würde, könnten die Neuwahlen von 1912 der Regierung den Todesstoß versetzen und das gleiche Recht für die Arbeiter wäre in Sicht! Wenn die Opposition im Jahre 1912 den Sieg davon trägt, werden die Sozialisten von den Liberalen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Gemeinde- und Provinzvertretungen verlangen. Was die Erlangung des gleichen Wahlrechts für die Kammer betrifft, so ist der Sieg weniger leicht zu haben, denn es bedarf für die Durchsetzung in der Kammer der Zweidrittelmajorität. Um die zu erreichen, machen wir uns, sagte Vandervelde, keine Illusion, werden wir einen Teil der Herikalen zu uns herüberziehen müssen. — Aber wenn eine mächtige Bewegung außerhalb des Parlaments, die das ganze Land mitreißt, um sich greifen wird, wird auch das Parlament nicht widerstehen. — Das Feuer für den Kampf ums Wahlrecht wird freilich auch nach Vanderveldes Meinung die Arbeiterklasse allein aufzubringen haben. Vandervelde erinnert an die Versammlung, wo er neben dem liberalen Führer Hymans über die Schulvorlage gesprochen und das Kampfbündnis quasi seine Weihe empfing. Dort habe Hymans, obwohl seine Worte Töne von revolutionärer Resonanz hatten, kein Wort für das Grundrecht der Arbeiter gefunden! „Das Wort ist nicht gekommen und es wird nicht kommen“, sagte Vandervelde. „Die liberale Bourgeoisie hat sich nur gezwungenemmaßen mit dem allgemeinen Wahlrecht abgefunden und ihre Vertreter werden ohne Begeisterung dafür stimmen. Die Schollaertische Vorlage wird durch die Macht der gesamten Opposition niedergeworfen werden: aber für den Kampf ums Wahlrecht werden die Arbeiter nur auf ihre eigene Kraft zählen können!“

Nach Vandervelde spricht der Vertreter der Handelsangestellten, Jacquemotte, der den „Blod“ utopistisch findet, in einem Augenblick, wo die Arbeiterklasse gegen die Schulvorlage und für das Wahlrecht auszieht. Die Arbeiterklasse hätte auch aus eigenen Kräften den Widerstand gegen die Vorlage organisiert! Der Kampf fürs Wahlrecht, dessen Erringung die Vorbedingung für alle Reformen sei, müsse ins Vorderste Treffen gestellt werden. Und hier haben die Arbeiter nur auf sich zu zählen. Jacquemotte wendet sich dagegen, daß man zu viel nach den Liberalen blinzele. Er legt eine Tagesordnung vor, die die Vorbereitung für den Generalrat empfiehlt.

Souplit unterstützt Vanderveldes Auffassungen. De Brouckere spricht sich vorerst gegen die Tagesordnung Jacquemottes aus. Wir verfolgen eine realistische Politik. Der Generalrat ist am Platze, wenn die Organisationen im ganzen Lande bereit sind, ihn durchzuführen.

Aus der Tagesordnung Vandervelde will De Brouckere den Passus in Uebereinstimmung mit allen Opportunistenparteiern gestrichen sehen. Auch wünscht er, daß es einfach heiße: „die Arbeiterklasse wird auf-

gefordert, eine energische Kampagne gegen die Schulvorlage zu führen (nicht wie es im ursprünglichen Text heißt: sich der bevorstehenden Bewegung anzuschließen).

Die Arbeiterklasse solle ihre Kampagne für sich führen. — De Brouckere wendet sich gegen das Wort Vanderveldes: die Arbeiter mögen nicht der liberalen Bourgeoisie die Ehre lassen, allein für die Schule zu kämpfen. Daß die Arbeiter bereit sind, haben sie bereits gezeigt. Die Frage ist nur, ob auch die Liberalen „marschieren“ werden. — Wir würden uns selbst verleugnen, wenn wir ausprägen, daß wir uns einer Bewegung anschließen, die wir selbst gemacht haben. Denn die Arbeiter sind auf den Ruf des Generalrats bereits losmarschiert. — De Brouckere kommt auf die Kartelltaktik zu sprechen, die die Aktionskraft der Arbeiter ebenso gelähmt habe wie die der Liberalen. Die erwachenden Arbeiter finden auf ihrem Wege nicht nur die Herikale, sondern ebenso die liberale Bourgeoisie. Ein gemeinsamer Kampf mit den Liberalen wird der Arbeiterklasse nicht die nötige Begleitung geben! Vandervelde hat in der liberalen Versammlung zu den Liberalen gesagt: Vergessen wir, was uns trennt! Aber was uns trennt, ist unser ganzes Programm, ist vor allem das Wahlrecht, das wir erkämpfen wollen! Wenn wir aber das Wahlrecht nicht vergessen und an den Kampf gegen das Schulprojekt die Wahlrechtsforderung leiten, können wir dann mit den Liberalen gemeinsam vorgehen? Vandervelde selbst müßte zugeben, daß der liberale Führer über das Wahlrecht geschwiegen hat! Wir aber müssen reden, um die Massen zu uns zu ziehen! Die Partei würde ihren Klassencharakter und „das, was von allen Parteien trennt“, verlieren, wenn sie hinter den Liberalen marschiert. Es könnte für die Partei von ungeheurem Schaden werden, wenn sie in der gegenwärtigen Volksbewegung, die nicht nur gegen das Schulgesetz, sondern ebenso und mehr noch für die Arbeiterforderungen eingesetzt hat, das zurückstellen würde, was ihre Existenzberechtigung ausmacht.

In seiner Erwiderung erklärt sich Vandervelde mit der zweiten von De Brouckere vorgeschlagenen Abänderung einverstanden, aber nicht mit der Streichung des Passus: in Uebereinstimmung mit allen Oppositionsparteien. Der Generalrat habe sich dahin erklärt, daß die sozialistischen Redner an den gemeinsamen (liberal-sozialistischen) Meetings teilnehmen, die Kampagne der Arbeiterklasse aber selbständig geführt wird. — Bezüglich der Bündnistaktik bei Wahlen erklärt Vandervelde, gegen die Kartellpolitik in großen Wahlkreisen zu sein und sie nur für Ausnahmefälle gelten zu lassen. Er könne den ersten Abänderungsvorschlag nicht akzeptieren, weil er der festen Ueberzeugung sei, daß das Schulgesetz nur durch eine Aufzettelung der gesamten öffentlichen Meinung verhindert werden könne.

Es sprechen weiter die Deputierten Rober für den „Oppositionsblod“ und Heymans — mit Berufung auf die letzten Kongreßschließungen der Partei bezüglich ihrer Taktik — gegen ihn. Deputierter Hubin hält Heymans entgegen, daß sich seit dem Kongreß die Situation durch die Vorlage des Schulprojekts völlig geändert habe, wodurch sich die von Vandervelde in seiner Tagesordnung verteidigte Taktik rechtfertige.

Camille Hymans sagt, er sei in diesem Punkte nicht „verdächtig“, er müsse aber erklären, daß die Liberalen in der Schulfrage Vorwürfe nicht verdienen. Um nicht den Verdacht einer Art „Blodpolitik“ aufkommen zu lassen, schlägt Hymans eine stillschweigende Abänderung des von De Brouckere beanstandeten Satzes vor, (insbesonders in Uebereinstimmung mit den anderen Parteien der Opposition und allen, die guten Willens sind). Er unterstützt auch De Brouckeres Anregung, die gegenwärtige Bewegung auszunutzen, um für das ganze Schulprogramm der Partei einzutreten. Es sprechen noch Hg. Bépin für und Sanders gegen die Kampfgemeinschaft mit den Liberalen.

De Brouckere erklärt sich mit dem Amendement Hymans befriedigt, vorausgesetzt, daß die Zeit des Kampfes gegen die Schulvorlage für die Arbeiterpartei keinen Waffenstillstand und keinen „Blod“ bedeutet und die Autonomie der Parteitätigkeit unangefastet bleibt.

Vandervelde stellt noch fest, daß es sich nicht allein, „wie De Brouckere zu glauben scheint“, um ein Zusammenwirken der parlamentarischen Gruppen handle. Die Partei selbst, sagt Vandervelde, muß zusammen mit allen Männern, die guten Willens sind, gemeinsam marschieren, um das Schulprojekt zu zunichte zu machen. Aber es sei niemals die Rede davon gewesen, das Programm in die Tasche zu stecken. Wir sind Sozialisten und werden es bleiben!

De Brouckere: Darum handelt es sich nicht! Ja oder nein? Werden wir in unserer gegenwärtigen Propaganda hervorheben, was uns von den Liberalen trennt?

Vandervelde: Ja, wir werden das tun. Aber wir werden auch betonen, was uns im Kampf gegen das Schulgesetz näher bringt. — Vandervelde bemerkt, daß es für ihn die größte Befriedigung wäre, De Brouckeres Zustimmung zur Resolution zu finden.

De Brouckere stellt die Frage, ob neben den Meetings, die mit den Liberalen veranstaltet würden, die Partei ihre eigene, selbständige Bewegung führen würde. Vandervelde bejaht und De Brouckere erklärt unter diesen Bedingungen für die Tagesordnung Vandervelde mit dem Zusatz Hymans zu stimmen.

Damit ist die bewegte Debatte erschöpft. Die Tagesordnung Vandervelde mit dem Zusatz Hymans und „kommentiert im Sinne De Brouckeres“, wie der Vorsitzende sagt, wird mit allen Stimmen gegen zwei Abstimmungen unter Beifall angenommen.

Im 4. Landtagswahlkreise

widmen sich unsere Genossen jetzt mit immer größerem Eifer der Arbeit für die bevorstehende Nachwahl, über deren Ergebnis bekanntlich durch die Urwahlen am nächsten Montag, den 24. April, entschieden wird. Auf Mittwoch abend hatten unsere Genossen vier öffentliche Wählerversammlungen veranstaltet, die der Agitation für die Wahl und der Aufstellung der Wahlmänner dienten. Sie fanden im Neppalaß, in Habels Brauereiausgang, bei Rabe in der Pflegetraße und in Schmegebergers Festsaal statt und waren alle ziemlich zahlreich besucht, wemgleich nicht in dem Maße, wie es wünschenswert gewesen wäre.

Ueberall gedachte man vor Eintritt in die Tagesordnung des vorstehenden Landtagsabgeordneten Vorgmann, ehrte sein Andenken, seine rastlose Tätigkeit für die Partei und gelobte sich, in seinem Sinne weiter zu kämpfen und dafür zu sorgen, daß statt seiner zwei neue Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus einzuziehen.

Als Referenten sprachen die Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann, Liebknecht, Girich und Ströbel. In treffenden Worten legten sie dar, um was es sich bei der Wahl handelt. Sie beleuchteten scharf und gründlich das ganze Gebiet der preussischen Reaktion, die schamvolle Ungerechtigkeit, die ihre Grundlage in dem schändlichen Dreiklassenwahlrecht hat, und zeigten auch, welche Handlangerdienste der „Freißinn“ den reaktionären Machthabern geleistet hat und wie er nun selbst mit seinem Vertreter im 4. Landtagswahlkreise in dieselbe Grube gefallen ist, die er vor zwei Jahren den sozialdemokratischen Abgeordneten Berlin gegraben hat. In allen vier Versammlungen hielt auch der Landtagskandidat Genosse Max Grünwald eine zündende Ansprache. Die Aufforderung zu eifrigster Tätigkeit für den Sieg der sozialdemokratischen Wahlmänner fand begeisterte Zustimmung, die ohne Zweifel auch

mit aller Kraft in die Tat umgesetzt wird. Die Aufstellung der Wahlmännerkandidaten, die ja schon in den Bezirken vorbereitet worden war, vollzog sich ohne jede Schwierigkeit.

Soziales.

Kein tatsächliches Arbeitsverhältnis sondern familienhaftes Gemeinschaftsleben!

Die 67-jährige Näherin Emma H. in Berlin erhob am 20. Dezember 1909 Anspruch auf Invalidenrente. Nach einem Gutachten des Dr. v. G. vom 13. Mai 1910 war die Klägerin wegen Altersschwäche seit November 1909 dauernd völlig erwerbsunfähig. Die Versicherungsanstalt bestritt indessen das Vorliegen einer Versicherungspflicht. Die untere Verwaltungsbehörde hat unter Bejahung der Versicherungspflicht den Antrag der Rentenbewerberin für begründet erachtet. Die Landesversicherungsanstalt Berlin wies den Antrag durch Bescheid zurück. Denn die Parteizeit sei nicht erfüllt und die Tätigkeit der Rentenbewerberin als Näherin bei ihrer Tochter sei nicht versicherungspflichtig gewesen, weil es sich dabei nicht um ein tatsächliches Arbeitsverhältnis, sondern um ein familienhaftes Gemeinschaftsleben gehandelt habe.

Gegen diesen Bescheid hatte die Witwe H. beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Stadtbezirk Berlin Berufung eingelegt und schiedsgerichtliche Entscheidung beantragt. Sie begründete ihre Berufung damit, daß sie tatsächlich bei ihrer Tochter mit anderen Arbeiterinnen genötigt hat und hierfür einen Wochenlohn von 6 M. erhalten habe.

Das Schiedsgericht erhob weiteren Beweis. Die beiden Mitarbeiterinnen erklärten übereinstimmend, daß Frau H. tatsächlich den ganzen Tag hindurch gearbeitet und auch den für Arabattenarbeiterinnen üblichen Lohn erhalten habe. Nach ihrer Leistung müsse Frau H. als vollwertige Arbeiterin bezahlet werden.

Das Schiedsgericht hat daraufhin die Landesversicherungsanstalt Berlin zur Zahlung der Invalidenrente von 12,20 M. Anfang Dezember 1909 verurteilt. Die Klägerin erhält nun endlich eine Monatsrente von 12,20 M. Das Verhalten der Landesversicherungsanstalt ist alles andere denn human. Wie wäre es um diese arme Frau — die mit einem Fuße am Grabesrand steht — bestellt gewesen, wenn die Mitarbeiterinnen nicht hätten bekunden können, daß Frau H. tatsächlich den Lohn von ihrer Tochter empfangen hat? Sie wäre abgewiesen worden. Etwas weniger Bürokratismus und mehr soziales Empfinden wäre dringend notwendig.

Aus der Frauenbewegung.

Von der Frauenstimme.

Jedenfalls aufgeheuchelt durch unseren glänzenden Verkauften sozialdemokratischen Frauenagent sucht ein Herr Sch. in dem Aprilheft der „konserativen Monatschrift“ unter obiger Signatur die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau zu verhöhn und — vor ihr graufelig zu machen.

Der Herr knüpft mit seinem Elaborat an die Tatsache an, daß Fräulein Rogstad, als erstes weibliches Parlamentsmitglied in Norwegen, eine militärfreundliche Jungferrede hielt. Er meint, das Gegenteil wäre eine kleine Sensation gewesen: Eine Rede gegen den Leutnant aus weiblichem Munde — das Aufsehen!

Des wohlfeilen Spottes in diesen Worten geben wir nicht weiter acht, wir wollen dem Herrn Sch. auch gerne schenken, was er über das Interesse gewisser Frauenkreise für die private Verbesserung der Soldatenkost zu sagen weiß, wir wollen vielmehr für uns eine sehr ernste Lehre aus der Rede und der Stellungnahme des Fräulein R. ziehen. Fräulein R. ist eine bürgerliche Frau, die auf Grund des beschränkten Frauenwahlrechts in Norwegen gewählt ist. Diese Tatsache erklärt ihre Stellungnahme zum Militarismus, die — um mit Herrn Sch. zu reden — sonst sensationell wirken müßte. Die Stellungnahme des Fräulein R. zeigt aber auch klarlich, wie durch ein beschränktes Frauenwahlrecht der Einfluß der Bürgerlichen gestärkt wird, und wie töricht wir handeln würden, wollten wir für ein solches Wahlrecht eintreten, wie uns von gewisser Seite zugemutet wird.

Doch hören wir weiter, was Herr Sch. zur Frage des Frauenwahlrechts zu sagen weiß: Er anerkennt, daß die wirtschaftliche Bestaltung der Gesellschaft es erheischt, daß bald Antwort auf die Frage gegeben wird, ob die Frau in der gesetzgebenden Körperschaft mitbestimmend sein soll.

„Die Frau zahlt Steuern wie der Mann; sie ist erwerbstätig wie der Mann; sie ist als Landwirtin, als städtische Hausbesitzerin, als Handels- und Gewerbetreibende an der Gesetzgebung wirtschaftlich interessiert wie der Mann. Sie will wissen, was mit ihren Steuergeldern in Staat und Gemeinde geschieht und will daher Gesetze verhindern, durch die ihre Interessen geschädigt, Gesetze fördern, durch die ihre Interessen gefördert werden können.“

Das hört sich an wie eine gute sachliche Begründung der politischen Gleichberechtigung der Frau. Herr Sch. ist jedoch durchaus kein solcher Befürworter. Daß in Amerika Frauen im Parlament für ein Temperengesetz und gegen die Reglementierung der Prostituierten eingetreten sind, hat seinen ganzen Jörn entfacht, und er malt die schrecklichsten Folgen dieser Maßnahmen aus.

Was der Herr dann noch über die Ehe und die modernen Frauenbestrebungen, über die Stellung der Sozialdemokratie zur Frauenfrage zu sagen weiß, zeugt von einer völligen Unkenntnis der modernen Frauenbewegung.

Herr Sch. faßelt von dem Bestreben der Frauenbewegung, die Begriffe „Ehe“ und „Mutterchaft“ völlig umzuwerten, und fügt dazu hinzu: Der Sozialdemokratie passe diese Parole, und des-halb habe sie die Frauenbewegung unter ihre Fittiche genommen. Sozial Worte, sozial Unrichtigkeiten!

Die Sozialdemokratie ist für die politische Gleichberechtigung der Frau eingetreten, bevor von einer nennenswerten Frauenbewegung die Rede sein konnte. Geschichtliche Einsicht und das natürliche Gerechtigkeitsgefühl, welches die Unterdrückten treibt, ihren Leidensgefährten beizustehen, waten die Triebfedern ihres Tuns.

In der Gegenwart, bei der sich fortgesetzt steigenden Erwerbsarbeit proletarischer Frauen, kommt noch das wohlverständene Klasseninteresse hinzu, welches die Sozialdemokratie zum zuverlässigen Kreiskämpfer der politischen Gleichberechtigung des Weibes werden läßt. Erklärlich genug. Bei den Kämpfen der Arbeiterklasse, die sich auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete immer mehr zugipfen, sind die Proletarierinnen als Kampfgenossinnen nicht nur willkommen, sondern werden immer mehr unentbehrlich. Einen Kampfgenossen wünscht man aber möglichst kampferfürt zu sehen, und das Wahlrecht ist eine gute Waffe für diese Kämpfe.

Der konservative Herr Sch. hat jedenfalls von den Bestrebungen des „Bundes für Mutterrecht“ gehört, die eine „neue Ethik“, „eine Ehereform“ und „das Recht auf Mutterchaft“ für alle Frauen propagieren. Diese Bestrebungen verwechselt er nun mit denen der Frauenbewegung und sogar mit denen der sozialdemokratischen Bewegung, wie er denn überhaupt die proletarische und die bürgerliche Frauenbewegung durcheinander wirft.

So sehr die Sozialdemokratie auch das multivolle Eintreten der bürgerlichen Frauen im Bunde für Mutterrecht für eine Ehe-reform achtet, sieht sie denselben doch vollkommen fern. Aus dem einfachen Grunde, weil geschichtliche Einsicht uns lehrt, daß eine Ehe-reform in dem angeedeuteten Sinne bei der heutigen Eigentumsordnung unmöglich ist. Ist doch die Familie die Trägerin des Privateigentums. Erst wenn dieses beseitigt, ist eine grundlegende Reform der Ehe denkbar.

So wenig Sachkenntnis über Wesen und Ziel der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Frauenbewegung der Herr Sch. besitzt, so wenig logisch sind seine Schlussfolgerungen, die er aus seinen eigenen Darlegungen über Arbeit und Stellung der Frau für ihre politische Berechtigung und Relativierung zieht.

Nachdem er in geradezu tödlicher Ueberheblichkeit abgeurteilt über Fähigkeit und Charakter der Frauen, diesen jede Objektivität des Urteils abgesprochen und vor ihrer parlamentarischen Betätigung gewarnt hat, reklamiert er sie ein für allemal fürs Haus. Die allbekannten Tiraden von dem Geplauder der Frau, welches das Herz des Mannes erfreut, von ihrem sanften Zuspruch, der seine Sorgen zerstreut, von den freundlichen Ermahnungen bei der Erziehung der Kinder, sie alle, alle kehren wieder, und man ist versucht, aus vollem Halse zu lachen über diesen mehr denn konservativen Herrn, der allen anerkannten Rechtsansprüchen der Frau zum Trost apodiktisch erklärt: Wir, die Männer, brauchen die Frau daheim, als Spielzeug, als Gesellschafterin, als Trösterin usw., deshalb hat sie draußen zu schweigen! Punktum! Geschlechtsegoismus in der raffinierten Form, gepaart mit einem stark entwickelten Klasseninstinkt, lassen den Herrn logische Futzeln schiefen. Die erwerbstätigen Frauen, die er anfangs nennt, und für die die politische Gleichberechtigung eine soziale Lebensnotwendigkeit sind, sie existieren zum Schluß anscheinend nicht mehr für ihn, wo er sich anschaut, die Frauen im Jbsenschen „Puppenheim“ zu zeichnen. Und doch sind es ja die Bataillone der erwerbstätigen Frauen mit den sorgendurchsuchten Gesichtern, mit den schwielenharten Fäusten, mit den von schwerer Arbeit gebeugten Rücken, die, gekleidet an das Banner des Sozialismus, die entscheidenden Schlachten schlagen werden für die politische Gleichberechtigung des Weibes. Auf sie aber wird das Gerede des konservativen Herrn Sch. keine andere Wirkung ausüben, als es die Darbietungen eines politischen Komikers tun würden, die zudem noch den Reiz der Neuheit entbehren. Wenn konservative Frauenkreise nichts dagegen einzusetzen haben, ist das ihre Sache.

Gerichts-Zeitung.

Mißlungener Versuch, Sinnenprüche eines Arbeitervereins unter das preussische Plakatgesetz zu bringen.

Die in gewissem Umfange durch das Reichs-Preßgesetz aufrecht erhaltenen §§ 9 und 10 des alten preussischen Preßgesetzes von 1851 bestimmen unter anderem: „Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergünstigungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angeheftet, angehängt oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden. — Niemand darf auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten Druckschriften oder andere Schriften . . . verkleben, anhängen oder anheften, ohne daß er dazu die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erlangt hat.“ — Und nach Absatz 2 des § 30 des Reichs-Preßgesetzes bestehen derartige landesgesetzliche Vorschriften noch zu Recht, soweit sie betreffen: das öffentliche Anhängen, Anheften, Ausstellen, sowie die öffentliche rufentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Ausrufen.

In einem Orte desjenigen Teils der preussischen Provinz Sachsen, der zum Landgerichtsbezirk Meiningen gehört, hatte es die feilliche Saaldekoration des dortigen Arbeiter-Radsfahrervereins der Behörde angeht. Namentlich waren es die Sinnenprüche, die der Vorsitzende Hoffmann an den Wänden des Saals angebracht hatte, in welchem der Arbeiter-Radsfahrerverein ein Fest abhielt. Sie wurden zu „Plakaten“ gestempelt und Hoffmann wurde wegen Uebertretung der obigen Vorschriften angeklagt. Es handelte sich um Aufschriften folgenden Inhalts: „Durch Kampf zum Sieg für Wahrheit und Recht.“ — „Für Wahrheit, Freiheit, Brüderlichkeit, kämpfen die Arbeiter-Radsfahrer jederzeit.“ — „Radsfahrer, reicht Euch die Bruderhand und belämpft der Menschen Unverschämtheit.“

Das Landgericht in Meiningen, die für den fraglichen preussischen Bezirk zuständige Instanz, sprach als Berufsgericht den Angeklagten frei und nahm an, daß es sich nicht um Plakate handle. Die fraglichen Pappplakate enthielten nur Sinnenprüche und sonst keine Mitteilungen. Deshalb seien es keine Plakate. — Das Kammergericht in Berlin verwarf die von der Staatsanwaltschaft gegen dies Urteil eingelegte Revision als unbegründet.

Ein Erpressungsversuch eines angeblichen Schriftstellers, der durch Androhung der Veröffentlichung eines Schlüsselromans die Summe von 10 000 M. zu erlangen versucht hatte, wurde gestern von der 2. Strafkammer des Landgerichts I mit einer empfindlichen Freiheitsstrafe geahndet. Angeklagt war der angebliche Schriftsteller Martin Ehrlich. — Der erst zwanzigjährige Angeklagte, welcher sich auch „Redakteur, Rezitator und Puff- und Theaterreferent“ nennt, behauptet auf seinen pompös ausgestatteten Briefbogen, ständiger Mitarbeiter der hervorragenden Zeitungen und literarischen und belletristischen Zeitschriften zu sein. Mit rührender Bescheidenheit bezeichnet er ferner als sein hervorragendes „Spezialgebiet“ Literatur, Lyrik, Kunst, zeitgenössische Belletristik und Reklamefunktion. — Ende August vorigen Jahres erhielt der Inhaber eines kleinen Kaufhauses von dem Angeklagten ein Brief, in welchem ihm mitgeteilt wurde, daß in nächster Zeit ein

Roman mit dem Titel „Die verkaufte Schwester“ erscheinen würde, in welchem er die Hauptrolle spielen würde. Der Angeklagte ging in dem Briefe, ohne sich irgendwie schüchtern zu zeigen, auf sein Ziel los und erklärte, daß er bereit sei, das Manuskript des „hochsensationalen“ Romans für 10 000 M. zu verkaufen. Der Empfänger dieses Briefes ging scheinbar auf den Handel ein und erfuhr zu seinem Erstaunen, daß sein eigener Schwager, der als Silberputzer in Hamburg lebt, dabei die Hand im Spiele hatte. Zwischen diesem Schwager und dem Kaufmann hatten zahlreiche Prozesse geschwebt, in denen letzterer aller möglichen Dingen, unter anderem des Verbrechens gegen das leimende Leben und des Ehebruchs beschuldigt wurde. Die Kriminalpolizei ermittelte auf die erstattete Anzeige hin folgende Einzelheiten: Der angebliche Schriftsteller hatte vor einiger Zeit mit jenem Schwager in einer Berliner Druckerei zusammen gearbeitet und von diesem erfahren, daß er recht interne Dinge aus dem Ehe- und Familienleben des Kaufmanns wisse, und beschloß, diese, in die Form eines Schlüsselromans gekleidet, zu veröffentlichen. Der jugendliche „Literat“ nahm diese Kenntnis als eine willkommene Gelegenheit auf, daraus Kapital zu schlagen. Wie sich aber ergab, hatte der Schwager keine Kenntnis von den Erpresserbriefen, so daß das gegen ihn anhängig gemachte Strafverfahren wieder eingestellt werden mußte. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte, der übrigens, wie die Verlesung einiger von ihm herrührender Briefe ergab, mit der deutschen Sprache arg auf dem Kriegsfuß steht, jede erpresserische Absicht und stellte die naive Verkaufsart auf, daß er weiter nichts getan habe wie jeder Kaufmann, nämlich, daß er eine Ware zum Kaufe angeboten habe. — Das Gericht erblickte in dem Vorgehen des Angeklagten einen höchst niederträchtigen und gemeingefährlichen Erpressungsversuch und erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 4 Monate Gefängnis.

Ein gemeingefährliches Ehepaar, welches eine Art Mädchenhandel getrieben hatte, wurde gestern von der 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber auf längere Zeit unschädlich gemacht. Wegen Zuhälterei bezw. gemein-schaftlicher Kuppelei war der Sattler Albin Griemmann und dessen Ehefrau Marie G. angeklagt. Der schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte erschien eines Tages im vergangenen Jahre in dem medienburgischen Städtchen Triel, wo er sich als Polizeibeamter ausgab und bald überall Bekanntschaften anzuknüpfen verstand, da er ganz offen erklärte, nur deshalb nach Medtenburg gekommen zu sein, um sich hier eine Frau zu suchen. Die Folge war, daß er überall offene Türen fand, da sich die tüchtereichen Eltern förmlich danach rissen, einen Beamten zum Schwiegersohn zu bekommen. Auf diese Weise machte er die Bekanntschaft eines Fräulein Sch., der Tochter eines ehrsamem Schuhmachermeisters. Die Verlobung fand auch bald statt. In dem Hochzeitstag war alles schon in schönster Feststimmung verdammt, nur der Bräutigam fehlte noch. Die frohe Stimmung verwandelte sich bald in das Gegenteil, als von dem Angeklagten ein Telegramm einlief folgenden Inhalts: „Hochzeit aufgegeben, habe überreicht gehandelt.“ Die biederen Schuhmacherleute fühlten sich in dem kleinen Städtchen kolossal blamiert und waren deshalb froh, als einige Zeit darauf der Angeklagte erschien und ihnen den Vorschlag machte, ihm die Tochter nach Berlin mitzugeben, wo er sie bis zur Hochzeit bei seiner Schwägerin unterbringen wolle. — Auf diese raffinierte Weise verstand es der Angeklagte, das Mädchen nach Berlin zu verschleppen. Hier stellte er der Sch. seine Ehefrau als seine Schwägerin vor. Beide begannen dann auf das Mädchen ganz systematisch einzuwirken und sie moralisch derartig herunterzubringen, daß sie sich mit einem anderen Manne einließ. Unter allerlei Drohungen wurde die Sch. schließlich gezwungen, auf die Straße zu gehen, wo ihr der saubere Patron Beschützerdienste leistete. Das Mädchen wurde endlich völlig krank und fiel, von der Polizei aufgegriffen und dem Irren-Krankenhaus zugeführt. Erst hier fand sie den Mut wieder, sich an ihre in Berlin lebende Schwester und dann an ihre Eltern zu wenden. Die Folge war die Verhaftung des gemeingefährlichen Kupplerpaares. — Das Gericht hielt es für angebracht, den Ehemann Griemmann, den es als einen der gefährlichsten und raffiniertesten Zuhälter bezeichnete, auf möglichst lange Zeit unschädlich zu machen. Wegen ihn lautete deshalb das Urteil auf 3 Jahre Gefängnis und Uebertretung an das Arbeitshaus, gegen die Ehefrau auf 6 Monate Gefängnis.

Ankündigte Polizeiverordnung. Eine Polizeiverordnung für Dantzig schreibt vor, daß Personen, welche Räder in die Stadt einführen oder sie hier in Handel bringen wollen, oder die zu diesem Zwecke Ruhe halten, davon der Polizei Anzeige machen müssen. Das Kammergericht erklärte im Falle Kalkinat, der die Verordnung übertreten hatte, die Verordnung für ungültig und sprach B. frei. Der Senat nahm an, daß die Verordnung ausschließlich zu dem Zweck erlassen sei, um der Polizei die Kontrolle über derartige Gewerbebetriebe und über die Uebertretungen der sie betreffenden Vorschriften zu erleichtern. Zu diesem Zweck können Polizeiverordnungen nicht erlassen werden.

Radsfahren während der Dunkelheit. Wie andere Radsfahrordnungen, bestimmt auch die für die Provinz Brandenburg:

„Während der Dunkelheit, sowie bei starkem Nebel ist jedes Fahrrad mit einer hellbrennenden Laterne zu versehen.“ Diese Bestimmung sollte Glogau dadurch übertreten haben, daß er während der Dunkelheit sein Fahrrad nicht mit brennender Laterne versehen. Er wurde zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Die fragliche Verordnung betreffe den „Verkehr“ mit Fahrrädern. Ein Verkehr mit Fahrrädern finde aber nur statt, wenn sich jemand des Rades als Verkehrsmittel bediene, d. h., wenn er darauf fahre. Darum könne die Bestimmung nicht Anwendung finden auf Räder, die während der Dunkelheit nur geschoben werden sollten und nur geschoben wurden. Hier stehe nicht genau fest, ob das Rad während der Dunkelheit nur geschoben wurde, wie zur Zeit der Feststellung des Angeklagten, oder ob er auch zeitweilig darauf fuhr. Das müsse das Landgericht nachprüfen.

Zu der Hoffmannschen Rechtsache haben die Verteidiger des in Haft befindlichen Angeklagten Griehl nunmehr wegen der Ablehnung ihres Haftentlassungsantrages durch die Strafkammer das Kammergericht angerufen. Gleichzeitig ist der Antrag gestellt worden, an dem Tatorie einen Kolatertermin abzuhalten, welcher nach Ansicht der Verteidigung die völlige Haftlosigkeit der Verdachtsgründe ergeben soll.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, vorn der Treppe — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonntags von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Bescheidliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

224 R. für die angegebenen Schulden hatten Sie nicht. — M. R. 55. Die Kaufgenüsse können verlangt werden; es empfiehlt sich daher, solche zu beschaffen. — S. T. 4. Rein. — J. R. 107. 1. Ja. 2. Der 28.85 M. wöchentlich übersteigende Lohnbetrag. — G. W. 1. Rein. 2. und 3. So lange Unterstützung bezogen und die Rückkehr nicht gefordert wird, nicht notwendig. — Ch. Pantow. Herbst 1910. Davon kann durch kaiserliche Verordnung abgegangen werden. — R. 34. 1. Der länger als 3 Jahre zurückliegende Anspruch ist verjährt. Zur Ausübung der Knechtelbeziehung können wir nicht raten. 2. Der Adressat ist zur Entfremdung des Schilbes nicht berechtigt. — S. M. 100. 1. Ja. 2. u. 3. Inwieweit Beantwortung dieser Fragen möglich ist, wissen wir nicht, wie hoch der Lohn Ihres Mannes ist und wieviel unversorgte Kinder vorhanden sind. — H. G. Straßburger Str. 14. Beschwerde ist angebracht. — G. W. 07. 1. Das sind die ortsüblichen Beträge. 2. Die Mutter ist halbtier, falls sie kurz vor der Unterfertigung großjährig war. 3. Ihre Zustimmung ist einzuholen. 4. Der Vater. 5. Die Sachlage schildern. Der Vormundschaftsrichter beschließt nach freiem Ermessen. 6. Pflichtverletzung. — M. 70. Ja. — C. J. 3. Durch Testament der Mutter oder Erbvertrag. — G. R. 38 und B. S. 51. Fordern Sie Abhilfe unter Stellung einer etwa achtstündigen Frist und unter der Androhung, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist sofort räumen und Schadenersatz beantragen werden. Falls Sie Ihre Bedenklungen zu beweisen imstande sind, können Sie auch entsprechend handeln. — Milchplauscher. Anzeige bei der Polizei. — M. G. 63. Ist die Annahmestunde am Rechte erloschen, so ist auch ein Antrag auf Selbstbehandlung aussichtslos. — S. T. 14. Reiter nicht. — G. W. 86. 1. Untereres Erbschaftsrecht. 2. Rein. 3. Für die letzten vier Jahre. Für die weiter zurückliegende Zeit kann der Schuldner den Umwand der Verjährung erheben. — Reichert, Wicelstraße. Es liegt Verjährung vor. — B. S. 34. Es bleibt nur die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft übrig. — R. 20. Das Geschäft hat Anspruch auf Uebertragung. — G. 71. Ja. — J. R. 17. 1. Falls sonstiges Vermögen der Tochter nicht vorhanden und der Vater noch erwerbsfähig ist, etwa 1000 Mark. 2. Rein. — W. S. 300. Nach dem Ehepartner nicht, wohl aber nach der Mutter. — J. B. 20. Je zur Hälfte. — R. 74. Gemein aus der Vermietung ja, Pflegegeld für das Kind eines andern nicht. — G. 72. Ihr Sohn muß sich an die Organisation seines Berufs wenden. — J. J. 64. Sie wollen sich an die Stützungsdeputation des Magistrats, Poststr. 16, wenden. — M. 51. Das statische Landesamt, Lindenstraße, erscheint uns als geeignete Anstaltsstelle. — G. J. 91. Verband der Handlungsgehilfen, Neue Königstr. 36. — Kaffeebohnen, Pfefferbohnen. In runden Summen lassen sich die Abfindungen gar nicht angeben. Schon 1801 wurden für Teile des Volkregals Herrschaften, Städte, Ämter übergeben, 1819 u. a. drei Domänen in Polen, 1867 durch Preußen 8 Millionen Taler usw. — G. R. Das Material finden Sie im Statistischen Jahrbuch für den preussischen Staat. Verlag Kgl. statistisches Landesamt, Lindenstraße. Preis 1 M.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		
	19. 4.	18. 4.	19. 4.	18. 4.	
Demel, Mühl	382	-14	Saale, Großh.	98	-5
Wegel, Jüterburg	7	0	Havel, Sandau	113	-3
Wegel, Thom	170	-6	Havel, Rathenow	163	-1
Ober, Rathor	212	+25	Spree, Spremberg	94	-6
Kroffen	185	-2	Beckon	159	-1
Frankfurt	199	-5	Seiser, Rindon	-62	-3
Wald, Schrum	110	-2	Rindon	17	-8
Rebe, Borsdam	144	-1	Rhein, Ragowlandau	354	0
Rebe, Borsdam	72	-8	Raub	172	-6
Elbe, Lestmeritz	49	-6	Raub	172	-7
Dredben	-65	-3	Redar, Heilbrom	82	-3
Dorbz	221	+3	Rain, Wertheim	147	-3
Ragdeburg	180	0	Reiter, Tritz	71	-3

+) + bedeutet Fall. — Quas, — *) Unterpegel.

Allgemeine Orts-Krankenkasse
für die vereinigten Gewerbetriebe
Charlottenburgs.

Sie laden hiermit die Kassendelegierten zu einer
Ordentl. Generalversammlung
auf Freitag, den 28. April cr.,
abends 7 1/2 Uhr,
nach dem Saale des Volkshauses
in Charlottenburg, Rosinestr. 3,
ein, mit der

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung für das Jahr 1910. — 2. Bericht der Revisoren. — 3. Anstellungsvertrag des Kassendirektors für 1910 und die Geschäftslage der Kasse. — 4. Bericht der Revisionskommission. — 5. Antrag des Kassenvorstandes auf Entlastung. — 6. Besprechung über Erweiterung der Kasseneinstellungen und die dazu erforderliche Statutenänderung.

Die Delegierten erhalten außerdem eine schriftliche Einladung zu dieser Generalversammlung unter Festlegung des gedruckten Geschäftsberichts.

Delegierte, welche in der Generalversammlung Beschwerden gegen die Geschäftsführung des Kassenvorstandes vorbringen wollen, werden ersucht, dies vorher im Kassenschaubureau anzugeben, da es sonst dem Kassenvorstand unmöglich ist, sich über die Beschwerden zu informieren und in der Generalversammlung Auskunft zu erteilen. 275/4

Charlottenburg, den 18. April 1911.
Der Kassenvorstand.
W. H. Wrensd.

Orts-Krankenkasse
der Stellmacher.

Einladung.

Freitag, den 28. April 1911,
abends 8 1/2 Uhr,
in Dräsel's Restoran, Neue Friedrichstraße 35:

Ordentliche

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung für das Jahr 1910. — 2. Bericht der Revisoren. — 3. Anstellungsvertrag des Kassendirektors für 1910 und die Geschäftslage der Kasse. — 4. Bericht der Revisionskommission. — 5. Antrag des Kassenvorstandes auf Entlastung. — 6. Besprechung über Erweiterung der Kasseneinstellungen und die dazu erforderliche Statutenänderung.

Die Delegierten erhalten außerdem eine schriftliche Einladung zu dieser Generalversammlung unter Festlegung des gedruckten Geschäftsberichts.

Delegierte, welche in der Generalversammlung Beschwerden gegen die Geschäftsführung des Kassenvorstandes vorbringen wollen, werden ersucht, dies vorher im Kassenschaubureau anzugeben, da es sonst dem Kassenvorstand unmöglich ist, sich über die Beschwerden zu informieren und in der Generalversammlung Auskunft zu erteilen. 275/4

Charlottenburg, den 18. April 1911.
Der Kassenvorstand.
W. H. Wrensd.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Drabg.
Vor. H. G. Prad, Gehroff.
1,50, Hotel 1,00, Seite 503H.

Esperanto.

Parteigenossen! Mit selbstloser Schnelligkeit hat die internationale Hilfssprache Esperanto die Welt erobert. Alle Völker verständigen sich untereinander bereits in Esperanto, in allen Weltteilen ist kein Land mehr zu finden, wo es noch nicht seine Verbreitung gefunden hätte. Esperanto wird bereits von einer nicht mehr zählbaren Zahl von Menschen gesprochen. Eine direkte Gefahr für die Kulturgeschichte wäre es, wenn wir noch länger abwarten abseits stehen wollten; auch wir haben ein Recht auf die Vorteile dieser kulturellen Erfindung. In die Arbeiterkassen hat sogar das größte Interesse daran, daß auch sie und nicht nur die bürgerliche Gesellschaft an dem Nutzen dieses Gemeinguts teilnimmt und den Ansehens nicht verstimmt. Wir richten alle intelligenten Arbeiter den dringenden Aus, diese sich jetzt bietende Gelegenheit nicht zu veräumen.

Aboluit kostenloser Vorkurs mit Vortrag des Genossen Schlaf. Dresden finden statt heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in Pöckers Klubhaus, Landwehrstr. 85, und morgen, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, in Rixdorf, Iris Doppel's Restoran, Hermannstr. 49.

Rechnung nur 1,50 M. Weitere Ausgaben erwachsen nicht.

Zukunft haben nur parteipolitisch oder feindschaftlich organisierte Genossen und Genossinnen. Mitgliedschaft legitimiert. 13600

Deutscher Arbeiter-Esperantisten-Verband.

Tischler-Verein
zu Berlin (E. H. 80.)

Sonnabend, den 22. April,
abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:

Versammlung.

Beschlußfassung über die Parteipartei. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand. 198/9

Orts-Krankenkasse
der Schmiede.

Sonnabend, den 29. April 1911,
abends 8 1/2 Uhr, 275/5
bei Fröhlich, Rastauer Straße 1:

Ordentliche

General-Versammlung.

1. Vorlage der Jahresrechnung 1910. 2. Bericht der Revisoren und Antrag auf Entlastung der Kassendelegierten. 3. Wahl eines Kassendirektors, Kassendelegierten, Kassenschaubureau, Kassenschaubureau, Kassenschaubureau. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Der Vorstand. 198/9

Esperanto.

Parteigenossen! Mit selbstloser Schnelligkeit hat die internationale Hilfssprache Esperanto die Welt erobert. Alle Völker verständigen sich untereinander bereits in Esperanto, in allen Weltteilen ist kein Land mehr zu finden, wo es noch nicht seine Verbreitung gefunden hätte. Esperanto wird bereits von einer nicht mehr zählbaren Zahl von Menschen gesprochen. Eine direkte Gefahr für die Kulturgeschichte wäre es, wenn wir noch länger abwarten abseits stehen wollten; auch wir haben ein Recht auf die Vorteile dieser kulturellen Erfindung. In die Arbeiterkassen hat sogar das größte Interesse daran, daß auch sie und nicht nur die bürgerliche Gesellschaft an dem Nutzen dieses Gemeinguts teilnimmt und den Ansehens nicht verstimmt. Wir richten alle intelligenten Arbeiter den dringenden Aus, diese sich jetzt bietende Gelegenheit nicht zu veräumen.

Aboluit kostenloser Vorkurs mit Vortrag des Genossen Schlaf. Dresden finden statt heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in Pöckers Klubhaus, Landwehrstr. 85, und morgen, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, in Rixdorf, Iris Doppel's Restoran, Hermannstr. 49.

Rechnung nur 1,50 M. Weitere Ausgaben erwachsen nicht.

Zukunft haben nur parteipolitisch oder feindschaftlich organisierte Genossen und Genossinnen. Mitgliedschaft legitimiert. 13600

Deutscher Arbeiter-Esperantisten-Verband.

Welchen Eigenschaften hat Kathreiners Malzkaffee
seine ausgedehnte Verbreitung zu verdanken?

Erstens seiner absoluten Unschädlichkeit und hervorragenden Beliebigkeit, die von Autoritäten der Wissenschaft und Kerzen bestätigt wird.

Zweitens seinem angenehmen kräftig-aromatischen Wohlgeschmack, der ihm immer neue Freunde gewinnt!

Drittens seiner großen Ausgiebigkeit und Billigkeit. — Aus einem 10 Pfennig-Paket kann man sich 20 Tassen bereiten.

Viertens seiner immer gleichmäßig vorzüglichen Qualität.

Der Gehalt macht's!

Borussia-Festsäle,
Ackerstr. 6-7, an der Elsenstraße.
Telephon Amt III, 2674.

Empfehle den vereinigten Vereinen und Gewerkschaften meine 4 Säle, 150-1000 Personen fassend, von denen zwei mit modern eingerichteten Bühnen versehen sind, desgleichen 2 Vereinszimmer (bis 80 Personen). Auch halte ich mir, auf den 600 Personen fassenden, prächtigen Ballsaal mit Bühne hinzuweisen.

Kulanten Entgegenkommen.
Ergebend

Georg Wolfgramm.
NB. Wat und Sonn mehrere
Sonnabende und Sonntage [et c.]

Berliner Arbeiter-Radsfahrer-Verein
Mitglied des Reichsverbandes
Solidarität.

Sämtliche Touren am Sonntag, den 23. d. M., fallen wegen der Beerdigung des Genossen Vorgmann aus.

Lichtenberg und Umgegend
fallen die Touren der Beerdigung wegen aus.

Sargmagazin
von J. Schumacher, Ewinemünder
Straße 120.

Vorbeugung der Syphilis durch
Ehrlich-Hata 606.

Aufklärungsbuch über Vorsichtsmaßregeln u. Erkennung d. Lustseuche von Dr. Zikol. Für M. 1.— franco d. d. Medizin. Verlag E. Schweizer & Co., Berlin NW. 27a.

Hermann Fischers billigste Särge
Berlin, Urbanstr. 111. Jede Särge, früher 10 Mark. Tel.: Amt IV, 13453.

Mahlsdorf,
Carlstr. von 6 M. an, 20 Pf. Jahrl.
J. Rieger, Gollardstr. 5.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-37 am Leipziger Platz

ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE



Freitag
Sonnabend

LEBENSMITTEL

soweit
vorhanden

Fleischwaren

Rollschinken ca. 6-11 Pfd. schwer Pfund 1.25
Landschinken ca. 7-12 Pfd. schwer Pfund 1.15
Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfd. schwer Pfund 1.15
Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfd. Pfund 1.00
Zerelat- u. Salamiwurst Pfund 1.15
Zerelatwurst in Fettdarm Pfd. 1.30
Plockwurst Pfund 1.15
Teewurst Pfund 1.10
Bauernmettwurst mit Knoblauch Pfund 1.00
Pasteten-Leberwurst Pfund 1.00
Jagdwurst Pfund 90 Pf.
Feine Leberwurst Pfund 95 Pf.
Landleberwurst Pfund 85 Pf.
Rotwurst Pfund 45, 70 Pf.
Spitzbeine in Gelee ca. 2 Pfd. Dose 65 Pf.
Eisbeine in Wein-Gelee ca. 1 Pfd. Dose 65 Pf.
Königsberg. Fleck Dose 1 Pfd. 50, Dose 2 Pfd. 90 Pf.
Kasseler Rippespeer Pfund 85 Pf. bis 1.00
Renntierfleisch zu billigen Preisen.

Butter u. Käse

Butter Pfund 1.10, 1.20, 1.30
Vollfetter Tafelkäse 3 Schabteile 35 Pf.
Tilsiter Pfd. 50 Pf., Limburger Pfd. 60 Pf.
Camembert 2 Stück 35 Pf.
Briekäse Pfd. 52 Pf., vollfetter Pfd. 72 Pf.
Romatour Stck. 28, Schweizer Pfd. 80 Pf.
Emmenthaler Pfd. 1.10
Kuhkäse u. Magdeburger Landkäse 2 Stck. 35 Pf.
Schlesischer Stangenkäse 3 Stck. 25 Pf.
Bratenschmalz Pfund 55 Pf.
Türk. Pflaumenmus Pfd. 22 Pf.

Geflügel

Suppenhühner 1.75 bis 2.90
Brathühner 1.50 bis 2.40
Birkhühner Stück 1.10
Junge Gänse Pfund 95 Pf. bis 1.20
Enten gefroren Stück 2.50, 2.75, 2.90
Frische Mast-Puten Pfund 1.20

Räucherwaren

Kieler Flundern Pfund 50 Pf.
Pommersche Bücklinge Kiste ca. 40 Stück 65 Pf.
Matjes-Heringe Stck. 15, 20, 25, 30 Pf.

Obst u. Gemüse

St. Michael-Ananas Pfund 75 und 85 Pf.
Zitronen Dtz. 20, 25, Bananen Pfd. 26 Pf.
Meraner Calvillen Pfund 68 Pf.
Bittere Orangen Pfund 25 und 45 Pf.
Datteln Karton 35 Pf.
Traubenrosinen Pfund 63 Pf.
Knackmandeln Pfund 63 Pf.
Feigen Körbchen 23 Pf., Kistch. 18 u. 27 Pf.
Loucumsfeigen Pfund 48 Pf.
Grosse Artischocken 30 Pf.
Kopfsalat 3 Stück 25 Pf.
Malta-Kartoffeln 2 Pfund 25 Pf.
Französ. Kartoffeln 2 Pfund 35 Pf.

Hülsenfrüchte

Victoria-Erbesen Pfund 16 Pf.
Kleine Erbsen Pfund 15 Pf.
Glasierte Erbsen gelb Pfund 21 Pf.
Glasierte Erbsen gelb, gespalten Pfund 18 Pf.
Grüne Erbsen Pfund 18 Pf.
Linsen grosse Pfd. 18 Pf. mittel Pfd. 12 Pf.
Bohnen grosse Pfd. 22 Pf. kleine Pfd. 15 Pf.
Lang-Bohnen Pfund 18 Pf.
Java-Reis Pfund 28 und 23 Pf.
Rangoon-Reis Pfund 18 und 15 Pf.
Bruch-Reis Pfund 14 und 13 Pf.

Olympia-Maispuder

Paket 1/2 Pfd. 14, 1 Pfd. 26, 2 Pfd. 50 Pf.

Holländisch. Puddingpulver

gefärbt
Mändelchen-Pudding, Kerst-Pudding, Eier-Pudding, mit verschiedenem Geschmack 25 Pf.

Fruchtsäfte

mit Raffinade eingekocht.

Himbeersaft 1/2 Flasche 85 Pf.
Kirschsafft 1/2 Flasche 95 Pf.
Johannisbeersaft 1/2 Flasche 85 Pf.
Himbeersaft extra 1/2 Flasche 1.00
Erdbeersaft 1/2 Flasche 1.00
Zitronensaft 1/2 Flasche 1.00
Ananassaft 1/2 Flasche 1.25
Maitrank 1/2 Flasche 80 Pf., 1.00
Apfelwein Freyzeisen 1/2 Flasche 38 Pf.
Borsdorfer Apfelwein 1/2 Flasche 32 Pf.
Braunschweiger Doppel-
mumme 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 2.10

Nur Leipziger und Rosenthaler Strasse:

Frisches Fleisch u. Fische

Roastbeef Pfd. 1.00, ohne Knochen 1.40
Kamm u. Brust Pfund 80 Pf.
Gulasch u. Querrippe 70 Pf.
Gehackt. Fleisch 60, Talg 45 Pf.
Zunge Pfd. 1.10, gepökelt 1.25
Frischer Schinken 70, ge-teilt 75 Pf.
Kamm u. Schuft 80, ge-teilt 85 Pf.
Liesen Pfd. 60, Rücken Fett 55 Pf.
Eisbein (Dickbein) Pfund 55 Pf.
Schinkenbein Pfund 40 Pf.
Kalbskeule u. Nierenbraten Pfund 1.10, geteilt 1.20
Kalbskamm und Schuft 80, ge-teilt 85 Pf.
Kalbsbrust 1.00, -Spitze 1.10
Hammelkeule und -Rücken im Ganzen Pfd. 90 Pf. u. 1.00
Dicke Rippe Pfund 75 Pf.
Dünnung Pfund 55 Pf.
Sterlett Russ. Kaiser-lich Pfund 85 Pf.
Stockfisch gewässert, Pfund 35 Pf.
Kabeljau Pfund 11 Pf.
Schellfisch Pfd. 13, 28 Pf.
Seehecht Pfund 14 Pf.
Dorsch Pfund 12 Pf.
Seelachs Pfund 11 Pf.
Schollen Pfund 18, 22 Pf.
Rotzungen Pfund 20 Pf.
Zander 85, 95, Weiss 63 Pf.
Leb.-Karpfen 53, 75 Pf.
Leb.-Schleie Pflanz-see 87 Pf. 1.20
Leb.-Aale Pfd. 1.05, 1.20
Krebse Mandel 75 Pf., 1.25, 1.75

In der Blumen-Abteilung Leipziger Strasse:

Kokospalmen 50 Pf. 1.25, 1.50
Phönixpalmen 1.60 bis 4.25
Kentien 2.10 bis 4.50

Wilder Wein kräftige Stauden 45 Pf.
in grüngestrichenen Balkonkasten gepflanzt
Länge der Kasten 40 cm 60 cm 80 cm 100 cm 120 cm
2.25 2.75 3.60 4.35 5.25

Kirschlorbeer fr. buschige Pflanzen 1.75 bis 3.50
Efeu in Töpfen Topf 40 Pf.
Pelargonien Topf 45 Pf.

Stoffe

für Anzüge, Paletots, Kostüme etc. leicht einkaufen, heißt Geld sparen! Tuchlager Koch & Seeland G.m.b.H. Gertraudenstr. 20-21

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter

kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von

Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.

Dauergeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenthaler Str. 53. Ede Weisseierstrasse, Landberger Allee 118, am Friedrichshain; Rixdorf: Bergstr. 66, am Ringbahnhof.

„Silesia-Bad“

11242* Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.



Die neue Marke

ADMIRAL

Beste 4-Pfennig-Cigarette



Gute Suppen

bereitet man in kürzester Zeit und ohne weiteren Zusatz als Wasser
mit  **MAGGI'S Suppen** Schutzmarke Kreuzstern
zu 10 Pfg. der Würfel für 2-3 Teller.
Ebenso kräftig schmeckend und gehaltreich wie die besten Fleischbrühsuppen.

„MAGGI's gute, sparsame Küche.“

Heute 7 Uhr abends beginnend: Flugblattverbreitung in den Bezirken Groß-Berlins.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zum Begräbnis Hermann Borgmanns.

Der Zug geht sich am Sonntag, punkt 12 Uhr vom Trauerhause, Lychnener Str. 132, aus in Bewegung, passiert die Danziger, Elbinger, Petersburger Straße, Frankfurter Allee. Die Kuffelung der Kreise wird morgen veröffentlicht. Fahnen dürfen nur verhüllt getragen werden. Zutritt zu der Feierlichkeit auf dem städtischen Friedhof haben außer den Angehörigen nur die Stadtverordneten, Landtags- und Reichstagsabgeordneten, der Parteivorstand, die Kranzdeputationen und die Vertreter der Presse. Für die letzteren werden Eintrittskarten ausgegeben. Schriftliche Besuche um Karten sind zu richten an Eugen Ernst, Lindenstr. 69. Mündliche Besuche sind zu vermeiden.

Die Ordner vor und auf dem Friedhof stellt der 4. Kreis, die gesamten Ordner im Leichenzuge stellt der 6. Kreis. Der geschäftsführende Ausschuss.

Partei-Angelegenheiten.

Ausflügler nach Werder, insbesondere Radfahrer, werden darauf aufmerksam gemacht, daß das am Bahnhof Charlottenhof liegende Lokal „Viktorgarten“, Alte Luisenstr. 88, das seiner Lage wegen vielfach als Radlokal benutzt wird, für organisierte Arbeiter nicht frei ist. Die zur Baumblüte nach Werder fahrenden Radfahrer werden dringend um Beachtung dieses Hinweises gebeten.

Rixdorf. Am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Rixdorfer Theater die Aufführung der Operette „Die geschiedene Frau“ von Leo Fall statt. Willetts sind bei den Funktionären, in beiden Parteipositionen und in den Lokalen von Partisch (früher Hoppe), Hermannstr. 40/50; Meier, Prinz-Handjery-Str. 3, und Krönke, Idealpassage, zu haben. Der Bildungsausschuss.

Voglhagen-Kummelsburg. Heute abend 7 Uhr von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung.

Nieder-Schöneweide. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr, von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß zur diesjährigen Reise in Möriens Blumenparken in den bekannten Geschäften und bei den Bezirksführern zu haben sind.

Adlershof. Heute abend 8 Uhr vom Jugendheim, Bismarckstraße 11, aus: Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Freitag, abends von 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Für den dritten Bezirk befindet sich die Ausgabestelle bei Mantel, Weichstraße Ecke Charlottenstraße. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Öst. Heute Freitag abend von 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Schönwalde Bezirk Pantow. Ueber die Entrechtung der Arbeiter in der Reichsversicherungsordnung referiert am Sonnabend, den 22. April, abends 8 Uhr, bei Schulz Arbeitersekretär Genosse G. Bauer. Wir erlauben die Genossen für guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Die Agitationskommission.

Oranienburg. Am Sonntag, den 23. April, früh 7 1/2 Uhr, findet von den Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung statt.

Wegen des am Sonntagmittag stattfindenden Zeichenbegangnisses des Genossen Borgmann findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins am Mittwoch, den 26. April, abends 8 Uhr, im Lokal Waldhaus, Sandhausen, statt. Genossen, welche am Begräbnis teilnehmen, treffen sich 10,37 auf dem Bahnhof.

Potsdam. Sonntag, morgens 1/2 Uhr, von den Bezirkslokalen aus: Flugblattverbreitung.

Berliner Nachrichten.

Berliner Frühling.

Nach dem Frühling mit Hindernissen der Frühling mit Wolkendampf. Der April hat den Wetterumbungen nicht den Gefallen getan, uns auch noch die Feiertage verhaselt zu lassen und die frostige Prognose der Meteorologen ist unter warmen Sonnenstrahlen verdampft. Zwar kann niemand eine Gewähr dafür übernehmen, wie lange diese gute Laune des witterwunderschiffen aller Monate dauern wird, aber was er uns gebracht hat, kann er uns nicht mehr nehmen, auch wenn er noch einmal rückfällig werden sollte. Wie auf den Druck der Gegendruck, so ist auf die eisigen Tage der ersten Aprilwoche, die die Vegetation gewaltsam zurückhielten, jetzt ein mächtiges Emporschieben gefolgt. Der Berliner Straßenbaum, die Ulme, bemüht sich in Eile, seine Blättchen zu Schattenspendern zu vergrößern, auf dem Pariser Platz rühren sich die Linden, im Tiergarten und in den Gärten um das Abgeordnetenhaus stehen die Ahorne prächtig in gelbe Blüten gehüllt, die in der Sonne förmlich blitzen, kurz überall, wo sonst das Auge ungenügend durch kahle Zweige auf graue Mauern oder den tristen Himmel traf, da wird es jetzt von einem Meer ergründer Knospen aufgehalten. Am auffälligsten wohl sind die Kastanienbäume, deren dicke Knospen weit aufgeklappt sind und das Innere der Sonne frei geben; sie haben's eilig, denn in wenig Wochen sollen die Bäume in Blüte stehen.

Die Zeit der Hyazinthen, Tulpen, Krokus geht vorüber, und aus dem Zimmer und aus dem Raum zwischen den Fensterscheiben wird der Berliner Frühling auf den Balkon verlegt. Da wird gepflanzt und geodert und die Geraniensäule werden wieder in Reih und Glied gestellt, zu dem typischen Bild, das die Berliner Balkons den Sommer über bieten. Auch der Restaurationsgarten feiert seine Auferstehung; kübelweise wird er vor die Tür getragen, den Kästen und den Birten ein Wohlgefallen. Aus den Eisbahnen sind über Nacht Tennisplätze geworden und in den Laubenkolonien daneben wird von jung und alt im Schweiß des Angesichts praktische Botanik getrieben. Dabei wird, nach Heinrich Heines System, das Pflanzenreich sorgfältig eingeteilt in solche Kräuter, die man essen und in solche, die man nicht essen kann. Die eine Abteilung wird durch Stachelbeer- und Jo-

hannisbeersträucher, durch Spargelbeete, Erdbeeren, die ehrliche Kartoffel und ähnliche ehrbare Nahrungspflanzen vertreten. Die andere macht sich kenntlich durch Schwertlilien, Nelken und viele andere Gewächse, die der Laubenkolonist braucht, weil er nicht bloß einen Magen, sondern auch genussfähige Augen besitzt. Je nach der Ausdehnung, die die eine oder die andere Abteilung der Pflanzenwelt in einer Laubenparzelle besitzt, kann man mit Sicherheit auf die Veranlagung ihrer Bewohner schließen. Sage mir, was du pflanzt und ich sage dir, was du bist. Mögen sie aber alle ernten und genießen, was sie sich gepflanzt und gesät haben im Berliner Frühling!

Das Sechstags-Rennen.

Es ist kein „Rennen um den goldenen Pokal“ oder „um den großen Preis von Berlin“.

Allmorgendlich und an jedem Tage findet es statt. Wenn frühmorgens jung und alt durch die Straßen Berlins eilt, wenn Hunderte mit der Straßenbahn von einem Stadtteil zum anderen fahren, wenn die Ringbahnen und die Vorortzüge Tausende und aber Tausende von Menschen befördern, kann man das Schauspiel sehen.

Station Warschauer Brücke! Zug um Zug braust heran. Alles drängt so schnell wie möglich nach außen; und alle bewegen sie sich, meist Frauen und Mädchen, und nicht in Humpel- oder gar in Hosenröcken, auch nicht mit langsamen, der Dame eigenen graziosen Schritten, sondern in Kleidern, die die Arbeiterin verraten und hurtig — ja wenn die Zeit schon vorgeschritten ist rennend — dem Startplatz zu. Der regelmäßige Beobachter hat dafür kein Auge mehr. Scherzweise nennt man es das „Sechstagerennen“.

Aber die Sache ist zu verteuert erst, um darüber zu lachen. Was würde wohl Goethe, was wohl Schiller sagen, wenn er das sähe. Wie heißt es doch: „Lieblich dem Herzen, dem Aug' lieblich erscheine sie stets!“ Wie „lieblich“ auch, wenn das Mädchen, die Frau, mit hochrotem Gesicht, nach Atem ringend, daher gerennt kommt. Für sie kostet jaerspät kommen auch einen Groschen; in den meisten Fällen ist das ein halber Stundenlohn. Ja der Kapitalismus vernichtet alles, sogar die „Würde der Frauen“.

Wie benannte doch die „Morgenpost“ die Frauen und Mädchen, mit denen wir hier zu tun haben? „Hühner?“ „Ach nein, Auerhühner!“ So weit haben also die Frauen ihre „Würde“ vergeben, daß man sie als Hühner — pardon „Auerhühner“ bezeichnen durfte. Diese Bezeichnung hat natürlich weiter niemand als der betreffende Berichterstatter selbst erfunden. Zum Dank dafür mühten natürlich die so Vertitelten der betreffenden Zeitung einen Fußtritt versehen, daß sie das Wiederkommen für immer vergißt.

Tag für Tag kann man die Jagd nach der Arbeitsstätte beobachten, immer das gleiche Rennen: Ein wirkliches Sechstags-Rennen!

Aus der Heimstättenverwaltung.

Die am jüngsten Mittwoch stattgehabte Sitzung des Kuratoriums der städtischen Heimstätten beschäftigte sich mit einem Antrage des Genossen Dr. Wehl, Heimstätten für schwache, kranke, lichte und lungenkranke Kinder mit tunklister Beschleunigung zu errichten. Bekanntlich ist seit einem Vierteljahr in unseren städtischen Heimstätten einen Versuch gemacht, solche Kinder unterzubringen: in Heinersdorf standen 72 Betten für Anaben, in Blankenburg 53 Betten für Mädchen, in Malchow 30 Betten für mit offener Tuberkulose behaftete schulpflichtige Mädchen zur Verfügung. Dieser Versuch ist im allgemeinen gut gelungen. Es sind etwas über 200 Kinder der verschiedensten Krankheitsarten untergebracht, und die Behandlung ist, soweit in der knappen Zeit ein Urteil der Verwaltung und der leitenden Ärzte überhaupt möglich, den Kindern so gut bekommen, wie es nach Lage der Dinge nur denkbar war.

Die Folgen sind nun die, daß unsere Heimstätten, die ja ursprünglich nur für Erwachsene bestimmt waren, schon im Monat März überfüllt waren. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Vormeldungen z. B. in Blankenburg 97 mit 5 Wochen Wartezeit, in Malchow 30 mit 3 Wochen Wartezeit.

Im Laufe des Sommers, wo naturgemäß der Andrang größer sein wird, dürfte die Zahl der Vormeldungen so erheblich steigen, daß die Verwaltung wieder in große Schwierigkeiten kommt. Aus dem jüngsten Bericht der Schulärzte ist bekannt geworden, daß im letztvergangenen Jahre 8,86 Proz. der Schulkinder für schulpflichtig erklärt worden sind. Die Stadt hat alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß insbesondere die Kinder aus den massenhaften von der Tuberkulose heimgesuchten Familien gefördert werden, daß ihre Widerstandsfähigkeit gegen die Krankheit gefördert wird, damit wir recht leistungsfähige Männer und Frauen heranziehen. — Der obige Antrag wurde zum Beschluß erhoben, die Anstalt soll 200 Plätze fassen und im Waldchen bei Döbber in unmittelbarer Nähe von Groß-Pläntersfelde-Öst errichtet werden.

In derselben Sitzung wurde auch die Beschwerde eines Kranken aus der Heimstätte Buch besprochen, über die der „Vorwärts“ am Mittwoch Mitteilung gemacht hatte. Dem Patienten war zur Teilnahme an einer Krankenassenswahl der Urlaub verweigert worden, trotzdem laut Hausordnung ein Urlaub zur Teilnahme an öffentlichen Wahlen bewilligt wird, sofern der Zustand des Kranken keine Verschlimmerung von der Fahrt nach Berlin befürchten läßt. Nach Ansicht des Chezarztes sollten Krankenassenswahlen keine öffentlichen Wahlen sein. Das Kuratorium war jedoch verständigerweise anderer Auffassung. Auf Antrag des Genossen Dr. Wehl wurde beschlossen, daß Krankenassenswahlen den Wahlen zu öffentlichen Körperschaften, zum Reichstag, Landtag und zur Stadtverordnetenversammlung gleichzustellen sind, zur Teilnahme an Krankenassenswahlen künftig Urlaub gewährt werden muß.

Ermöglichte Eintrittskarten zur Ausstellung der Sezession, 25 Pf. statt 1 M., können von den Gewerkschaftsvorständen im Bureau des Gewerkschaftshauses in Empfang genommen werden. Einzelne Karten werden bei Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Siggarengeschäft von Gorch (Gewerkschaftshaus) ausgegeben.

Unerhörte Verschleppung eines Krankenhauses in Lichtenberg.

Seit 13 Jahren beraten die gemeindlichen Behörden von Lichtenberg über den Bau eines Krankenhauses und noch hat die Stadtverordnetenversammlung sich zu keinem festen Entschluß durchringen können. In diesem dreizehnjährigen Zeitraum hat die Bevölkerung sich von noch nicht 40000 auf 81000 erhöht. Die Krankenhaussnot ist infolge des Anwachsendes der Bevölkerung immer größer geworden. Zwar hat der Magistrat der Stadtverordneten-

versammlung endlich eine Vorlage gemacht, die den schleunigen Bau eines Krankenhauses vorsieht, aber die Stadtverordnetenmehrheit gab diese Vorlage dem Magistrat zurück mit dem Bemerkten, ihr weiteres Material zugänglich zu machen. Dabei hatte der Magistrat getan, was er konnte; er hatte, so gut das überhaupt möglich war, schon in seiner Vorlage alle nur wünschenswerten Aufklärungen gegeben und hatte das auch mündlich in der Versammlung noch besonders getan. Das genügt aber den Leuten von der Mehrheit, die seit Jahren eine systematische Verschleppungstaktik in der Krankenhausbaufrage treiben, nicht, und sie gaben dem Magistrat die Vorlage wieder. Jetzt kommt dieser auf die gemachten Promissas zurück und bemüht sich nochmals, alle Bedenken zu zerstreuen, indem er im wesentlichen alles bisher schon Besagte zusammenfaßt. Natürlich gibt es Leute, die mehr fragen, als zehn vernünftige Menschen beantworten können. Diese wird der Magistrat allerdings nicht befriedigen.

Vezeichnend für die ganze Art, wie in der Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung wichtige Interessen der Gemeinde wahrgenommen werden, ist es aber, daß der Magistrat in seinen Darlegungen sich auf die Regierung berufen muß, die die Stadtverordneten Lichtenbergs nur genehmigt hat in der Voraussetzung, daß die Gemeinde baldigst für den Bau eines Krankenhauses Sorge trage. Das war im Mai 1906. Inzwischen hat die Regierung die Stadt Lichtenberg wiederholt gemahnt, den Krankenhausbau endlich anzuführen, und dadurch selbst die dringende Notwendigkeit einer solchen öffentlichen Einrichtung anerkannt, aber die Stadtverordnetenversammlung läßt sich in ihrem Schneidtempo nicht irren machen.

Kann die Selbstverwaltung der Gemeinden mehr gefährdet werden, als durch eine solche standalöse Behandlung wichtiger öffentlicher Gemeindefragen? Wird die Aufsichtsbehörde durch eine solche Verschleppungstaktik der Lichtenberger Gemeindebehörden nicht geradezu provoziert zu einem gewaltsamen Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung? Wie lange noch wird die Haus- und Grundbesitzermehrheit im Lichtenberger Stadiparlament ihre Pflichten auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege unerfüllt lassen und mit der Gesundheit weiter Kreise der Lichtenberger Bürgerschaft schindeln treiben?

Vorschriften für Bauabbrüche sollen nach einer vor Monaten durch die Presse gegangenen Mitteilung vom Polizeipräsidenten erlassen werden. Gehört hat man seit der Zeit nichts mehr davon. Jedenfalls aber arbeiten heute die auf Abbruchbauten beschäftigten Arbeiter unter schwierigen Verhältnissen, die mit einem großen Risiko für Leib und Leben der Arbeiter verknüpft sind. Das kann man wieder einmal in der Potsdamer Straße beobachten. Dort wird gegenüber der Eichhornstraße ein altes fünfstöckiges Haus abgebrochen um einem modernen Prachtbau Platz zu machen. In den letzten Tagen war mit dem Abbruch begonnen worden und waren das Dachgeschloß sowie die Deckenlage des oberen Stockwerks und die Verbindungen der obersten Fensteröffnungen bereits abgebrochen, nur die Pfeiler des obersten Stockwerks ragten einsam in die Luft. Auf diesen Pfeilern standen in schwindelnder Höhe gestern früh um 1/2 Uhr die Abbrucharbeiter und schlugen rüftig mit der Wiede, das alte Mauerteil unter sich, Stück für Stück los. An dem ganzen Hause war keine Aflistung vorhanden. Ein einziger Fehltritt auf dem schmalen Gefims, ein einziger Fehlschlag mit der Wiede und unfehlbar faust der Arbeiter in die gähnende Tiefe.

Die Frage der Ueberlassung von Wäldern in der Umgegend von Berlin seitens des Forstbüros an die Großberliner Gemeinden wird in den nächsten Wochen Gegenstand neuer Verhandlungen zwischen diesen Gemeinden und dem Landwirtschaftsminister sein. Es wird darüber berichtet: „Vom Forstbüro ist ein Plan aufgestellt worden, auf dem diejenigen Forstteile, die zur Ueberlassung in Betracht kommen, und ihre Preise verzeichnet sind. Es handelt sich hauptsächlich um den Grunewald, um den südlichen Teil der Tegeler Forst und um das Gebiet der Oberförsterei Grünau-Dahme. Insgesamt besitzt der Forstbüro in einem Umkreise von 25 Kilometer (vom Potsdamer Platz gerechnet) in der Berliner Umgegend einen Forstbesitz von fast 25000 Hektar. Es ist beabsichtigt, von diesem Besitz den Gemeinden etwa 10 bis 12000 Hektar zu überlassen. Ob diese Forstteile den Gemeinden käuflich oder pachtweise überlassen werden sollen, ist noch unbestimmt und dürfte erst im Laufe der Verhandlungen sich entscheiden. Die Gemeinden wollen den Wald zu verhältnismäßig sehr billigen Preisen erwerben. Wenn der Forstbüro alle fiskalischen Bedenken zurückstellt und die Gemeinden ihrerseits dem Forstbüro ebenfalls entgegenkommen, so wird sich ein Mittelweg ziemlich leicht finden lassen. An dem billigen Verkauf der Wälder würde allerdings der Forstbüro die Bedingung knüpfen, daß die Wälder niemals abgeholzt und der Wauspulation überantwortet werden dürfen. Auch die Frage der langjährigen Werpachtung der Wälder an die Gemeinden wird erörtert werden. Es erscheint sehr fraglich, ob Berlin geneigt sein wird, zum Beispiel den Grunewald durch Kauf zu erwerben mit der Bedingung, kein Quadratmeter dieses Waldes später parzellieren zu dürfen, da später sehr leicht der Umstand eintreten kann, daß bei der Entwidlung der weiflichen Vororte Teile des Grunewalds unbedingt für die Bebauung gebraucht werden. Es wird wahrscheinlich eine Einigung auf der Grundlage erfolgen, daß gewisse Forstteile zu erhöhten Preisen verkauft werden ohne einschränkende Bedingungen, andere Forstteile dagegen nur für eine Reihe von Jahren verpachtet werden.“

Unseres Erachtens hat vor allem der Staat die Verpflichtung, für Erfolgsmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen und diese Sorge nicht auf die Kommunen abzuwälzen. Gerade der Staat hat ein großes Interesse an einem möglichst guten Gesundheitszustand der Bevölkerung. Und schließlich sind die Einwohner von Groß-Berlin auch für den Staat gute Steuerzahler.

In der städtischen Säuglingsfürsorge VII, Böttcher Str. 45, findet von Dienstag, den 25. April d. J. ab ein vierwöchiger Kursus über Säuglingspflege und -Ernährung statt, der an jedem Dienstag und Freitag abgehalten wird. Das Nähere ist auf der Säuglingsfürsorgestelle selbst zu erfahren.

Ein tödlicher Betriebsunfall ereignete sich gestern früh in der Drenstein u. Koppelschen Fabrik in Dretow bei Potsdam. Dort sollte ein beladener Güterwagen durch eine kleine Lokomotive auf die Drehscheibe gebracht werden, um gewogen zu werden. Mit dieser Arbeit war neben anderen Arbeitern auch der 31jährige Arbeiter Heese aus Rowawes betraut, der entgegen seiner Instruktion plötzlich zwischen Lokomotive und Güterwagen trat, um dort etwas in Ordnung zu bringen, während der Zug sich in Bewegung befand. Dabei geriet er, so unglücklich zwischen die Räder der Maschine und den schwer beladenen Weiwagen, daß ihm der Brustkasten vollständig zerquetscht wurde und der Tod sofort eintrat. Die Leiche des Verunglückten wurde beschlagnahmt.

Ein schwerer Unfall hat der zehnjährige Schüler Artur Wehlförster aus der Rastanienallee 61 ertitten. Mittwoch abend war ein offener Anhängerwagen der Straßenbahnlinie 8 unterwegs defekt geworden

und mußte deshalb aus dem Betrieb gezogen werden. Der Wagen wurde zunächst auf ein totes Weis am Rosenthaler Tor geschoben, um von dort nach dem Depot übergeführt zu werden. Zur Bewachung wurde der Schaffner bestellt, der den Waggon bedient hatte. In diesem Leertwagen begab sich der zehnjährige Schüler Artur Wehlförster und stieg auf eine Sitzbank. Als der Schaffner den Waggon fortwies, sprang dieser von der ziemlich niedrigen Bank herab, kam aber so unglücklich zu Fall, daß er heftig auf das Straßenpflaster aufschlug und blutüberströmt und besinnungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach dem nahen Lazarus-Krankenhaus übergeführt, wo festgestellt wurde, daß er einen Schädelbruch, Bluterguß in das Gehirn und eine Lähmung des rechten Fußes erlitten hatte. Der Zustand des Knaben ist hoffnungslos.

Misset Gannereien beschäftigen wieder die Kriminalpolizei. Daß man fremden Leuten gegenüber nicht vorzüglich genug sein kann, hat zu ihrem Schanden eine alte Witwe aus der Brandenburgerstraße erfahren, die wegen ihrer Gütmütigkeit in ihrem Viertel bekannt ist. Zu ihr kam eine Frau von 30 bis 40 Jahren mit einem etwa 13 Jahre alten Knaben und erzählte ihr, daß sie Speiseeis vom Wagen verkaufe und augenblicklich auf die Ausbesserung eines Kuchenblechs warten müsse, das sie einem Klempnermeister in der Nachbarschaft übergeben habe. Ihre Bitte, sich die kurze Zeit über bei ihr aufhalten zu dürfen, gewährte die alte Dame gern. Im Laufe der Unterhaltung erzählte sie dann dem Besuch, daß sie früher einmal bestohlen worden sei und seitdem aus Vorsicht alle ihre Wertgegenstände auf der Brust bei sich trage. Noch am Nachmittag desselben Tages kam die angebliche Speiseeisverkäuferin wieder und entriß der alten Dame, als diese die Wohnungstür öffnete, blitzschnell die Uhr mit Kette und eine Brosche im Werte von 150 Mark. Bedor sich noch die Verabrede von ihrem Schreie erholt hatte, verschwand das Weib. Die Gannerein, die erzählt hatte, daß sie aus Rixdorf sei, sieht wohl aus wie eine Händlerin. Sie ist etwa 1,65 Meter groß, unterseht und kräftig, hat dunkles Haar und ein frisches volles auffallend hübsches Gesicht und trug ein kurzes dunkelgraues Jackett, dunklen Rock und Schürze und keine Kopfbedeckung. Sie spricht die Berliner Mundart. — Auf Arbeiterfrauen hat es ein Schwindler abgesehen, der Portieressen verspricht. Er überredet die Frauen, Mitglieder des „Grundbesitzervereins“ zu werden, wodurch sie die Anwartschaft auf eine gute Stelle als Portierfrau erwirken. Viele Frauen lassen auf diesen Kniff hinein und bezahlen gleich das geforderte Eintrittsgeld von zwei Mark. Das Bureau des Vereins sollte sich in der Linde 13 befinden. Diese Stelle wählte der Schwindler ohne Zweifel mit Absicht, weil sich dort der Verein Volkswohl befindet, der von den Frauen leicht mit dem gar nicht bestehenden Grundbesitzerverein verwechselt wird. — Als Steuerkassant tritt ein anderer Schwindler auf. Ein Mann von 30—35 Jahren, der etwa wie ein Bureauangestellter ausieht, sucht einfache Leute auf und erdichtet sich ihnen, die Reklamation gegen ihre zu hohe Steuerveranlagung zu besorgen. Seine Tätigkeit beschränkt sich aber darauf, sich die Kosten bezahlen zu lassen. In einem Falle hatte er auch die Steuerveranlagung an sich behalten, wahrscheinlich um sie zu neuen Schwindeltaten zu benutzen. Sie ist auf den Namen Max Woffertuch ausgestellt.

Wem gehört der Korb? Auf einen verdächtigen Handel wurde gestern ein Mann ertappt, der wegen Diebstahls und Vagabondierens schon wiederholt bestraft ist. In der Herberge zur Heimat in der Kopenstraße bot er einen Korb mit Wäscheleutern für einen billigen Preis zum Kauf an. Ein Kriminalbeamter, dem er aufstach, nahm ihn fest. Der Verhaftete behauptete erst, daß er den Korb mit Inhalt von einem unbekanntem Manne gekauft habe, dann aber gab er zu, ihn in der Frankfurter Allee von der Straße weg gestohlen zu haben. Ein junges Mädchen hatte ihn dort an einer Haltestelle der Straßenbahn stehen lassen, um rasch etwas aus einem Korb zu holen. Diesen Augenblick hatte der Dieb benützt, ihn als gute Beute zu betrachten und damit zu verschwinden. Das bestohlene Mädchen hat sich noch nicht gemeldet.

Feuer im Grunewald.

Im Grunewald ist am Donnerstag, nachmittags um 8 Uhr, an verschiedenen Stellen, u. a. bei Eichkamp, dann am Kreuzungsweg im Jagd 9 Feuer ausgebrochen, das an einigen Stellen solche Ausdehnung angenommen hat, daß die Weiden von Grunewald, Zehlendorf, Halensee u. a. alarmiert werden mußten. In der Nähe von Roseneck und Dahlen, unweit Schmargendorf, stand um 8 Uhr eine Schenke von 20 Morgen Fläche mit 20jährigen Kiefern in Flammen. Die Schmargendorfer und Grunewald-Feuerwehr war mit Arbeitern der Forstverwaltung zur Stelle. Den vereinten Anstrengungen der Mannschaften gelang es, den großen Brand einzudämmen und dann nach und nach mit Unterstützung des Publikums zu löschen. Gleichzeitig kam am Herthausen Eiskamp in einer fünfzehnjährigen Schenke Feuer aus, das auf einen Morgen beschränkt werden konnte. An einer anderen Stelle konnte das Feuer vom Publikum erstickt werden. Die Ursache der Brände ist nicht genau festgestellt. Es wird angenommen, daß unachtsamerweise brennende Zigaretten, glimmende Strohballen fortgeworfen worden sind, so daß erst nachkommende Personen die gefährlichen Stummel auslöschten. Bereits am vergangenen Sonntag wurden mehrere im Entschenden begriffene Brände vom Publikum gelöscht. Die Berliner Feuerwehr war von den Bränden benachrichtigt worden, sie brauchte aber nicht auszurücken.

Seit der Gemeinnützige Verein für Milchhäusler zu Berlin in seinen Milchhäusern in Fabriken, Banken usw. gute reife Milch zu niedrigen Preisen (das Glas 5 Pf., die 1/10 Literflasche = 10 Pf.) verkauft, hat sich zu seiner eigenen Ueberzeugung herausgestellt, daß weit mehr Männer als Frauen oder Kinder zu diesem nahrhaften und gesunden Erfrischungsmittel greifen.

Solche reife Vollmilch fördert gleich der Buttermilch die Verdauung, ist besonders für die Großstadtbewohner wichtiger Vorzug. Im Jahre 1910 verkaufte der Gemeinnützige Verein in seinen Milchhäusern 1/2 Million Glas Vollmilch, rund 61 000 Glas Buttermilch und 16 000 Dosen Käse. Daneben mehr als 10 000 Flaschen (besonders konstruierte praktische Taschflaschen von 1/10 Liter Inhalt) a 10 Pf. Diese 3 Milchhäuser stehen zum Teil an Bahnhöfen Groß-Berlins; drei andere sind im Bau, weitere geplant, darunter eines im Al. Tiergarten, das mit einem Untertunraum für die Straßenbahn verbunden wird.

Ueberraschender noch ist die Entwicklung seiner Verkaufsstellen (Lieferung von Flaschenmilch an Fabriken usw.); hier betrug der Verkauf mehr als 1/2 Millionen Flaschen im Jahr.

Im Mai wird der Verein, der längst seine eigene Molkerei besitzt, seinen Betrieb auf Brandenburg a. S. ausdehnen. Auch stehen verschiedene Kommunen Groß-Berlins im Begriff, ihm städtische Erfrischungshallen zur Verwaltung zu übergeben, wie Charlottenburg das bereits tat.

Die Geschäftsstelle des Vereins (Berlin-Wilmersdorf, Lübbinger Straße 1) verleiht auf Wunsch kostenlos den neuen Jahresbericht.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund. Gau Berlin. Der Beisetzungsfeier des Landtagsabgeordneten Genossen Hermann Borgmann wegen findet die für Sonntag angelegte Uebungsfunde und Ausschussung erst am Mittwoch, den 26. April, abends 9 Uhr, in der Brauerei Friedrichshagen statt.

Lebende Tierbilder von nah und fern. Der Vortrag von dem Direktor des Zoologischen Gartens, Herrn Professor Dr. Heß, mit Moment- und kinematographischen Aufnahmen sowie grammophonischen Vorführungen wird anfänglich der Schulfest am Freitag nachmittags und von Sonnabendabend ab täglich im Wissenschaftlichen Theater der Urania gehalten werden.

Bekannt gegeben ist am zweiten Osterfesttag auf dem Bahnhof Jungfernheide in der Nähe vom Schalter, von einer armen Wäherin ein Portemonnaie mit zirka 12 M. Inhalt. Der ebeldige Finder wird höflich gebeten, dasselbe bei Frau Wwe. Postrow, Weberstr. 19, Hof parterre, abzugeben.

Ein unbemittelter Paketfahrtskassenbote hat am 19. d. Mts. in einem Hochbahnwagen ein Paket Mitgliedskarten eines Vereins liegen lassen. Dieser unangenehme Vorgang ist für den betreffenden Beamten unter Umständen mit Verlust seiner Stellung verbunden, er bittet deshalb den Finder um Abgabe bei der Paketfahrt, Ritterstraße 88/89, Gebäude B, Zimmer 16, um so mehr, als das Paket für einen anderen keinen Wert hat.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf-Halensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Daß Sozialpolitik und Arbeiterfragen der städtischen Verwaltung immer noch ein Buch mit sieben Siegeln sind, zeigte sich am Mittwoch bei der Magistratsvorlage, die Erbauung der dritten höheren Mädchenkule in der Wöhlauer Straße betreffend. Die Schule soll 956 000 M. kosten und bis Ostern 1913 fertig sein. Unser Parteigenosse Riedel gab bei der Erörterung der Angelegenheit dem Magistrat die Anregung, dafür zu sorgen, daß die zu dem Bau herangezogenen Unternehmer nicht nur gute Baumaterialien verwenden, sondern auch den vereinbarten Lohn tarifen entsprechende Löhne zahlen. Diese Aufforderung schien dem Magistrat in fremder Sprache gesprochen zu sein, denn er überhörte sie völlig und gab mit seiner Silbe eine Antwort darauf. So wird denn nichts übrig bleiben, als ihn bei der nächsten besten Gelegenheit um so deutlicher daran zu erinnern, daß auch eine städtische Behörde die zwischen den gewerblichen Organisationen getroffenen Vereinbarungen zu respektieren hat.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit nahm die Stadtverordnetenversammlung eine Magistratsvorlage betreffend das Ordnungsstatut über den Stundenplan der gewerblichen Fortbildungsschule an. Die Wäcker und Konditoren haben danach Dienstags und Donnerstags in den Nachmittagsstunden von 2 bis 8 Uhr Unterricht, während die Barbier Montag von 2 bis 8 Uhr die Schule besuchen müssen. Die übrigen Handwerker haben Dienstags und Freitags von 5 bis 8 Uhr, die ungelerneten Arbeiter Dienstags von 4 bis 8 Uhr Unterricht.

Der Humor kam zu seinem Recht, als über die Magistratsvorlage betreffend einen Nachtrag zum Statut der städtischen Sparkasse beraten wurde. Nach dieser Vorlage sollen zum Mietspreise von 3 M. jährlich Schranke zum Aufbewahren von Sparkassenscheinen und sonstigen Wertgegenständen vermietet werden. Derartige Häuser werden u. a. bei der Zeltower Kreisparke auch von Arbeitern und kleinen Leuten nicht selten benutzt. Als unser Genosse Riedel verlangte, daß entgegen dem Ordnungsstatut, von der Stadt eine Gewähr gegen Einbruchdiebstahl geleistet werde, glaubte der Stadtverordnete Dr. Leidig sich an der Sozialdemokratie reiben zu müssen. Er sprach seine Verwunderung darüber aus, daß gerade einer der Roten auf den Schutz des Eigentums bedacht sei. Von unserer Seite wurde dem national-liberalen Führer entgegen, er müsse sich mit dieser Entscheidung schon in Rücksicht auf die Tatsache abfinden, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nun einmal in ihren Organisationen ansehnliche Kriegsschätze aufhäufen müssen; so würde höchst wahrscheinlich der von der Sozialdemokratie zu den nächsten Wahlen angeammelte Fonds selbst den Reib eines national-liberalen Politikers erregen. Im übrigen trat auch bei dieser Gelegenheit wieder eine bedauerliche Unflüssigkeit des Magistrats zu Tage. Als der demokratische Stadtverordnete Wolf die Frage der Gewährleistung gegen Einbruchdiebstahl angebracht hatte, wußte der Dezerent Stadtrat Müller nichts anderes zu entgegnen, als daß der Regierungspräsident das Ordnungsstatut in der vorliegenden Fassung nun einmal vorgeschrieben habe. Die Angelegenheit wurde schließlich dem Finanzausschuss überwiesen.

Zum Schluß hatte die Versammlung sich mit einer Magistratsvorlage zu befassen, wonach ein mit der Westlichen Wodenaktiengesellschaft abgeschlossener Vertrag in einigen Punkten geändert werden soll. Es handelt sich in dem Vertrage, der von der Versammlung angenommen wurde, um Veränderung an Bau-Anschlüssen für die Straßen in der Nähe des künftigen Rathauses am Fehrbellener Platz sowie um Verpflichtungen und Entschädigungen, die sich aus der vor Jahren bereits beschlossenen Verlegung des Hauptplatzes für das Rathaus ergeben. Von unserer Seite wurde bei der Erörterung der Einzelbestimmungen die Gelegenheit ergriffen, die auch in diesem Falle gegen die Arbeiterkassen gerichtete Wohnungspolitik des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zu rügen. Unser Redner legte an der Hand der letzten Wohnungsstatistik dar, daß das Streben, den Bau kleinerer und mittlerer Wohnungen nach Möglichkeit zu erschweren, nicht nur arbeiterfeindlich ist, sondern bei dem Ueberfluß, der besonders an größeren Wohnungen vorhanden ist, auch den Interessen der Hausbesitzer widerstreitet. Auch in diesem Falle bestand die Entgegnung des Magistratsvertreters einzig in der Bitte, an dem einmal vereinbarten Vertrage doch beileibe nichts zu ändern.

Rixdorf.

Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden der 42jährigen Ehefrau Bertha des Schuhmachers Schmidt gefunden. Frau Sch., die hochgradig nerdenleidend war, hatte sich vor etwa zehn Tagen aus ihrer Wohnung in der Weisestr. 21 entfernt. Sie fuhr zunächst zu ihren Eltern nach Strausberg, die sie beruhigten und sie dazu bewegen, am nächsten Morgen sich wieder nach Hause zu begeben. Frau Schmidt reiste von Strausberg ab, lebte jedoch nicht nach ihrer Wohnung zurück, sondern suchte eine Bekannte in Berlin auf, der gegenüber sie Selbstmordgedanken äußerte. Der Freundin gelang es aber, die Kranke zu beruhigen, die sich dann anscheinend ganz heiter und gefaßt entfernte. Seitdem war sie verschwunden. Vorgestern wurde die Leiche der Vermissten aus einem kleinen See bei Strausberg gelandet, wohin sie sich von Berlin aus begeben hatte.

Schönberg.

Einen früheren kranken Abend veranstaltet der Bildungsausschuss am Sonnabend, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Neuen Rathhäusern, Martin-Luther-Str. 51. Da das Programm ein abwechslungsreiches ist und einen gemächlichen Abend versprochen dürfte, wird die Arbeiterkassen um rechte rege Beteiligung ersucht. Programme a 30 Pf. sind zu haben in der Zeitungsredaktion, Martin-Luther-Str. 51 und in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft. Nach den Vorträgen: Tanz.

Zehlendorf (Wanneseebahn).

Die Förderung des Wochenmarktes hat in Zehlendorf lange auf sich warten lassen. Jahrelang hat der Markt, von den meisten Einwohnern ungenutzt, an verstedter Stelle ein armeliges Dasein geführt. Endlich vor etwas über einem Jahre hatte die Gemeindeverwaltung an leicht zugänglicher Stelle einen Wochenmarkt eingerichtet; doch die Verwaltung beging gleich bei der Einrichtung den Fehler, daß sie den Markt selbst einem privatkapitalistischen Unternehmer verpachtete, anstatt ihn in eigener Regie zu führen. Dieser will natürlich möglichst hohe Gewinne aus der Verpachtung der Stände ziehen. Die Folge ist, daß die Händler, schon um die höhere Pacht herauszuschlagen, genötigt sind, verhältnismäßig höhere Preise für ihre Waren zu nehmen wie anderwärts. Das hämmert unsere Gemeindeverwaltung jedoch nicht. Aber sonderbarerweise greift sie sofort ein, wenn ein Händler Preise für seine Waren nimmt, die unter den ortsüblichen Verkaufspreisen bei den ansässigen Gewerbetreibenden stehen. Schon bald nach Eröffnung wurde einer Wehwarenhändlerin das weitere Bestehen des Marktes unterlag, weil angeblich ein Warenhaus vom Ort Einspruch gegen die von ihr gemachten Preise erhob, da es selbst bei solchen Verkaufspreisen nicht bestehen könnte. Das war der Grund, der der Händlerin für ihre Verweisung vom Markt angegeben war und wie sie ihn am letzten Tage ihres Daseins ihren Kunden mitteilte. Jetzt ist ein ähnlicher Fall vorgekommen. Vor kurzer Zeit wurde einer Händlerin mit Konsulationskarten das fernere Bestehen des Marktes unterlag, weil die zwei oder drei Papierhändler des Ortes gegen ihre billigen Preise Einspruch erhoben hatten. Das

Verweisen vom Markt kann natürlich nur von der Gemeindeverwaltung ausgehen sein. Dem Generalpächter muß es gleichgültig sein, zu welchen Preisen die Händler verkaufen, wenn er sein Standgeld bekommt. Die Wäcker passen aber vorzüglich zu der auch sonst von unserer Gemeindeverwaltung gepflegten Politik, möglichst unbedürftlich um hohe Preisausschläge nicht genügend leistungsfähige örtliche Gewerbetreibende zum Schaden der Gesamtheit bei ihren Aufträgen zu berücksichtigen. Wegen dieser Art, die örtlichen Gewerbetreibenden zu begünstigen, erheben wir ganz entschiedenen Einspruch. Sind denn die somit in der bürgerlichen Gesellschaft geltenden Konkurrenzgesetze für Zehlendorf ausgeschaltet? Solche Einrichtungen müssen so ausgebaut werden, daß sie dem größten Teil der Bevölkerung nützen. Wenn aber in kleinlicher Weise darauf geachtet wird, daß den örtlichen Gewerbetreibenden durch die Preise der Markthändler kein Härchen gekrümmt wird, dann jagt man die Händler und Käufer vom Platz, weil die Käufer es dann vorziehen, die entfernteren Märkte von Steglitz und Rottalbus aufzusuchen, um preiswerter zu kaufen. Eine solche Politik stellt also im Grunde eine Belästigung des Publikums dar.

Storkow.

Sam eigenen Wagen überfahren und getötet. Das Opfer eines bedauerlichen Unglücksfalles ist der 52jährige Kutscher Ludwig Straß aus Reichenswalde bei Storkow geworden. St., der bei dem hiesigen Maurermeister Brömmel seit mehreren Jahren in Stellung war, hatte eine Fuhrer Koll nach der Ortschaft Götzsig zu transportieren. Untertwegs entfielen dem Kutscher die Zügel und als er sich niederbeugte, um die Leine wieder zu ergreifen, stürzte er kopfüber von seinem Sitz herab. Er geriet dabei unter den schweren Wagen, dessen Räder über ihn hinweggingen. Mit zermalmten Beinen und Verunglückte blutüberströmt und besinnungslos von einem vorüberfahrenden Weiser aufgefunden, verfiel er aber bereits, ehe ihm irgend welche Hilfe gebracht werden konnte. Straß hinterließ eine Frau und acht Kinder in sehr dürftigen Verhältnissen. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Potsdam.

Die Politik des Rathauses mit ihrem durchweg konservativen Stadtverordnetenkollegium hat in den letzten Jahren jedes gewerbliche respektive industrielle Unternehmen von Potsdam ferngehalten. Die Folgen machen sich jetzt vor allem bei den kleineren gewerbetreibenden und Kaufleuten bemerkbar. Man will nun durch die Hebung des Fremdenverkehrs erneute Einnahmequellen für die Bürger der Stadt schaffen. Neben dem Flugplatz an der Pirschheide soll ein Naturtheater auf dem Brauhäuserberge eingerichtet werden. Der dazu gegründeten Gesellschaft wird ebenso wie beim Flugplatz von den städtischen Behörden weites Entgegenkommen zugesichert. Neben der Schaffung neuer Einnahmequellen soll aber auch gleichzeitig der „patriotische Sinn“ gefördert werden. In diesem Sommer gelangt zur Ausführung „Der eiserne Helleand“, ein Hohenzollernspiel, dann sollen in den nächsten Jahren folgen Festspiele aus den Befreiungskriegen, weitere Hohenzollernspiele — wenn man bis dahin nicht die Spielerei wieder aufgegeben hat. Die technische Leitung hat der ehemalige königl. Regisseur Agel Deimar in Steglitz.

Der Schatz im Schwielowsee. Lanzhörn und Schafhäuser hat der städtische Zufall in den Ostertagen ein erstrebenswertes Ziel gesteckt — richtig gelegen. Bei einer Osterpartie verlor ein Berliner Fabrikant, der die Havelgewässer mit seinem Boot passierte, bei einem Unfall im Schwielowsee, wo er nebenbei zu einem unfreiwilligen Bad kam, sein Portemonnaie mit 10 000 Mark in Papiergeld. Die alles beschleunigenden Wellen haben ohne Widerrede den Schatz aufgenommen und aller Voraussicht nach werden sie nicht wieder hergeben, was sie besitzen. Dem Verlussträger wird diese Osterpartie in ewiger Erinnerung bleiben. Fischer und Schiffer, die von dem papierernen Vermögen hörten, machten sich bereits daran, das Objekt zu bergen. Da sie aber die Unfallstelle nicht genau kannten, war ihr Bemühen erfolglos. Das emsige Suchen dieser Leute erinnert an einen Vorfall in Potsdam. Ein vermögender Herr, der mit seiner Familie eine bekannte Flussbadanstalt frequentierte, verlor das neue 500 M. kostende Gebiß. Er setzte für die Wiedererlangung seiner künstlichen Kauwerkzeuge eine Belohnung von 100 M. aus. Woberväter und Schwimmmeister wollten die Prämie verdienen. Man tauchte und tauchte und fand — fünf Gebisse, darunter das der Schwiegermutter des zahnlösen Herrn; das teure Gebiß blieb verschollen.

Nowawes.

Sam eigenen Fuhrwerk getötet. In Nowawes ist am Mittwoch der Kohlenhändler Otto Schröder, der Wilhelmstr. 89 wohnte, tödlich verunglückt. Sch. kam mit seinem Gespann aus Wannsee. Plötzlich schante das Pferd. Als Schröder es halten wollte, kam er zu Fall, das Pferd zog an und die Räder gingen dem Unglücklichen über den Leib. Mit schweren Verletzungen brachte man ihn nach seiner Wohnung, wo er bald darauf starb.

Aus aller Welt.

Päpstlicher Terrorismus.

Das Rom wird uns geschrieben: Der Vatikan sucht durch einen geradezu eisernen Unternehmerterrorismus alle von ihm wirtschaftlich abhängigen Personen zum Buhheit der römischen Welt auszustellen, die er als Jubiläumsausstellung hohlt, zu zwingen. Den Handwerkern und Unternehmern, die für den Vatikan Arbeiten ausführen, ist es auf das strengste verboten worden, Arbeiten für die Ausstellung zu übernehmen. Weiter ist ihnen aber auch sogar verboten worden, auf der Ausstellung auszustellen zu können, werden, wie der „Avanti“ berichtet, die Eingänge der Ausstellung von Vertrauensleuten des Vatikan überwacht. Diese sollen genaue Listen führen und jeder, der bei der Uebertretung des Buhheits ertappt wird, hat die längste Zeit Arbeit beim Vatikan gehabt. Früher suchte der hl. Stuhl die Leute durch die Angst um ihre Seelenheil irre zu machen. Heute versucht er's wirksam durch die Angst um den Geldbeutel.

Eine russische Polizeischufterei.

Seit Monaten ist die englische Polizei vergeblich auf der Suche nach dem Hauptbeteiligten der Goundobitcher Verbrecherbande, dem mysteriösen „Peter, den Maler“. Ganze Legenden haben sich in der bürgerlichen Presse um die Persönlichkeit des eifrig Gesuchten gebildet, der es verstand, spurlos von der Wülfische zu verschwinden. Die von uns angedeutete Vermutung, daß Peter der Maler nach der ganzen Art seines Wirkens in näheren Beziehungen zur russischen Polizei stehe, um die in London exilierten russischen Revolutionäre zu diskreditieren und unmöglich zu machen, findet ihre Bestätigung durch eine Mitteilung des berühmten englischen Schauspielers Lawrence Irving an die „Pall Mall Gazette“. Wie Irving dem Blatt schreibt, hat er von einigen russischen Freunden Briefe erhalten, aus denen hervorgeht, daß „Peter der Maler“, der das Wülfisch in Goundobitch auf dem Weissen hat, ein Agent provocateur der russischen Polizei sei. Er wurde nach London geschickt, um durch Gewaltakte die russischen politischen Flüchtlinge zu kompromittieren und so England als Asyl für die russischen Revolutionäre unmöglich zu machen. Wie Irvings Gewährsmann mitteilt, ist „Peter der Maler“ inzwischen nach Rußland zurückgekehrt und in die Dienste der politischen Geheimpolizei eingetreten.

Diese Mitteilung verdient um so eher Glauben, als Rußlands Nachhader stets die verwerflichsten Schuftereien begangen haben —

es sei nur an Tages Tägigkeit erinnert —, um künstlich Jucht vor revolutionären Attentaten zu erwecken.

Rudelmudel.

Eine komplizierte Verwandtschaft ist dieser Tage in einem Dörfchen der Altmark zustande gekommen. In Dühningshof bei Landsberg haben kürzlich ein 53jähriger Bauerngutsbesitzer und dessen 20jähriger Sohn zwei Schwestern geheiratet. Der Junge nahm sich die 24jährige Frau, während der Vater die 19jährige ehelichte. Der Stand der gegenwärtigen Verwandtschaft ist der, daß Vater und Sohn Schwägerleute geworden sind, die 19jährige Schwester die Schwiegermutter ihrer 24jährigen Schwester ist. Die Schwiegertochter des Bauerngutsbesitzers ist seine Schwägerin, seine Frau, die Schwiegermutter, gleichfalls Schwägerin ihrer Schwiegermutter. Die 19jährige Gattin ist die Stiefmutter ihres 20jährigen Schwiegerbruders und Schwagers geworden. Noch viel komplizierter wird aber die Verwandtschaft, wenn aus der Doppelheirat Kinder hervorgehen. Die respektiven Cousins oder Cousinen werden dann gleichzeitig Onkel und Nichte oder Tante und Nichte. Der 53jährige Bauerngutsbesitzer und seine 19jährige Gattin werden dann zu den Kindern ihres Sohnes gleichzeitig Großvater respektive Großmutter, Onkel und Tante. Die Kinder, die aus der Ehe des älteren Gutsbesitzers entspringen, werden zu ihrem Onkel, dem jungen Gutsbesitzer Bruder oder Schwester. Das verwinkelte Verwandtschaftsverhältnis weiter auszuspinnen, müssen wir den Lesern überlassen.

Ein schlagfertiger Pfarrer.

Der Pfarrer Dr. Gregor Schmitt in Eschendorf beschied am Karfreitag den Lehrer Wolf aus einem Filialdörfchen Röhler zu sich ins Pfarrhaus nach Eschendorf und machte ihm Vorkhaltungen, weil er am Karfreitag in der Kirche nicht vor-gebetet habe. Als der Lehrer darauf hinwies, daß der niedere Kirchendienst vom Schuldienst abgelöst sei und damit für ihn die Verpflichtung zum Vorbeten nicht mehr bestehe, wie dies auch schon vom Pfarrer selbst zu Protokoll festgelegt worden sei, nannte Pfarrer

Schmitt den Lehrer wiederholt einen „gemeinen Lügner“. Der Lehrer verbat sich das. Da schlug ihm der Pfarrer mit geballter Faust ins Gesicht, daß die Nase blutete und das Gesicht anschwoll; dann warf er ihn zum Pfarrhause hinaus, wobei der Lehrer noch mehrere Krachwunden im Gesicht und am Oberarm davontrug. Der Lehrer ging sofort zur nächsten Gendarmestation, erstattete Anzeige und stellte Strafanzeige gegen seinen Lokalschulinspektor.

Die Dummen werden nicht alle.

Der Pariser Bankier Lucien Ribier, der durch das schwindel-hafte Versprechen, bei ihm hinterlegte Gelder mit 365 Prozent verzinsen zu wollen, zahlreichen kleinen Sparern mehr oder minder beträchtliche Summen entlockt hat, ist seit Mittwoch aus Paris verschwunden, wie man glaubt, unter Mitnahme von etwa einer Million. Der Fehlbetrag beläuft sich nach den gerichtlichen Feststellungen auf drei Millionen Frank.

Seine Notizen.

Schweres Grubenunglück. In der letzten Nacht verunglückten auf der Grube Neden bei Reunfirchen zwei Bergleute durch herabfallendes Gestein. Einer wurde sofort getötet, der andere ist schwer verletzt.

Ein Todessturz. Im Deutschen Theater zu München hielt seit einigen Tagen abendlich die „phantomale Höllenfahrt mit Todessturz“, ausgeführt von William Diabolo, die Zuschauer in Spannung. Als der Artist am Mittwochabend die waghalsige Fahrt von der Brüstung der Galerie in die Tiefe angetreten hatte, überschlug sich plötzlich das Fahrrad und Diabolo stürzte unter lautem Aufschrei und unter großem Krach auf die Bühne, wo er mit tödlichen Verletzungen regungslos liegen blieb.

Das Ende der Klassenkämpfe hat der Staatsanwalt in Czernowitz (Bukowina) nahegerückt. Er konfiszierete in der Opiernummer der sozialdemokratischen „Volkspresse“ nicht nur Betrachtungen über Christus, sondern auch — das kämpfende

Proletariat. Da hat freilich jeder Klassenkampf auf, wenn es kein kämpfendes Proletariat mehr gibt!

Usturz eines französischen Militärs. Ein von dem Leutnant Jougare geleiteter Einbecker stürzte in der Nähe von Reims infolge eines Hindernisses aus 20 Meter Höhe ab. Der Offizier wurde am Oberschenkel schwer verletzt.

Das Sündenbabel Paris. Nach dem jetzt bekannt gewordenen Ergebnis der Volkszählung betrug die Einwohnerzahl von Paris im März d. J. 2 878 988 gegen 2 722 784 im März 1906.

Verheerende Feuerbrunst. Der in der Nähe von Wien gelegene Marktflecken Langenlois ist am Mittwoch von einem Brand heimgesucht worden, der 17 Wohnhäuser und eine große Anzahl Nebengebäude vernichtete. Zwei Frauen sind in den Flammen umgekommen.

Eine indische Stadt durch Jollen zerstört. Nach einem Telegramm aus Kalkutta ist die indische Stadt Santihar, an der ostbengalischen Eisenbahn gelegen, am Mittwoch von einem furchtbaren Sturm heimgesucht worden. 60 Häuser sind vollständig zerstört. Ein Eisenbahnzug wurde vom Sturm die Böschung hinabgeworfen. Viele Personen wurden dabei verletzt, eine Anzahl getötet.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist schon das 29. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien wir hervor: Der Bund der Kommunisten. Von A. Breding. — Die Parteiregierung in England. Von John D. Wilson. — Die Wirtschaftssysteme und die Leistung. Von F. Boshoff. — Die revolutionäre Bewegung und die politischen Parteien im heutigen China. Von Michel Camblowitsch. (Schluß). — Erweiterung an Banderabde. Von Louis de Braudene. — Die Entlassung des Armenwesens durch die Arbeitervereinerung. Von Max Schneider-Rüdenberg. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Der Tropenpflanzer. Nr. 4. Organ des Kolonialwirtschaftl. Komitees Herausgeber: D. Burburg, H. Wollmann. Erscheint monatlich. Jährlich 12 M. Selbstverlag, Berlin. Unter den Linden 43.

Die Lat. Eine Monatschrift. Herausgegeben von E. Horneser und A. Hoffmann. 1. Heft Leipzig, Verlag Die Lat. Vierteljährlich 2 M.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 21. April

Königl. Opernhaus. Carmen.
Königl. Schauspielhaus. Fleißmann als Erzieher.
Deutsches. Faust. 2. Teil. (Anfang 5 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Kammerspiele. Frühling Erwehen.
Neues königl. Opernhaus. Weinebbauer.
Neues Schauspielhaus. Wien-sinnen.

Abends 8 Uhr.
Reinhold. Glaube und Heimat.
Komische Oper. Figaros Hochzeit.
Kleines. Der Lehndorfer.
Berliner. Bummelstudenten.
Westen. Die lustigen Rabelungen.
Neues. Wein erlauchter Anberr.
Lustspielhaus. Der Registrator auf Reisen.

Trianon. Theobore u. Cie.
Reinhold. Bernhards Ehekontrakt.
Thalia. Komische Weltspott.
Schiller O. (Bühnen- u. Theater.)
Liedel. Literatur.
Schiller Charlottenburg. Der Traum ein Leben.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Kaserneklust.

Volksoper. Der Freischütz (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Aus erster Ehe.
Woburnes. Der Heilbrunnengel. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Wols. Mutterlegen.
Herrnsfeld. Scheidungs-Souper. Die Bar-Schwester.
Neues Operetten. Der letzte Galte.
Golles Caprice. Soll und Haben. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra — Wir leben noch!

Kasino. Zwei Bappen.
Volgt. Der Bildner.
Apoth. Spezialitäten.
Vollage. Spezialitäten.
Roach. Goldene Berge.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Bravo! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Lustspiele.
Jatimes. Nachtarbeit. Madame Madeleine.

Urania. Taudenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Märkische Land-schaft und Gartenpoesie.
Nachmittags 4 Uhr: Lebende Tier-bilder von nah und fern.
Sternwarte. Invaldenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama. Beteiligung der Jagdliga. Reise über den Brenner nach Venedig.

Schiller-Theater O. Bühnen-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Liedel. Hieraus: Literatur.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Im Klubessal.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im Klubessal.

Schiller-Theater Charlotten-burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonabend, nachm. 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Liedel. Hieraus: Literatur.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Liedel. Hieraus: Literatur.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: Bummelstudenten.

Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Anberr.
Anfang 8 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taudenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.
Abends 8 Uhr:
8 Uhr: Direktor Franz Goerke: Märkische Landschafts- und Garten-Poesie.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Rabelungen.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die lustigen Witwen.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Registrator auf Reisen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 21. April, 8 Uhr:
Kaserneklust.
Sonabend 3 Uhr: Wilhelm Tell
8 Uhr: Kaserneklust.
Sonntag 3 Uhr: Die Räuber.
8 Uhr: Kaserneklust.

Berliner Volksoper Taudenstraße 7/8. — 1/2 3 Uhr:
Der Freischütz.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Fernands Ehekontrakt.
Schwank in 3 Akten von Georges Feydeau. In deutscher Bearbeitung von Benno Jacobson.
Morgen und folgende Tage: Fernands Ehekontrakt.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Aus erster Ehe.
Schausp. in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt nach einer Erzählung von D. Couris Dabier.
Sonabend 8 Uhr: Aus erster Ehe.
Sonntag 3 Uhr: Der jüngste Leutnant. 8 Uhr: Hapsenstreich.

ROSE-THEATER
Große Anhalterstr. 132.
Anf. 8 Uhr Ende 11 Uhr.
Mutterlegen.
Sonabend und folgende Tage: Robert und Vertram.
Sonntag nachm.: Mutterlegen.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Aufführungsdirektion in 7 Bildern v. A. Freund. Musik v. B. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. A. Schulz. Anfang 8 Uhr. Mäuschen gestattet.

Apollon Theater
Ab 8 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Das gr. komische Programm.
9 1/2 Uhr:
Größter Lachserfolg:
Heinrich Prang
in seiner Buchhülle
Ein Gemütsmensch.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Theobore & Cie.
Sonnt. nachm.: Hypolytes Abenteuer.

Admirals-Palast

am Bahnhof Friedrichstraße

Eis-Arena

geöffnet von 10 Uhr vormittags.

Nachmittags und abends: **Eislauf-Produktionen**

Allabendlich: Das feenhaft aus-gestattete **Eis-Ballett**

Montreal

Die Stadt auf Schlittschuhen

3 Orchester 3 Vormittags: Konzert Görner
3 Nachmittags: Militär-Kapelle.

Abends: **Einödshofer-Konzert.**

Bis 7 Uhr abends halbe Kassenpreise.

„CLOU“

BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 62. Zimmerstr. 90-91

Hente nachmittag:
Gr. Promenaden-Konzert.

Außerdem abends:
Kapelle des König Franz-Regiments. Adolf Becker
bei freiem Eintritt.

Potsdamer Str. 72/72a **Sport-Palast** Potsdamer Str. 72/72a

Auf vielseitigen Wunsch bleibt bis auf weiteres geöffnet als:
Größter Eispalast der Welt.

Allabendlich:
Glänzende sportliche Vorführungen und die Ausstattungs-Feerie
„Eisfest an der Newa.“

Eintritt bis 5 Uhr 50 Pf.
Nach 5 Uhr M. 1.—, reservierter Platz M. 2.—.

Baumblüte in Werder a. H.

in schönster Pracht. — Extrazüge und Extradampfer täglich.

WINTERGARTEN

April-Spielplan!
Der sprechende Hund
„Don“
und weitere
12 Attraktionen 12
U. a.:
Roda Roda.
Rauchen gestattet.
Volgt-Theater
Gehundbrunnen, Badstraße 58.
Freitag, den 21. April 1911:
Goldene Berge.
Vollständ. mit Gesang in drei Akten von G. Büten und E. Jacobsohn.
Musik von R. Diel.

Herrnfeld Theater

Sensations-Erfolg
der drei Nobilitäten
Das Scheidungs-Souper
von Julius Hoff.
Die Bar-Schwester
von Anton und Donat Herrnfeld.
Ein Verlobungsgeschäft
von Anton und Donat Herrnfeld
mit den Autoren in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Folies Caprice.
Heute: Premiere.
Wertheim
wird platzen!
Fosse von Max Ernst.
Bunter Solo-Teil.
III. Klasse.
Eisenbahn-Idylle von Max Ernst

Zirkus Busch.

Heute, Freitag, den 21. April,
abends 7 1/2 Uhr:
Infolge zweier Unfälle kann die Vorstellung **Richard III.** heute nicht stattfinden und wird statt dessen das gr. zirzensische Gala-programm sowie die Pantomime

„Armin“

ausgeführt. Die letzten Vorstellungen
Richard III.
Haden morgen, Sonnabend, den 22., Sonntag, den 23., und Montag, den 24. d. M., statt.
Gewöhnliche Preise.

Casino-Theater

Lothringer Straße 87.
Von Presse und Publikum anerkannt!
Großartiger Lachserfolg!
„Zwei Wappen“
von Hummel und Kadelburg.
Dazu: Tartakoffs Kosaken-Exerzition.
Sonntag 3 1/2 Uhr: „Warjanne“ (ein Weib aus dem Holze).

Karl Haverland-

Anfang Theater. Romanbanten-
präz. 8 Uhr. Straße 77/79.
Das Aprilprogramm über-
trifft alles Dagewesene.
Real! Die schwebende Musik.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Britton als
Mieze
im
Noseurock

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Kollektaler Erfolg:
Verführt und entehrt.
Hed. Stenbild o. d. Großstadt.
Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. — 1 M.
Vorzugsplätze, Opera zu Rab. gültig

Zirkus A. Schumann.

Der Zirkus bleibt nur noch
6 Tage!

Tagesgespräch von Berlin ist
der kleinste Reitkünstler der
Welt Mr. Baghongi.

Mr. Joe Hodgini in seinen
außerordentlichen Leistungen.
Wachen zu Pferde
ger. v. Fr. Dora Schumann
und Herrn Karl Heß.
Neueste Original-Druckerei des
Dir. A. Schumann.
D. gr. Comp. d. Schumngler
große Aufstellungen-Pantomime.
Zwischen dem 3. u. 4. Akt kine-
matographische Vorführungen und
am 3.
Liverpooler Steeplechase 1911.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 23. April 1911:
Auf
allgemeinen Wunsch wiederholt!
Saß und Liebe.
Drama in 3 Akten v. Max Halbe.
Kasseneröffnung. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Lina Loos
mit neuem Repertoir.
Patty Frank Truppe
Weltmeister d. Akrobatt
und das
große April-Variété-Programm.

Königstadt-Kasino.

Golzmarsstr. 73.
Täglich: **Franz Sobanski,**
Viktor Ritter, Lotte in Mans, Geschw.
Waldow, Adolf Holländer als Gast,
der berühmte Improvisator The
Wollfuss usw.
Der unbaufähige Sohn.
Vollständig in 1 Akt von Heißlingen.

Passage-Panoptikum.

Während d. Osterferien
bis inkl. 23. April:
Volkstage.
Jeder
Erwachsene ein Kind frei!
Jedes Kind
erhält ein Geschenk.

Berliner Uk-Trio

Rixdorf-Berlin. Lahnstr. 74. I. I.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Frankfurter Viertel.
(Bezirk 311.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bäcker **Vinzenz Plasar** (Pallhausenstr. 62) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Blas-Richthofes in Wilhelmshagen aus statt.
218/1 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.
Verwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Vinzenz Plasar** nach langem, schwerem Leiden verschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 21. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Blas-Richthofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
40/2 **Die Verwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 18. April verstarb unser Genosse, der Steinbruder **Albert Schöning** Färbenstr. 24.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Richthofes in Reinickendorf-West aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Karl Klaus** am 17. d. Mts. im Alter von 37 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Paradenborfer Richthofes, Friedenstraße, aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Chauffeur **Otto Laube** am 15. d. Mts. an einem Unfall verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemani-Richthofes in Nordend aus statt.
67/11 **Die Bezirksverwaltung.**

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsangehöriger.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser ältestes Mitglied, der Bäcker **Louis Wolf** zuletzt in Arbeit gestanden Löwen-Brauerei, Hohen-Schönhausen, plötzlich verstorben ist.
Möge ihm die Erde leicht sein!
Die Beerdigung erfolgt heute, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Barföhren-Richthofes in Weitzensee, Falkenberg-Chaussee, aus.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband deutscher Textilarbeiter.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schneider **Edwin Fahner** am 16. d. Mts. an Lungenleiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 21. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses am Urban aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
197/4 **Der Vorstand.**

Am Mittwoch früh 10 1/2 Uhr entschlief nach kurzem, schwerem Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwester **Berta Voigt geb. Flebig** im Alter von 68 Jahren. Wer die edle Verstorbene kannte, weiß, welchen unersehlichen Verlust wir erlitten haben.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Robert Voigt.**
Krampeburg, den 20. April 1911.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schmiedewerker Richthofes aus statt.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler **Gustav Fritsche** am 18. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. M., nachmittags 3 1/4 Uhr, auf dem Friedhof in Ahrensfelde statt.
129/5 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.
Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Maler **Wilhelm Goebel** am 18. April nach schwerem Leiden sanft entschliefen ist.
Die trauernde Witwe nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Russen-Richthofes am Fürstenbrunner Weg aus statt.
393/42

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Sektion d. Gips- u. Zementbranche.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Malerputzer **Joseph Gorski** am 17. April im Alter von 45 Jahren an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 21. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian-Richthofes in Reinickendorf-West, Hundsdorfer Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
138/4 **Der Vorstand.**

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege **Eugen Ruf** am 18. April plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 21. April, nachmittags 3 1/4 Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Ahrensfelde statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
23/17 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Tapezierer.
Filiale Berlin.
Nachruf.
Am 17. April verstarb unser langjähriges Mitglied **Max Bruckschen** im vollendeten 50. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Himmels-Richthofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung bitte!
176/9 **Die Ortsverwaltung.**

Verband deutscher Textilarbeiter.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schneider **Edwin Fahner** am 16. d. Mts. an Lungenleiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 21. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses am Urban aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
197/4 **Der Vorstand.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres unvergesslichen lieben Bruders, Schwagers, Onkels und Cousins **Friedrich Licht** der uns so früh entzogen wurde, sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Kameraden Herrn Knüpper für seine frostsicheren Worte, dem Gesangsverein, sowie dem Zentralverband der Zimmerer, Bezirks-Abteilungen 15 und 16, dem Verband der Bauarbeiter, den Genossen des VI. Wahlkreises, Bezirke 499 und 532, sowie dem Staffklub „Dreieinigkeits“ unseren herzlichsten Dank.
136/5 **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Bruders und Sohnes, sage allen Freunden und Bekannten, sowie dem Wahlverein und dem Verband der Schneider herzlichsten Dank.
136/5 **Im Namen der Hinterbliebenen**
Witwe Beronika Wante.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr,
in Louis Kellers Fest-Sälen, Koppentstraße 29:

Volks-Versammlung.
Referent: **Karl Schneidt.**
Rezitationen von Frau Fröhlich-Bühling.
Eintritt 10 Pf. 290/13

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Mitglieder - Versammlungen der Tischler.

Bezirk Südwesten: Montag, den 24. April, gleich nach Feierabend, in Gabels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Bezirk Osten 2: Montag, den 24. April, gleich nach Feierabend, bei Lisin, Memeler Str. 67.
Bezirk Osten 3: Montag, den 24. April, gleich nach Feierabend, in den Prachtjälen des Ostend, Frankfurter Allee 151-152.
Bezirk Nordosten: Montag, den 24. April, gleich nach Feierabend, bei Vocter, Weberstr. 17.

Küchenmöbelbranche.
Montag, den 24. April, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Kombinierte Versammlung
für
Tischler, Maschinenarbeiter u. Maler
in Berlin und den Vororten.

Bergolder.
Montag, den 24. April 1911, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, großer Saal, Engelufer 15:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Conrad über: „Die erste Periode der deutschen Arbeiterbewegung, von 1836-1852“. 2. Unsere Aufgabe. 3. Branchenangelegenheiten.

Haarschmuck-Arbeiter u. -Arbeiterinnen.
Montag, den 24. April, abends pünktlich 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Arbeitslosen-Saal, Engelufer 14:
Branchen-Versammlung
aller in der Zelluloid-Haarschmuck-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Tarifverträge, ihr Einfluß auf die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen. 2. Disziplin. 3. Kollektive. 4. Verbands- und Branchen-Angelegenheiten.

Behrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!
Am Sonntag, den 23. April, veranstaltet die Jugendkommission der Holzarbeiter einen
Ausflug nach Grunewald-Pichelswerder.
Abfahrt 8 Uhr ab Schleißchen Bahnhof. Für Nachzügler: Treffpunkt bis 2 Uhr nachmittags in Pichelswerder, Restaurant zum „Allen Freund“.
Unsere Kollegen werden gebeten, die jungen Kollegen darauf aufmerksam zu machen.
82/7

DICHE DACHERI
auf Lauben, Restaurants etc. erzielt Dachpiz u. Dachpizpappen. weiß - grau - rot - grün leuchtend, garantiert wetterbeständig, streichfertig, sofort trocknend, billiger als Oelfarbe.
Prospekte, Muster gratis. **Farben**
Dachpiz-Gesellschaft, Berlin S. 61, Planufer 38. **Telephon IV. 1936.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hofl. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hofl. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 23. April,
vormittags 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr,
finden die
Wahlen der 36 Delegierten
für den diesjährigen Verbandstag in Mannheim sowie der
zwei Beisitzer für die Ortsverwaltung
in folgenden Lokalen statt:

- Kaczorowskis Festsäle, Ravenstr. 6.
- Wernickes Festsäle, Ackerstr. 123.
- Voigt-Theater, Badstr. 58.
- Hönischs Restaurant, Wichertstr. 3.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Karsowskys Restaurant, Bernauer Straße 83.
- Hoffmanns Festsäle, Dragonerstr. 15.
- Lachnichts Restaurant, Maxstr. 13b.
- Funkes Gesellschaftshaus, Triftstr. 63.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Patenhofer Brauerei, Turmstr., Ecke Stromstr.
- Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5.
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Heitmanns Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Neue Rathaussäle, früher Obst (im Tunnel), Schöneberg, Martin Lutherstr. 51.
- Wiemers Restaurant, Bälowsstr. 58.
- Litfins Festsäle, Memeler Str. 67.
- Bookers Festsäle, Weberstr. 17.
- Elysium, Landsberger Allee 40/41.
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen 56.
- Rixdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.
- do. Zibells Restaurant, Elbestr. 8.
- do. Rückheims Restaurant, Bergstr. 98.
- Tempelhof, Wilhelmshagen, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick und Friedrichshagen, Lehmanns Restaurant, Bahnhofstraße 44 in Köpenick.
- Steglitz, Clements Restaurant, Düppelstr. 7.
- Adlershof, Restels Restaurant, Friedenstr. 14.
- Ober-Schöneweide, Warnockes Restaurant, Wilhelmshagen-Str. 18.
- Weißensee, Peukeris Restaurant, Allee 251.
- Pankow, Rozyckis Restaurant, Kreuzstr. 2-4.
- Spandau, Restaurant Böhle, Havelstr. 20.
- Tegel, Halfes Restaurant, Brunowstr. 23.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege **Otto Handke**, Charitéstr. 3.

Achtung!
Wegen der Beerdigung des Genossen Vorgmann ist die Wahlzeit nicht, wie gestern bekannt gegeben, von 10-1 Uhr, sondern bereits von 8 1/2-11 1/2 Uhr vormittags.

Sonntag, den 23. April, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter und -Arbeiterinnen
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschlebens. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 23. April, vormittags 9 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher, sowie Rundschleifer
in den Musik-Festsälen, Kaiser Wilhelmstr. 16m, großer Saal.
Tagesordnung:
1. Bericht und Diskussion. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Neuwahl der Branchenkommission. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 23. April, vormittags 9 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21:

Branchen-Versammlung
aller in den Eisenkonstruktions-Werkstätten beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftführers Genossen **Eduard Bernstein** über: „Wirtschaftsfragen der Revue“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschlebens.
Im Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.
115/14 **Die Ortsverwaltung.**

Siebzehnter Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Utrecht, 16. April. (Fig. Ver.)

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei tagt am 16., 17. und 18. April zu Utrecht. Am Vorabend hatte die Abteilung Utrecht den üblichen Festabend veranstaltet. In seiner Festrede erinnerte Genosse Abg. P. J. Troelstra an den ersten im Jahre 1896 zu Utrecht abgehaltenen Parteitag. Damals zählte die Partei 30 Abteilungen, wovon 24 durch 44 Delegierte vertreten waren. Sie hatte 1000 Mitglieder, jetzt aber zählt sie über 10000. Der bevorstehende Parteitag habe zu untersuchen, ob die jährliche Demonstration für das allgemeine Wahlrecht, anstatt an einem Sonntage, dieses Jahr an einem Wochentage stattfinden könne. Auch hierzulande würden Millionen für den Militarismus weggeworfen, Reformen von irgendwelcher Bedeutung bleiben aus, die soziale Reform habe Fiasco gemacht, und was zustande gekommen sei, werde durch die Teuerung der Lebensmittel völlig aufgehoben. Auf dem Gebiete der Steuern, des Unterrichts und trete die Reaktion stets schärfer zutage. Seit der Gründung der S. D. P. bis 1901 sei dieselbe schnell wachsend bis auf 4000 Mitglieder gestiegen. Von da ab gehe es langsamer vorwärts, Selbstkritik sei nötig. Die Partei sei nunmehr ihrer Organisation und dem Umfang ihrer Waffen entwichen; sie verlange nach neuen Waffen, neuen Arbeitsmethoden, die der neuen Periode entsprächen. Von Bedeutung seien die dem Parteitag vorliegenden Anträge betreffs der inneren Propaganda und der Ausbildung der Genossen und der Jugend. Bedner ist der Ansicht, daß das allgemeine Wahlrecht 1916 erobert sein werde. Jetzt bereits reiche der Einfluß der S. D. P. weit über ihre Mitgliederzahl und diejenige ihrer Wähler hinaus.

Sonntagvormittagsitzung.

Der Parteivorstand Genosse Bliegen eröffnet den Parteitag mit einer Rede, in welcher er konstatiert, daß die Partei mehr als zehn Jahre nötig gehabt habe, um das zweite Jahrtausend ihrer jetzigen Mitgliederzahl von 10000 zu erreichen. Die Wahlen für die Provinzialstaaten hätten wiederum Gewinne an Eigen gebracht. Man lebe im Wahlrechtsjahr und die letzte Wahlrechtsdemonstration habe bewiesen, daß das Proletariat der Parole der S. D. P. folge. Nach der Demonstration habe die Petitionsbewegung für das Wahlrecht eingeführt, worüber der Parteitag noch näher verhandeln müsse. Es gäbe nämlich verschiedene Abteilungen, welche die Aktion für dieses zu laun führten. Das Wahlrecht müsse in den Mittelpunkt der Politik gerückt werden. Die regierende Klasse Sorge dafür, daß die Propaganda nicht stille liege und zwar mit ihren Geheizen für indirekte Steuern und über die Rüstungsverteidigung, dem Milizgesetze und dem Zollgesetze. Bei der Abänderung der Erbschaftsteuer war die Gelegenheit da, die Finanzen zu verhärtet, aber niemand außer der sozialdemokratischen Kammerfraktion war hierzu bereit. Demgegenüber stehe jetzt die geplante Einführung von Einfuhrzöllen; es zeige sich, daß die jetzige Regierung die allerreaktionärste sei.

Die christlichen Arbeiterorganisationen lägen daneben, besonders das protestantische „Patrimonium“; die katholischen zeigen noch etwas Leben, kämpften sie doch, wie die sozialdemokratischen, für den Zehnstundentag. Die Stoßkraft aber komme jedoch von den letzteren.

Zum Schluß schildert Bliegen den Fortschritt der internationalen Arbeiterbewegung, gedenkt der dahingeshiedenen Kämpfer für das Proletariat, auch des verstorbenen Genossen Paul Singer, der von der Regierung Japans ermordeten Freunde und spricht die Hoffnung aus, daß in Rußland das revolutionäre Feuer wieder aufflamme, daß es gelinge, dort die Reaktion zu vertreiben und daß eine neue Zeit für die Befreiung des russischen Proletariats anbrechen möge. Nachdem Bedner für Holland noch das gute Einvernehmen mit der Gewerkschaftszentrale der modernen organisierten Arbeiter, dem Verband, erwähnt und dem dringenden Wunsch Ausdruck verliehen hat, daß der Parteitag ein Parteitag des Arbeitens sei, will er die Kritik der Kammerfraktion und des Parteivorstandes sowie den Jahresbericht in nur ganz kurzer Zeit vom Parteitag abgehandelt sehen, wogegen niemand etwas einzuwenden hat.

Hiermit wird zur Behandlung der Tagesordnung geschritten. Sie enthält 27 Punkte, wozu 108 Anträge vorliegen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden der Jahresbericht des Parteisekretärs, die Kritik des Parteivorstandes und die der Kammerfraktion in Behandlung genommen.

Aus dem Jahresbericht des Parteisekretärs J. G. van Ruythof erhellt, daß die Partei am 31. Dezember 1909 205 Abteilungen mit 9504 Mitgliedern, am 31. Dezember 1910 220 Abteilungen mit 10090 Mitgliedern zählte. Betreffs der Tätigkeit der Partei im verflossenen Jahre erwähnt der Bericht die Organisation einer Petition an die Regierung und die Kammer für das allgemeine Wahlrecht; die weitere Agitation für den Zehnstundentag; die Teilnahme an den Provinzialstaaten; einen Beschluß des Parteivorstandes betr. der Jugendorganisation „De Jaaijer“, worin die Parteiateilungen der Auftrag erteilt wurde, keine Verbindung mit dem „De Jaaijer“ zu unterhalten, wo aber andere Jugendorganisationen beständen, einen Abteilungsdelegierten in diese zu entsenden. „De Jaaijer“ hat nämlich in seinem Hauptvorstande auch Mitglieder der S. D. P. — Ferner wird im Berichte ein Beschluß des Parteivorstandes erwähnt, der die Zulassung der S. D. P. bei der bevorstehenden Feier des 1. Mai nur dann gestattet, wenn diese sich von Angriffen auf andere teilnehmende Organisationen enthalte, wie dies letztes Jahr geschehen sei. Der finanzielle Bericht ergibt an Einnahmen und Ausgaben ein Total von 20579,21 1/2 Gulden und ein Saldo von 391,78 1/2 Gulden.

Bei der Debatte über den Jahresbericht wurde neben der Besprechung innerer Angelegenheiten nur von dem Delegierten von Amsterdam VI ein Fortschritt in seiner Abteilung von 80 Prozent Arbeiternmitgliedern seit Dezember konstatiert, gegenüber einem Verluste von 5 Prozent an Intellektuellen. Demgegenüber verweise der Delegierte von Amsterdam IX auf das geringe Wachstum der Partei, im Gegensatz zu der Mitgliederzahl der Gewerkschaftsbewegung. Stark zeige sich dies zu Amsterdam, wo die dem Vorstande angehängten Gewerkschaften von 15 080 auf 18 000 Mitglieder, also um 27 Prozent gestiegen seien, während die neun Amsterdamer Parteiateilungen zusammen nur eine Zunahme von 27 Mitgliedern aufzuweisen hätten. Der Delegierte von Dordrecht warnt davor, daß die beiden Richtungen in der Partei einander die Schuld für diesen Stillstand zuschieben. Früher habe man diese dem kritischen Auftreten der Marxisten zugeschrieben; im letzten Jahre könne man dies doch gewiß nicht mehr tun.

Die Kammerfraktion erteilte während der Vormittagsitzung von mehreren Delegierten zustimmende Belobung für ihr Auftreten während des letzten Jahres. Andere kritisierten in mehr oder weniger scharfen Worten insbesondere die Auslassungen des Abgeordneten Eugen Holz in der zweiten Kammer anlässlich des Besuchs des Königs und der Königin von Belgien bei der holländischen Königin, wobei er die ersteren als Vertreter des belgischen Volkes hingestellt habe, statt sie als Vertreter der belgischen Kapitalistenklasse zu kennzeichnen; und ferner die Fügung desselben Abgeordneten bei Behandlung des sog. Stillschließengesetzes, wobei er Prüfung der verschiedenen Artikel zugefagt habe, statt sich prinzipiell gegen dasselbe zu erklären und die mit diesem Gesetze gezeigte Deutlichkeit der gegenwärtigen „christlichen“ Mehrheit und ihrer Regierung aufzudecken.

Die schärfsten Angriffe auf die Kammerfraktion erfolgten von mehreren Seiten wegen ihres Verhältnisses dem Minister Regout gegenüber, als dieser die Vermehrung von Kriminalbeamten zur Konstatierung von „Ausbreitungen“ bei Arbeitskonflikten zugefagt.

Versammlungen.

Stellung zur Maiseier

Nach am Mittwoch die Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte Glode in ehrenden Worten des verstorbenen Genossen Vorkmann. — Zur Tagesordnung selbst gab Glode einen Heberblick über die Geschichte der Maiseier und würdigte ihre Bedeutung. Im Hinblick auf die Beschlüsse der Berliner Arbeiterschaft über die Bildung des Maiseifonds sagte der Redner, viel wichtiger als die Sammlung eines Unterstufungsfonds für die Ausgesperrten sei die Propagierung der Maiseidemonstration. Die Berliner Holzarbeiter würden keinen anderen Beschluß fassen können als den, daß der 1. Mai wie bisher durch Arbeitsruhe gefeiert werde. Doch nicht in Hurraform solle ein solcher Beschluß gefaßt werden, sondern in der ruhigen Erwägung, daß die Maiseier eine ideale Einrichtung sei, die instande sei, die Solidarität der Arbeiter zu stärken und sie den Zielen, für die sie demonstrieren, näher zu bringen. Wo gefeiert werde, müsse es einmütig geschehen. Dann könnten die Unternehmer den Kollegen nichts anhaben. Es habe keinen Sinn, wenn nur einzelne Arbeiter eines Betriebes feiern. Namens der Ortsverwaltung empfahl der Redner folgende Resolution:

Die Versammlung erklärt, daß nur durch strikte Arbeitsruhe der 1. Mai würdig gefeiert werden kann. Deshalb macht es die Versammlung den Vertrauensmännern zur Pflicht, trotz der Aussperrungsbeschlüsse der Unternehmer, auch in diesem Jahre wieder dahin zu wirken, daß die Kollegen am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen.

Gehrman, der einzige Diskussionsredner, sagte unter anderem, die Berliner Parteileitung und die Gewerkschaftskommission hätten zwar über die Sammlung von Maiseifonds beschlossen, aber damit sei der Beschluß des Leipziger Parteitag nicht erfüllt. Dieser Beschluß verlange, daß die Bezirkskommissionen die Maiseier vorbereiten, also Propaganda für eine würdige Maiseier zu machen haben. In dieser Hinsicht sei für Berlin nichts geschehen. Auf diese verkehrte Stellungnahme der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen müsse die Antwort der Holzarbeiter sein: Wir halten fest an der Maiseier durch vollständige Arbeitsruhe. Denen, die nicht feiern, aber Marken laufen, sollte man sagen: Ihr sammelt nicht zum Maiseifonds, sondern zum Maimord, denn die Berliner Maiseifondsbeschlüsse würden ein Absterben der Maiseier zur Folge haben.

Die vom Referenten empfohlene Resolution wurde mit allen gegen 14 Stimmen angenommen.

Verband der Sattler und Portefeulier.

Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Mittwoch ihre Generalversammlung ab. Mit der Entwidlung des Verbandes kann man auch in diesem Jahre zufrieden sein, wie Schulze in seinem Bericht vom letzten Vierteljahr konstatierte. Zum ersten Male ist es auch gelungen, mit der Innung Vereinbarungen zu treffen. Die Innung hat der Festsetzung von bestimmten Mindestlöhnen zugestimmt. Eine Arbeitszeit in den Innungsbetrieben von 54 Stunden sowie ein Mindestlohn von 50 Pf. pro Stunde, ausgenommen die ganz jungen Gesellen, die 42 Pf. erhalten, ist ebenfalls gutgeheißen worden. Ebenso hat die Frage der Ueberstunden und Sonntagsarbeit eine annehmbare Regelung erfahren. Auch in den Exportgebieten sind vorteilhafte Abmachungen getroffen worden. Das selbe günstige Resultat ist in sämtlichen Branchen zu verzeichnen. Erfreulich ist die Feststellung der Tatsache, daß die Urlaubsgewährung immer weitere Fortschritte macht. Auch in der Reiseartikelfrage ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der Ausgang der Bewegung ein zufriedenstellender sein wird. Den Kassenbericht erstattete Wehber. Die Abrechnung ergibt folgendes Bild: a) Ortsverwaltung: Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 18 173,55 M. Herbeizubringen wären Unterstützung, die für Arbeitslose 9168,50 M., für Kranke 3458 M., für Minderlinge 1312,50 M. usw. betragen, insgesamt 21 148,40 M. b) Lokalkasse: Einnahmen nebst Bestand 56 447,57 M., Ausgaben 6634 M., bleibt Bestand am 31. März 1911 49 813,57 M. c) Berliner Ortsverwaltung: Einnahmen nebst Bestand 2761,63 M., Ausgaben 2426,70 M., Bestand am 31. März 1911 334,93 M. d) Lehrlings- und Jugendabteilung: Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 169,50 M. Mitgliederbewegung: Bestand am 1. Januar 1911 133. Davon sind Lehrlinge 116, Hilfsarbeiter 17. Mitgliederbestand am 31. März 1911 147. Davon sind Lehrlinge 132, Hilfsarbeiter 15. Mitgliederbewegung der Erwachsenen: am 1. Januar 1911 3215, darunter 178 weibliche Mitglieder. Bestand am 31. März 1911 3285, darunter 195 weibliche Mitglieder. Ueber die Vermehrung des Arbeitsnachweises berichtete Hauptmann. Eingeschriebene Arbeitslose 728, davon 17 nicht organisiert; Januar 248, Februar 232, März 248. Verlangte Arbeitskräfte 314; Januar 49, Februar 54, März 211. Besetzte Stellen 242; Januar 38, Februar 42, März 162. — Ein Antrag des Vorstandes, daß am Sonnabendnachmittag keine Unterstufung ausgefaßt werden soll, wurde angenommen. Desgleichen der Antrag, daß Mitglied Robert Wehber dem Hauptvorstande zum Ausschluß zu empfehlen und zwar wegen Streikbruchs in einer Tapezierwerkstatt.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur Maiseier sprach Schulze. Er gab einen Heberblick von den Abmachungen zwischen Partei und Gewerkschaft und betonte zum Schluß, daß es für die Kollegen gar nichts anderes geben könne, als die möglichst vollständige Teilnahme an der Maiseier. Diese sei im Verband der Sattler schon seit langen Jahren sozusagen verbrieftes Recht und wo nicht ganz außergewöhnliche Umstände die Arbeit an dem Tage bedingten, müsse eben gefeiert werden. Eine Debatte fand nicht statt. Als Vertreter zum Gewerkschafts-kongreß in Dresden wurde Schulze einstimmig gewählt.

Marktpreise von Berlin am 19. April 1911, nach Ermittelung des Königlich-holländischen Marktallianzpreises (Reinhandel). 100 Kilogramm Weizen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Rindfleisch 2,00—2,40. Schweinefleisch 1,20 bis 1,70. Schmalz 1,20—1,90. Rindfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 3,00—4,40. 1 Kilogramm Karssen 1,10—2,40. Vögel 1,00—3,00. Fische 1,40—4,00. Fische 1,30 bis 2,80. Gurke 0,80—2,00. Schale 1,40—3,40. Weiz 0,80—1,60. 60 Stück Strauß 2,60—28,00.

Witterungsüberblick vom 20. April 1911.

Table with 8 columns: Station, Barometer, Wind, etc. Data for various stations including Berlin, Hamburg, and others.

Wetterprognose für Freitag, den 21. April 1911.

Etwas kühler, bei mäßigen südwestlichen Winden und vorübergehender Zunahme der Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Einladung zum Frei-Konzert!

Hierdurch erbitten wir von Ihnen die Erlaubnis, in Ihrer Wohnung ein Konzert veranstalten zu dürfen, wie Sie es wahrscheinlich noch nicht gehört haben.

Die Veranstaltung erfolgt völlig kostenlos für Sie und hat den Zweck, Sie zu einem Abonnement auf diese Konzerte zu veranlassen, falls das Probekonzert, das Sie während der Dauer von 5 Tagen völlig unentgeltlich haben sollen, Ihnen und Ihren Angehörigen Freude bereitet hat. Unser Angebot wird Sie gewiß interessieren, und deshalb bitten wir Sie, uns einige Minuten Geduld zu schenken:

Wir wollen Ihnen — zunächst kostenlos auf 5 Tage — einen Spezial-Luxus-Sprechapparat mit echter Pathé-Schalldose und 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten, 29 cm großen Künstler-Pathé-Platten zuwenden. Diesen Apparat und diese Platten können Sie während der Dauer von 5 Tagen spielen lassen und probieren, so oft und so viel Sie wollen.

Wir sind sicher, daß Sie von den Leistungen des Apparates, dessen hervorragende Ausstattung jeden Wohnraum ziert, entzückt sein werden, da die Pathé-Schalldose, die Seele des Apparates, das Vollendteste ist, was auf diesem Gebiete existiert.

Unübertroffen aber sind die von uns gelieferten Künstler-Pathé-Platten, die nicht nur um ein Drittel größer als die allgemein bekannten Nadelplatten, sondern auch im Gegensatz zu diesen nahezu unerschütterlich sind und ferner ohne Nadelwechsel, mit einem niemals auszuwechselnden vollwertigen Edelstein gespielt werden.

Was diese Reueung bedeutet, kann nur derjenige beurteilen, der schon einmal einen Sprechapparat besessen hat, der den lästigen Nadelwechsel kennt und der weiß, wie rasch sich jede, auch die teuerste Nadel-

platte, von Anfang an abnutzt, um schließlich gänzlich zerstückt zu werden.

Die Vorzüge unserer Pathé-Platten sind aber nicht nur hinsichtlich des Haltbarkeits, sondern auch hinsichtlich ihres Inhaltes so gewaltig, daß niemand, der diese Platten gehört hat, den Wunsch haben wird, andere Platten zu besitzen. Da gibt es die neuesten

Opern, Operetten, Märsche, Walzer

und andere Länze, Ouvertüren und Polkas, alle nur möglichen Instrumentallage, wie Flügelhorn, Violine, Klarinette, Saxophon etc., erste und lustige Orchesterstücke, Jodels und Duette, humoristische Vorträge und Couplets, und zwar auf allen Gebieten das denkbar Beste.

Denn das große Pathé-Repertoire umfaßt mehr als 25 000 Nummern, lauter Originalaufnahmen, von den größten Künstlern gesungen und gespielt.

Haben Sie sich nun während der Dauer von 5 Tagen von alledem, was mir vorstehend gesagt haben, persönlich überzeugt, so steht es Ihnen frei, unsere Sendung käuflich zu erwerben.

In diesem Falle haben Sie für Apparat und Platten nur einen Betrag von 4.— M., monatlich an uns zu zahlen. Der herrliche, mit einem ganz neuen Zweifelhäufigwert ausgestattete Luxus-Apparat kostet nur 48 M., während wir die erste Pathé-Schalldose mit 10 M. und die Platten zu dem von der Fabrik vorgeschriebenen Verkaufspreise von 3,30 M. pro Doppelplatte (also für 2 Stücke) in Rechnung stellen.

Weitere Platten können Sie in einem ebenfalls nur ganz geringen Monatszahlungen erfordernden Abonnement in beliebigen Mengen nachbezahlen.

Wenn man bedenkt, wie leicht und achlos man 10 Pfennig täglich für gleichgültige oder vergängliche Dinge ausgibt, wird niemand zögern, sich und den Seinen den von uns gebotenen unvergänglichen Genuss zu verschaffen.

Die zahllosen und täglich ohne Aufforderung zukommenden, zum Teil in Worten des höchsten Lobes gehaltenen Zuschriften sind der beste Beweis dafür, daß nicht nur die von uns gefertigten Probekonzerte, sondern auch die Vergünstigungen, welche wir gewähren, in den weitesten Kreisen Anerkennung finden.

Machen Sie also einen Versuch,

der Sie nichts kostet, und werfen Sie den eingebundenen Bestellschein, den Sie nur mit Ihrer Unterschrift zu versehen brauchen, in den nächsten Briefkasten.

Sie erhalten dann schnellstens unsere Sendung, durch die Sie alles das beschaffen finden werden, was wir gesagt haben. Gefällt Ihnen der Apparat aber nicht, so können Sie die ganze Sendung 5 Tage nach Empfang wieder an uns zurückgehen lassen.

Wir sind aber überzeugt, daß auch Sie uns, wie viele Tausende unserer Kunden, dankbar sein werden, daß wir Sie auf unsere Vergünstigungen aufmerksam gemacht und Ihnen Gelegenheit geboten haben, von denselben Gebrauch zu machen.

BIAL & FREUND

Breslau II, Postfach 120/25

Einige Anerkennungen

Besten Dank für den Pathé-Apparat. Derselbe spielt wunderbar und überträgt den betreffenden Klangvollheit alles Dagewesene. Ich bin stolz auf den betreffenden Apparat.

Die mir gelieferte Pathé-Sendung übertrifft bei weitem meine Erwartung und kann ich Ihre Fabrik jedem aus wärmste empfehlen.

Ich habe die beiliegenden Pathé-Platten gespielt und bin mit denselben sehr zufrieden. Erkaut bin ich sowie meine Familie über die Tonqualität.

Bestellschein 120/25 im Kuvert

Hierdurch erlaube ich die Firma Bial & Freund in Breslau II, mir den angebotenen Luxus-Sprechapparat mit Zweifelhäufigwert und echter Pathé-Schalldose, sowie 20 Stücke auf doppelseitig bespielten Pathé-Platten ohne Anzahlung, ohne Anzahlung, ohne jede Anzahlungsberechnung, insbesondere ohne jede Kaufverpflichtung zur Probe zuzuwenden. Ich verpflichte mich, diese Sendung, falls ich sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb 5 Tagen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, franco zurückzugeben, andernfalls behalte ich sie und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechtes monatlich 4 M., vom Ablauf der Probezeit beginnend, bis der Wert des Apparates von 48 M., der der ersten Pathé-Schalldose von 10.— M. und der der 10 Doppelplatten à 3,30 M. beizulegen ist. — Erfüllungsort ist Breslau.

Ort und Datum: Vor-, Name und Beruf:



Wenn einer einen raten soll, mit was er putzt, sagt er...

Blendol

Der beste flüssige Metallputz

Urban & Lemm, Charlottenburg

In Glasfl. zu 10, 15 u. 25 Pf., Blochfl. zu 20, 30 u. 50 Pf. überall erhältlich.

Hunderboote für Angler

Putzfedern

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt Engrospreisen zu Möbelfabrik in der H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35

Anstaltung zu Charleroi 1911. In allen Ländern hat man nun den Verkauf an die bei der Lebensmittelfabrik Beteiligten gehört...

Der Tag der Eröffnung, die für den 29. April vorgezogen ist, ist schon nahe, und das wird ein Ereignis geben...

Ein neuer Malztrank in Würfelform - 1 Würfel 5 Pfg. - leicht löslich in allen Flüssigkeiten...

Möbel liefert auf Teilzahlung bequem bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte

Robert Baumgarten Damen-Konfektion Engros Export Hausvogteiplatz 11 1. Etage (kein Laden) schrägüber Untergrundbahnhof (an der Jerusalem Straße)

Ziehung 10. u. 11. Mai Rote + Lotterie des Vaterland. Frauenver. Charlottenbg. 3667 Gewina I. Werts v. Mark

Los 3 Mk. Porto u. Liste 30 Pfg. extra. Marienburger Lose à 1 Mk. [11 Lose = 10 Mk.]

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte).

Das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Gardinen: Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Ballstraße 13

Vorläufer: Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Ballstraße 13

Tüllbettedecken: Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Ballstraße 13

Teppiche: Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Ballstraße 13

In freien Stunden. Hochschiff für das arbeitende Volk...

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, neue Aussteuerbetten...

Wäschekrone ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00...

Kredithaus Noabit, Lärnstraße 10. Jede Bahrtische, erhalten Sie Möbel...

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheiten...

Teppiche: (sehr haltbar) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes...

Herrengarderobe ohne Geld bei kleiner Anzahlung...

Herrenanzug 6. Ganzleiblich, steinertüchtige Jacketts...

Schneidwarenverwalter verkauft Ländchen, Stargarderstraße 4

Die Grundbesitzer der Wirtschaftlichen. Eine populäre Einführung...

Verantwortlicher Redakteur: Albert Bogd, Berlin. Für den Infanterie-Veranstaltung: Th. Glode, Berlin.

Möbel. Möbel-Verkehrer, Brunnenstraße 7, am Potsdamer Tor...

Möbel. Herrenrad, Damenrad, einmal benutzt 35,-, Holz, Blumenstraße 30b

Musik. Pianinos, einige wenig gebrauchte, sofort sehr billig abzugeben...

Verschiedenes. Patentanwalt Müller, Wilschinerstraße 81

Verschiedenes. Rechtsanwältin, Seyler, Große Frankfurterstraße 67

Verschiedenes. Handwerker, Baumeister, Holzmeyer, Volkerstraße 12

Verschiedenes. Brautleute haben viel Geld durch günstigen Verkauf...

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung...

Möbel. Herrenrad, Damenrad, einmal benutzt 35,-, Holz, Blumenstraße 30b

Musik. Pianinos, einige wenig gebrauchte, sofort sehr billig abzugeben...

Verschiedenes. Patentanwalt Müller, Wilschinerstraße 81

Verschiedenes. Rechtsanwältin, Seyler, Große Frankfurterstraße 67

Verschiedenes. Handwerker, Baumeister, Holzmeyer, Volkerstraße 12

Verschiedenes. Brautleute haben viel Geld durch günstigen Verkauf...

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung...

Möbel. Herrenrad, Damenrad, einmal benutzt 35,-, Holz, Blumenstraße 30b

Musik. Pianinos, einige wenig gebrauchte, sofort sehr billig abzugeben...

Verschiedenes. Patentanwalt Müller, Wilschinerstraße 81

Verschiedenes. Rechtsanwältin, Seyler, Große Frankfurterstraße 67

Verschiedenes. Handwerker, Baumeister, Holzmeyer, Volkerstraße 12

Verschiedenes. Brautleute haben viel Geld durch günstigen Verkauf...

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung...

Möbel. Herrenrad, Damenrad, einmal benutzt 35,-, Holz, Blumenstraße 30b

Musik. Pianinos, einige wenig gebrauchte, sofort sehr billig abzugeben...

Verschiedenes. Patentanwalt Müller, Wilschinerstraße 81

Verschiedenes. Rechtsanwältin, Seyler, Große Frankfurterstraße 67

Verschiedenes. Handwerker, Baumeister, Holzmeyer, Volkerstraße 12

Verschiedenes. Brautleute haben viel Geld durch günstigen Verkauf...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Zubalbe, 38, sucht in Partel, Gewerkschaft, Kranenfabrik...

Stellengesuche. Junger Mann sucht Stellung, auch auswärts...

Stellenangebote. Selbständiger Klempner sofort gesucht...

Stellenangebote. Gerberarbeitenverleiher und Bindere...

Stellenangebote. Sattler auf Kutschwagen und Reparaturen...

Stellenangebote. Sattler (wiederholte Branche), tüchtiger...

Stellenangebote. Dreher, selbständiger tüchtiger Arbeiter...

Stellenangebote. Weiterer Handwerker-Monteur sucht...

Stellenangebote. Eine ältere Frau zur Pflege von vier Kindern...

Stellenangebote. Große Kartonarbeiterin verlangt bei dauernd...

Stellenangebote. Arbeiterinnen zum Fortkochen von Paprika...

Stellenangebote. Gewandte Mieter für Brückenbau...

Stellenangebote. Achtung! Holzarbeiter. Wegen Streit über Lohn...

Stellenangebote. Zolunfabrik Hehr, Freese, Berlin-Niederlehndorfen...

Stellenangebote. Tischlerei Schneider, Mantuffelstraße 59...

Stellenangebote. Pianofabrik Späthe, Potsdamer Str. 29...

Stellenangebote. Sattlerei Konrad, in Hennigsdorf...

Stellenangebote. Sämtliche Betriebe in Hamburg, Ghanan, Liegala, Park...

Stellenangebote. Die Christenvereine Berlin des Deutsch-Holzarbeiterverbandes...

Stellenangebote. Das Berliner Arbeitervereine-Vermittlungsbüro...

Stellenangebote. Die Christenvereine Berlin des Deutsch-Holzarbeiterverbandes...

Stellenangebote. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW.

Stellenangebote. Zimmer. Möbliertes Zimmer mit Schreibtisch...

Stellenangebote. Zimmer. Möbliertes Zimmer mit Schreibtisch, Herrn bei...

Stellenangebote. Zimmer. Großer möbliertes Herberzimmer für zwei Herren...

Stellenangebote. Zimmer. Varietätensohle findet freundlich möbliertes Zimmer...

Stellenangebote. Zimmer. Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle, Herrn bei...

Stellenangebote. Zimmer. Mietsgesuche. Ein oder zwei kleine möblierte Zimmer...